

Entscheide richtig



WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

21. Jahrgang / Heft 7/8

Juli-August 1966

Einzelpreis 50 Pf

INHALT Seite

Die Bundesrepublik braucht eine legale KPD	2
Der XXIII. Parteitag der KPdSU und seine Beschlüsse	6
7. DGB-Kongress 1966	13
Die EWG und die Bauern	18
Die großen Perspektiven der Bauern in der DDR	21
Marchlewski — Kämpfer gegen Imperialismus und Krieg	24
Dokumentation:	27
Forderungen nach Aufhebung des KPD-Verbots	
Junge Genossen fragen — Wissen und Tat antwortet:	34
Aus dem Leben der Partei:	36
Aus der internationalen Arbeiterbewegung	42
Aus den sozialistischen Ländern	45
Tatsachen aus der DDR	47
Das neue Buch:	50
Lehrbuch für die gesamte deutsche Arbeiterklasse	
Ein neues Braunschweiger Buch	

Die Bundesrepublik braucht eine legale KPD
von MAX REIMANN
Erster Sekretär des ZK der KPD

I.

Am 17. August 1956 sprach das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe auf Antrag der Adenauer-Regierung das widerrechtliche Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands aus.

Das Verbotsurteil war ein politischer Willkürakt, ausgesprochen im Namen der deutschen Konzernherren, der Militaristen und der amerikanischen Hochfinanz, der darauf abzielte, unsere Partei, die konsequenterste Kraft in der Bundesrepublik im Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt, gegen die Politik der Atomrüstung und Revanche, aus dem politischen Leben auszuschalten. Immer dann, wenn die Imperialisten und Militaristen einen Krieg vorbereiteten, wenn sie den Arbeitern und dem Volke jedes Recht, jede Freiheit rauben wollten, griffen sie zur Unterdrückung und Verfolgung der Kommunisten und der Friedenskräfte. So war es unter der Nazidiktatur und so ist es heute. Hitler begann 1933 mit dem Verbot der KPD und dem Ermächtigungsgesetz. Es folgten der politische Terror gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen und fortschrittliche Demokraten, die Einführung der Wehrpflicht und eine schrankenlose Aufrüstung, die 100 Milliarden Reichsmark verschlang und schließlich die Entfesselung des zweiten Weltkrieges durch die deutschen Imperialisten, dem mehr als 50 Millionen Menschen, darunter 20 Millionen Bürger der Sowjetunion, 6 Millionen Polen und mehr als 5 Millionen Deutsche zum Opfer fielen.

Das neuerliche Verbot gegen unsere Partei wurde verhängt, nachdem 24 Stunden zuvor das Gesetz über die Wiedereinführung der Wehrpflicht verkündet und drei Tage zuvor die Zulassung früherer SS-Offiziere als Bundeswehroffiziere von der Bonner Regierung bekanntgegeben wurde.

Anderthalb Jahre nach der Verhängung des KPD-Verbots sanktionierte eine willfährige Bundestagsmehrheit die Forderung nach Atomwaffen für die alten Hitlertypen. In einem 1961 verfaßten Memorandum des sogenannten Führungsstabes der Bundeswehr heißt es:

„Ohne Besitz von Atomwaffen ist nicht daran zu denken, Deutschland in seinen historischen und nationalen Grenzen wiederherzustellen.“

Damit wurde das Geheimnis der ganzen Politik der herrschenden Kreise der Bundesrepublik und der Sinn des KPD-Verbots offenbart. Um diese Revanchekriegspolitik zu verwirklichen, um die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges mittels Atomwaffen zugunsten des westdeutschen Imperialismus zu revidieren, wurde unsere Partei verboten. Sie wurde verboten, weil sie in der Bundesrepublik die entschiedenste Kraft gegen den Drang der Hitlergenerale nach Atomwaffen, gegen den Ungeist des Militarismus und der Revanche ist.

In den zehn Jahren des KPD-Verbots haben sich die Konzern- und Bankherren durch die Verschärfung der Ausbeutung der Werkätigen riesenhafte Profite gesichert. 200 Milliarden DM, die doppelte Summe, die Hitlerdeutschland für die Kriegsvorbereitung ausgegeben hat, wurden in diesen Jahren von der Bonner Regierung für die Aufrüstung verpulvert. Im Ergebnis stiegen die Preise und Mieten unaufhörlich und verstärkte sich der Bildungsnotstand.

Seit der Wiedereinführung der Wehrpflicht, die kurz vor dem Karlsruher Verbotsurteil gegen unsere Partei verkündet wurde, schufen sich die Bonner Machthaber die zweitgrößte Armee innerhalb der NATO. Sie verfügen heute über den größten Militärapparat in ganz Mittel- und Westeuropa. Ihr aggressiver Revanchekurs machte die Bundesrepublik zum Hauptgefahrenherd in Europa.

Mit Recht und Gesetzlichkeit hat, wie die Tatsachen zeigen, das Verbot unserer Partei nicht das geringste zu tun. In diesem Jahrzehnt hat sich die Feststellung in der Erklärung des Parteivorstandes der KPD vom 17. August 1956 völlig bestätigt: „Das Urteil von Karlsruhe ist ein unerhörter Anschlag der Militaristen gegen den Frieden und die Demokratie, gegen das Lebensrecht des deutschen Volkes und die Sicherheit Europas.“

Sehr schnell wurde deutlich, daß das Verbot nicht nur gegen die KPD benutzt wird, sondern um jede Art von demokratischer Bewegung, jede Art von Opposition niederzuhalten und

alle Gegner der atomaren Aufrüstung einzuschüchtern.

Aufgrund der im Jahre 1951 verkündeten sogenannten Staatsschutzgesetze und des KPD-Verbots haben Polizei, Staatsanwaltschaft und politische Sonderstrafkammern mehr als 300 000 Verfahren gegen Gegner der Kriegsvorbereitung geführt. Mit Hilfe des Verbotsurteils gegen unsere Partei wurde die Möglichkeit geschaffen, jede beliebige, der Regierung unerwünschte Auffassung nicht nur zu diffamieren, sondern vom Staatsanwalt verfolgen und vom Gericht bestrafen zu lassen. Der Kreis der Verfolgten, der in den Sog der mit Nazirichtern durchsetzten politischen Strafjustiz gerät, umfaßt heute Menschen aller Schichten. Das KPD-Verbot wurde zum ersten entscheidenden Schritt auf dem Wege zur Untergrabung der gesamten verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik. Jetzt wollen die Rüstungsmonopole und die Erhard-Regierung das Grundgesetz vollends beseitigen und eine Notstandsdiktatur errichten.

Mit Recht haben Gewerkschaftsführer und Universitätsprofessoren die Notstandsgesetzgebung als „totale Mobilisierung für den totalen Krieg“ angeprangert, als „Schaffung von Kriegsrecht in Friedenszeiten“. Ebenso wie Hitlers Ermächtigungsgesetze dienen die von Bonn betriebenen Notstandsgesetze der verschärften Reaktion nach innen und der verstärkten Aggression nach außen. Ebenso wie Hitlers Ermächtigungsgesetze mit der Unterdrückung unserer Partei und der demokratisch gesinnten Bevölkerung zusammengehören, gehört der heutige Anschlag der Bundesregierung auf das Grundgesetz und den Frieden mit der neuerlichen Unterdrückung unserer Partei und aller demokratischen und friedliebenden Kräfte zusammen.

Mit dem Verbot wurde nicht, wie die Bonner Regierung behauptete, die Demokratie geschützt. Im Gegenteil: seitdem ist es mit der Demokratie abwärts gegangen. Es wird immer deutlicher, daß die Legalität der KPD zu einer Sache aller Demokraten, zu einem dringenden Erfordernis für die friedliche und demokratische Entwicklung der Bundesrepublik geworden ist.

Am 17. August 1956 wurde unsere Partei zum wiederholten Male in ihrer Geschichte von der imperialistischen Reaktion verboten. Zwölf Jahre war sie verboten zur Zeit der Hitlerdiktatur — das heißt, daß unsere am 30. Dezember 1918 gegründete Partei während fast der Hälfte ihres Bestehens von den Feinden der Arbeiterklasse und des Volkes in die Illegalität getrieben wurde.

Wir sagten damals zum Verbot unserer Partei, daß alle Versuche, die KPD aus dem politischen Leben auszuschalten, scheitern werden, weil unsere Partei konsequent die Lebensinteressen der westdeutschen Arbeiterklasse und der ganzen Bevölkerung vertritt, weil ihr Kampf gerecht ist und aus den Lebensbedingungen der Werktätigen erwächst, weil sie Fleisch vom Fleische der deutschen Arbeiterklasse ist.

Die Entwicklung nach 1956 hat unsere Feststellung bestätigt. Die Zeit hat gegen die Urheber des KPD-Verbots gearbeitet. Das Kräfteverhältnis in der Welt und in Deutschland veränderte sich in diesem Zeitraum weiterhin zugunsten des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus.

Die internationale kommunistische Bewegung entwickelte sich zur einflußreichsten politischen Kraft der Gegenwart. Heute gehören den 88 kommunistischen und Arbeiterparteien aller Kontinente nahezu 55 Millionen Kämpfer an. In der Deutschen Demokratischen Republik haben die sozialistischen Produktionsverhältnisse gesiegt; der erste Arbeiter-und-Bauern-Staat auf deutschem Boden hat sich in eine feste Bastion des Friedens im Zentrum Europas verwandelt und ist ein starker, zuverlässiger Verbündeter aller Friedenskräfte in der Bundesrepublik.

Auf dem XXIII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion wurden Beschlüsse gefaßt, die das Sowjetvolk unter Führung der ruhmreichen Kommunistischen Partei der Sowjetunion auf dem Wege des Aufbaus des Kommunismus noch schneller und wirksamer voranbringen werden und die einen entscheidenden Beitrag zur Erhaltung des Friedens, zur Stärkung der Macht des sozialistischen Welt-

systems und zur Festigung der Reihen der Friedenskräfte in der ganzen Welt leisten.

Die ganze internationale und innerdeutsche Entwicklung, die wachsende Autorität der DDR, die weltweite Solidarität der kommunistischen und Arbeiterparteien und der demokratischen Kräfte mit dem Kampf unserer Partei um ihre Legalität, die Standhaftigkeit, der Opfermut und die Treue tausender westdeutscher Kommunisten zu unserer gerechten Sache, haben die Absichten der Urheber des KPD-Verbots durchkreuzt.

Heute, nach zehn Jahren, müssen sie den Bankrott ihres Vorhabens eingestehen, die KPD aus dem politischen Leben der Bundesrepublik auszuschalten. Unsere Partei lebt und erstarkt. Nach zehn Jahren Verbot ist das Bonner Innenministerium gezwungen, in einem offiziellen Bericht den wachsenden Einfluß der Kommunistischen Partei Deutschlands einzugehen. Darin heißt es, daß die Arbeit der Kommunisten in der letzten Zeit so erfolgreich war wie nie seit dem Verbot. Besonders wird darauf hingewiesen, daß es den Kommunisten gelungen sei, die Diskussion über die Legalität in Bewegung zu bringen.

In der Tat entwickelt sich seit längerer Zeit eine zunehmende öffentliche Diskussion über das KPD-Verbot. In Presse, Rundfunk und Fernsehen der Bundesrepublik wird die Frage diskutiert, ob es zweckmäßig gewesen sei, die KPD zu verbieten und ob nicht der Zeitpunkt gekommen sei, ihre Wiederruzlassung zu erwägen. Weit über die Reihen von Menschen kommunistischer Überzeugung hinaus entstand eine Petitionsbewegung für die Aufhebung des Verbots, an der Tausende Bürger aller Schichten der Bevölkerung beteiligt sind. Auf öffentlichen Versammlungen wird über das KPD-Verbot diskutiert. In allen im Bundestag vertretenen Parteien werden in der Frage des Verbots Widersprüche deutlich. Vor allem junge Menschen bekunden großes Interesse an einer legalen KPD. Sie sagen, was die Kommunisten wollen, wollen wir von ihnen selbst hören und nicht von antikommunistischen Propagandazentralen.

Gleichzeitig verstärkt sich die internationale Solidarität mit dem Kampf unserer Partei um ihre Legalität. So sind nach Feststellungen der Bonner Regierung allein im letzten Halbjahr 6000 Presseartikel im Ausland zum KPD-Verbot erschienen.

Die erstarkende Bewegung für die Legalität erklärt sich dadurch, daß die KPD aktiv und unmittelbar an dem Kampf für Frieden, Demokratie und soziale Rechte des Volkes teilnimmt. In den Forderungen und Beschlüssen großer gesellschaftlicher Organisationen und bedeutender Persönlichkeiten, so der Gewerkschaften, der Professoren, der Künstler und Intellektuellen, der Jugendverbände, zeichnet sich eine immer deutlichere Übereinstimmung mit den Vorschlägen und Lösungen unserer Partei ab.

Die Massenwirksamkeit unserer Politik im Kampf um Frieden, Demokratie und Verständigung ist der Schlüssel zum Erfolg im Ringen für die Legalität. Der Erfolg hängt vor allem von uns selbst und davon ab, inwieweit unsere Partei aktiv unter der Bevölkerung wirkt, unsere nationale und friedliche Alternative überzeugend darlegt und so die Arbeiter und alle Volks-

schichten davon überzeugt, daß die Aufhebung des Verbots in ihrem eigenen Interesse liegt. Die Wiederzulassung unserer Partei kann nicht automatisch, sozusagen im Selbstlauf, erfolgen. Sie kann nur das Ergebnis eines sich breit entfaltenden demokratischen Volkskampfes sein, der stark genug ist, die Aufhebung des KPD-Verbots zu erzwingen. Eine solche demokratische Volksbewegung zu entwickeln, darauf kommt es jetzt an.

In der derzeitigen Auseinandersetzung über die Deutschlandpolitik, in der Verstärkung des Kampfes gegen die kriegsgefährliche Außen- und die reaktionäre Innenpolitik der Erhard-Regierung, in den Aktionen zur Beendigung der amerikanischen Aggression in Vietnam, der Verhinderung der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr und der beabsichtigten Notstandsgesetzgebung, in dem gewerkschaftlichen Kampf gegen den Angriff der Monopolherren auf den sozialen Lebensstandard der Werktätigen, steht vor jedem Mitglied unserer Partei die Aufgabe, noch überzeugender den Nachweis zu erbringen, daß die Bundesrepublik im Interesse einer friedlichen, demokratischen Entwicklung eine legale KPD braucht.

III.

Unsere Partei tritt dafür ein, daß die Bundesrepublik ein demokratischer und sozialer Friedensstaat wird. Gestützt auf die Wissenschaft des Marxismus-Leninismus entwickelt unsere Partei ihre Politik, deren oberster Grundsatz es ist, zu verhindern, daß vom Boden der Bundesrepublik ein neuer Krieg ausgeht. Die KPD steht voll auf dem Boden des Grundgesetzes, und verteidigt es in seiner Gesamtheit gegen alle Angriffe der Atomrüstungs- und Notstandspolitiker. Die Politik unserer Partei geht aus von der Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte des Volkes als der wichtigsten Voraussetzung, um die Kräfte des Revanchismus und Militarismus zurückzudrängen, um den Frieden, die Demokratie und den sozialen Fortschritt zu sichern.

Ein Grundsatz der Politik der KPD war, ist und bleibt die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, das Zusammenwir-

ken von Kommunisten und Sozialdemokraten. Das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse im Kampf gegen Imperialismus und Revanchismus, gegen die volksfeindliche Politik der Führer der CDU/CSU ist das Unterpflanzen für den Zusammenschluß aller Kräfte unseres Volkes, die eine Politik des Friedens, der Demokratie und der sozialen Sicherheit wollen. Wenn die Bundesrepublik, in der jetzt die Monopole und Revanchisten herrschen, zu einem Staat des Friedens, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts werden soll, dann hängt dies vom einheitlichen Handeln der Arbeiterklasse in allen Lebensbereichen ab. Die Wiederherstellung der Legalität der KPD würde die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten, Kommunisten und christlichen Arbeitern erleichtern. Den Nutzen davon hätten alle gleichermaßen.

Die Arbeiterklasse und die werktätigen Menschen in der Bundesrepu-

blik bilden die überwältigende Mehrheit unseres Volkes. Sie müssen sich das Recht der Mitbestimmung im Staat erkämpfen. Nur so wird auch der Weg zur Verständigung der Deutschen in beiden deutschen Staaten und die nationale Einheit des Volkes gelöst. Darum begrüßen wir den Offenen Brief des ZK der SED an die Delegierten des Dortmunder Parteitages der SPD und an alle Mitglieder und Freunde der Sozialdemokratie in Westdeutschland, und wünschen dem Gespräch zwischen den beiden größten deutschen Parteien von ganzem Herzen Erfolg. Wir wissen sehr wohl, daß die von den Monopolen beauftragten Bonner Politiker das Gespräch zwischen diesen beiden Parteien verhindern möchten. Die Erfahrung der deutschen Arbeiterklasse lehrt: Die Monopole wollen die Arbeiter zersplittern, um über sie besser herrschen zu können. Die Lehre daraus müssen wir, die Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und christlichen Arbeiter

ziehen, indem wir uns gegen den gemeinsamen Feind zusammenschließen, indem wir uns mit den Arbeitern, den Bauern, der Intelligenz und allen Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik verständigen.

Im Namen des Zentralkomitees der KPD danke ich allen Mitgliedern unserer stolzen Partei für ihr mutiges Auftreten im Kampf um Frieden, Verständigung, Demokratie und sozialen Fortschritt.

Ich danke allen Bürgern der Bundesrepublik, die sich selbstlos für die Legalität unserer Partei einsetzen. Ich danke allen Bruderparteien der großen kommunistischen Weltbewegung, die uns im Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Revanchismus, im Kampf um die Legalität unserer Partei ihre brüderliche Solidarität erweisen. In diesen Dank schließe ich alle jene demokratisch gesinnten Menschen in und außerhalb Europas ein, die unseren gerechten Kampf unterstützen.

Der XXIII. Parteitag der KPdSU und seine Beschlüsse — eine starke Waffe in unserem Kampf für Frieden, Demokratie und soziale Sicherheit

von MAX REIMANN, WILLI MOHN, MAX SCHÄFER

Wir hatten die Ehre, als Delegation des Zentralkomitees unserer Partei am XXIII. Parteitag der ruhmvollen Kommunistischen Partei der Sowjetunion teilzunehmen.

Der Parteitag war ein bedeutendes Ereignis im Leben der Völker der Sowjetunion, der kommunistischen Weltbewegung und aller Friedenskräfte.

Er verlief in einer Atmosphäre der unerschütterlichen politischen und moralischen Einheit des Sowjetvolkes, das eng um die Partei Lenins geschart und unter ihrer Führung immer neue Siege auf dem Wege zum Kommunismus erringt. Als beredtes Zeugnis dieser Siege erklang im großen Kremlpalast, wo sich der Parteitag versammelt hatte, die „Internationale“, aus dem Weltraum übertragen durch den sowjetischen Mondsatelliten „Luna 10“. In über 90 000 Zuschriften an den Parteitag berichteten Betriebsbelegschaften, Kolchosbauern und Angehörige der Intelligenz von ihren zu Ehren des Parteitages erreichten Arbeitserfolgen und

brachten damit das feste Vertrauen der Werktätigen zur Politik der KPdSU zum Ausdruck.

Der XXIII. Parteitag der KPdSU war eine bewegende Demonstration des proletarischen Internationalismus, der weltweiten Verbundenheit mit der kampferprobten Partei Lenins, ein Ausdruck für die Unzerstörbarkeit des Vertrauens und der Freundschaft, durch die die Kommunisten aller Kontinente verbunden sind. Niemals zuvor waren auf einem Parteitag der KPdSU eine so hohe Zahl Delegationen von Bruderparteien versammelt. Zusammen mit den Vertretern der 12-Millionen-Partei der sowjetischen Kommunisten waren Delegationen kommunistischer und Arbeiterparteien sowie nationaldemokratischer und sozialistischer Parteien aus 86 Ländern nach Moskau gekommen. Das ist die überwiegende Mehrheit der zur kommunistischen Weltbewegung gehörenden Parteien. Nur die Kommunistische Partei Chinas, die Partei der Arbeit Alba-

niens, die Kommunistische Partei Japans und Neuseelands blieben dem Parteitag fern. Vor dem internationa- len Forum ihres Parteitages bekundete die KPdSU ihre unzerstörbare Treue zum Marxismus-Leninismus, zum proletarischen Internationalismus und ihre Bereitschaft, weiterhin alles zu tun für den Zusammenschluß der internationa- len kommunistischen Bewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leni- nismus und der von den Bruderparteien gemeinsam beschlossenen Generallinie von 1957 und 1960. Der Parteitag stand im Zeichen des gemeinsamen Kampfes gegen die USA-Aggression in Vietnam. Die Sowjetunion wird dem um seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden vietnamesischen VdIk und allen Völkern, die gegen koloniale Unterdrückung und Neokolonialismus kämpfen, wie bisher eine umfassende Unterstützung erweisen.

Die Delegierten des Parteitages nahmen den Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU über die zurückliegende Periode, den der erste Sekretär des ZK, Genosse L. I. Breschnew, erstattete, entgegen, erörterten ihn und billigten einmütig die politische Linie des Zentralkomitees sowie die im Rechenschaftsbericht enthaltenen Vorschläge und Schlußfolgerungen.

Wenn in der kapitalistischen Welt, darunter auch in der westdeutschen Presse, Spekulationen angestellt wurden über angebliche Differenzen innerhalb der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, so wurden alle diese Kremlastrologen Lügen gestraft. Der Parteitag war eine Demonstration der Geschlossenheit und Einheit der Partei, ihrer politischen Reife, ihrer Fähigkeit, mutig und entschlossen alles zu beseitigen, was das Vorwärtskommen behindern könnte.

Auf der Grundlage der vom XX. und XXII. Parteitag beschlossenen Linie hat die KPdSU das Sowjetvolk auf den Weg des Aufbaus des Kommunismus vorwärts geführt. Die KPdSU wird die Generallinie, die auf dem XXII. Parteitag festgelegt wurde, konsequent for- setzen.

Das Hauptproblem der internationa- len Politik ist die Verteidigung und Festigung des Friedens. Die Politik der KPdSU und der Sowjetregierung wird weiterhin darauf gerichtet sein, den

aggressiven Kräften entgegenzuwirken, den Ausbruch eines Weltkrieges zu verhindern und den Prinzipien der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung Geltung zu verschaffen. Im Rechenschaftsbericht wurde unterstrichen, daß es natürlich dort keine friedliche Koexistenz geben kann, wo es sich um innere Prozesse des Klassenkampfes und des nationalen Befreiungskampfes in den kapitalistischen Ländern oder in den Kolonien handelt. Das Prinzip der friedlichen Koexistenz ist nicht anwendbar auf die Beziehungen zwischen Unterdrückern und Unterdrückten, zwischen den Kolonialisten und den Opfern der kolonialen Unterjochung.

Ein wichtiger Meilenstein im Leben der Partei und des Landes seit dem XXII. Parteitag war das Oktoberplenum des ZK der KPdSU von 1964. Auf diesem Plenum wurden die entstan- denen Schwierigkeiten, die infolge der ungerechtfertigten Umgestaltungen der Partei-, Verwaltungs- und Wirtschaftsorgane hervorgerufen wurden, analy- siert und der Weg zu ihrer raschen Überwindung gewiesen. In den Beratungen des Parteitages wurde die große

5-Jahrplan der UdSSR

Industrieproduktion
— Zuwachs



1970

349 Mrd Rubel

+115 Mrd
Rubel

1965

234 Mrd Rubel

1960

155 Mrd Rubel

+79 Mrd
Rubel



prinzipielle Bedeutung des Oktober-Plenums für die Stärkung der Leninschen Prinzipien der Partei- und Staatsführung, eines realistischen und sachlichen Stils der Parteiarbeit sowie für die Erhöhung der schöpferischen Aktivität der Kommunisten und aller Werktaätigen betont. Sachlichkeit, nüchterne Einschätzung der Erfolge und Mängel, ein von begründetem Optimismus getragenes schöpferisches und wissenschaftliches Herangehen an die Lösung der Aufgaben waren auch charakteristisch für den XXIII. Parteitag.

Der XXIII. Parteitag der KPdSU analysierte alseitig die neuen Prozesse und Erscheinungen in der Weltentwicklung und zeigte reale Wege zur Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit.

Die Zeit seit dem XXII. Parteitag, so wird im Rechenschaftsbericht des ZK betont, stand im Zeichen eines immer größeren internationalen Einflusses der Sowjetunion, des sozialistischen Weltsystems, der internationalen Arbeiterklasse und der nationalen Befreiungsbewegung.

Das sozialistische Weltsystem ist gewachsen und erstarkt. Während die Industrieproduktion der sozialistischen Länder in der Zeit von 1961 bis 1965 um 43 Prozent anwuchs, waren es in den kapitalistischen Ländern nur 34 Prozent.

Die sozialistischen Länder, deren Anteil an der Weltbevölkerung 34,4 Prozent beträgt, erzeugen heute fast 40 Prozent der Weltindustrieproduktion. Zugleich mit dem sozialistischen Weltsystem, der Haupterrungenschaft der internationalen Arbeiterklasse, verstärkten sich deren Positionen auch insgesamt.

Die letzten Jahre standen im Zeichen des zunehmenden Kampfes der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern, im Zeichen der Weiterentwicklung der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung. Der Klassenkampf erfuhr als Folge der zunehmenden Ausbeutung eine Zuspitzung. Das wird in der wachsenden Zahl der Streikenden sichtbar, die sich im letzten Jahrzehnt verdoppelt hat und jetzt jährlich 55 bis 57 Millionen be-

Auf dem Parteitag wurden die Direktiven des Fünfjährplans zur Entwicklung der Volkswirtschaft der UdSSR für die Jahre 1968 bis 1970, über die der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, Genosse A. N. Kosygin, referierte, beraten und bestätigt.

Der Parteitag nahm einmütig eine Erklärung gegen die Aggression der USA in Vietnam an. Er beschloß einzelne Veränderungen am Statut der KPdSU und wählte die zentralen Organe der Partei.

I.

trägt. Die 88 kommunistischen Parteien auf allen Kontinenten zählen heute nahezu 55 Millionen Kämpfer.

Einen mächtigen Verbündeten hat die internationale Arbeiterklasse in der nationalen Befreiungsbewegung. In den Jahren, die seit dem XXII. Parteitag vergangen sind, errang die große antiimperialistische Revolution der Völker neue Siege. Vom Kolonialsystem des Imperialismus fielen weitere 17 Länder mit einer Bevölkerung von fast 80 Millionen Menschen ab. Heute gibt es in Asien und Afrika bereits 65 souveräne Staaten, die in nicht ferner Vergangenheit noch Kolonien oder Halbkolonien waren.

Bei aller Vielfalt der Ereignisse hat sich die Richtigkeit der grundlegenden Schlussfolgerung der Erklärung der 81 kommunistischen und Arbeiterparteien von 1960 klar bestätigt, wonach das sozialistische Weltsystem und die Kräfte, die gegen den Imperialismus, für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft kämpfen, den Hauptinhalt, die Hauptrichtung und die Hauptmerkmale der historischen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft in der gegenwärtigen Epoche bestimmen.

Andererseits hat sich seit dem XXII. Parteitag die allgemeine Krise des Kapitalismus weiter vertieft. Die Widersprüche zwischen den kapitalistischen Ländern sind größer geworden. Innerhalb solcher staatsmonopolistischer Vereinigungen wie der EWG hat sich der Konkurrenzkampf verschärft. Das wirkt sich auch auf die NATO aus, wie es in dem Bemühen Frankreichs sichtbar wird, sich aus der Zugehörigkeit zu diesem aggressiven Militärpakt zu befreien. Die Vertie-

fung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und die Verschärfung seiner Widersprüche verstärkt das Abenteuerturn des Imperialismus, seine Gefahr für die Völker, für die Sache des Friedens und des sozialen Fortschritts. Der Imperialismus beschwore in den vergangenen Jahren wiederholt scharfe, für die Menschheit gefährliche internationale Krisen herauf und bestätigte seine aggressive Natur.

Sein aggressiver Charakter zeigt sich besonders anschaulich in dem schmutzigen Krieg des USA-Imperialismus gegen das vietnamesische Volk. Er wird sichtbar in einer ganzen Serie von reaktionären Militärputschen in den afrikanischen Ländern, darunter in Ghana, die das Ziel verfolgen, die Errungenschaften der nationalen Befreiungsrevolution zu vernichten und die Völker erneut an die Kette der Kolonialsklaverei zu binden. Durch dieses Vorgehen des Imperialismus hat sich die internationale Lage verschärft. Der Imperialismus ist nicht stärker, aber abenteuerlicher und damit gefährlicher geworden. Die Ereignisse der vergangenen Jahre haben erneut gezeigt, daß der Imperialismus, zu welchen Mitteln und Methoden er auch immer greifen mag, nicht in der Lage ist, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Der Kampf der Völker gegen den Imperialismus hat sich verstärkt. Die im Rechenschaftsbericht gegebene Einschätzung, daß sich das Kräfteverhältnis in der Welt weiterhin zugunsten des Sozialismus, der Arbeiter- und nationalen Befreiungsbewegung verändert, bestärkt alle fortschrittlichen Kräfte in ihrer Siegeszuversicht.

Bestätigt hat sich die Schlußfolgerung der Moskauer Beratung von 1960, daß der USA-Imperialismus, der in der Rolle eines Weltgendarms auftritt, die Hauptkraft des Krieges und der Aggression ist.

Die USA-Aggressoren erhalten in ihrem schmutzigen Krieg gegen das um seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpfende vietnamesische Volk von den Rüstungsmonopolen und der Regierung der Bundesrepublik materielle und moralische Hilfe. Der westdeutsche Imperialismus erweist sich als der Hauptverbündete des USA-Imperialismus. Mit Recht wurde auf dem XXIII. Parteitag darauf hingewiesen,

dß die Bundesrepublik infolge der aggressiven Politik der herrschenden Kreise und ihres Komplotts mit den USA nächst Vietnam zum gefährlichsten Herd der internationalen Spannung und Kriegsgefahr geworden ist. Die reale Gefahr wird signalisiert durch das Streben der westdeutschen Imperialisten und Militaristen nach Verfügungsgewalt über Atomwaffen, um damit die Landkarte Europas zu verändern.

Im Rechenschaftsbericht des XXIII. Parteitages wird die Achse Washington-Bonn zu einem der gefährlichsten Faktoren unserer Tage gerechnet und festgestellt, daß sich dieses Komplott in eine ernste Bedrohung für alle friedliebenden Völker und Staaten, darunter auch für die kapitalistischen Länder Europas, verwandelt hat. Das Problem der Gewährleistung der europäischen Sicherheit ist daher zu einem der wichtigsten im Kampf der Völker für den Frieden geworden. Der XXIII. Parteitag hat zu dieser wichtigen Frage ein Programm von Maßnahmen vorgeschlagen, das der Festigung des Friedens, der internationalen und der europäischen Sicherheit dient. Es enthält Vorschläge wie: Verhinderung der atomaren Aufrüstung der Bundesrepublik, Schaffung einer kernwaffenfreien Zone in Europa und Abschluß eines Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, Sicherung der existierenden Nachkriegsgrenzen der europäischen Staaten, Herstellung normaler Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten. Abschluß eines deutschen Friedensvertrages, der die Überreste des zweiten Weltkrieges beseitigen würde.

In diesen Vorschlägen der KPdSU sehen wir eine Bestätigung unserer Politik, wie wir sie auf der 6. und 7. Tagung unseres Zentralkomitees begründet haben. Wir wollen der Bevölkerung der Bundesrepublik den Gedanken eines Systems der europäischen Sicherheit, an dem sich alle Staaten Europas beteiligen, zur Diskussion stellen, damit aus der Bevölkerung immer lauter die Forderung erhoben wird, daß von der Bundesrepublik aus Schritte unternommen werden, die die Bildung eines solchen europäischen Sicherheitssystems fördern. Darum unterstützen wir auch den Vorschlag des sowjeti-

schen Außenministers Gromyko nach Einberufung einer europäischen Sicherheitskonferenz.

Im Rechenschaftsbericht und in den Diskussionsreden der Delegierten und Gäste wurde die Rolle der Deutschen Demokratischen Republik als feste Bastei des Friedens im Zentrum Europas und der große Beitrag, den die DDR für die Festigung der europäischen Sicher-

heit leistet, hoch eingeschätzt. Auf dem Parteitag wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder für eine Normalisierung und Verbesserung der Beziehungen zur Bundesrepublik unter der Voraussetzung sind, daß diese sich der Politik einer friedlichen Zusammenarbeit und des Realismus zuwenden.

II.

Der XXIII. Parteitag demonstrierte überzeugend den einmütigen Willen von Partei, Regierung und Volk, den fortschrittlichen demokratischen und friedliebenden Kräften weiterhin eine allseitige Hilfe und brüderliche Unterstützung in ihrem Kampf gegen den aggressiven Imperialismus, für Frieden, nationale Unabhängigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt zu erweisen. Das fand seinen Ausdruck in der entschiedenen Verurteilung der barbarischen Aggression der USA gegen das vietnamesische Volk, in der nachdrücklichen Forderung des Parteitages nach Beendigung des schmutzigen Krieges, nach Abzug der amerikanischen Aggressoren.

In der Erklärung zur Aggression der USA in Vietnam bekundete der Parteitag feierlich seine brüderliche Solidarität mit dem heldenhaften vietnamesischen Volk, mit der Partei der Werktätigen Vietnams, mit der nationalen Befreiungsfront Südvietnams. Er unterstrich, daß die Vietnamfrage nur auf der Grundlage der gerechten Forderungen der Regierung der DRV und der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams gelöst werden kann. Die Worte des 1. Sekretärs der Partei der Werktätigen Vietnams, Genossen Le Duan: „Wir Vietnamesen haben zwei Heimatländer: eines ist Vietnam, das andere die Sowjetunion, das erste Land in der Welt, in dem der Sozialis-

mus siegte“, wurden zu einem bewegenden Höhepunkt des Parteitages. Sie brachten die tiefe Dankbarkeit des vietnamesischen Volkes für die Unterstützung zum Ausdruck, die ihm die Sowjetunion in seinem gerechten Kampf erweist. Der Parteitag wandte sich an alle kommunistischen und Arbeiterparteien mit dem Aufruf, noch beharrlicher die Aktionseinheit im Kampf gegen die amerikanische Aggression zu erreichen und das vietnamesische Volk in seinem gerechten Kampf zu unterstützen. Der Verlauf des Parteitages, die Begrüßungsansprachen der Vertreter von 67 Bruderparteien haben bestätigt, daß die KPdSU und die überwiegende Mehrheit der kommunistischen und Arbeiterparteien eine einheitliche Auffassung zu den politischen Grundfragen der Gegenwart vertreten, daß sie treu an der marxistisch-leninistischen Generallinie festhalten, die in der Deklaration und Erklärung von 1957 und 1960 gemeinsam beschlossen wurde und nach wie vor die Grundlage für gemeinsame Aktionen gegen den gemeinsamen imperialistischen Feind bildet.

Die KPdSU hält, wie die Mehrheit der Bruderparteien, die Einberufung einer neuen internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien für zweckmäßig, sobald die Bedingungen dafür herangereift sind.

III.

Der XXIII. Parteitag zog die Bilanz der seit dem XXII. Parteitag im Oktober 1961, geleisteten politischen und organisatorischen Tätigkeit der KPdSU und legte die Hauptrichtungen der Innenpolitik und wirtschaftlichen Tätigkeit für die kommende Zeit fest.

Mit berechtigtem Stolz berichteten die Delegierten von den großen Erfolgen, die das Sowjetvolk unter Führung der KPdSU bei der Erfüllung des Programms für den Aufbau des Kommunismus in Wirtschaft und Kultur, Wissenschaft und Technik, in der Hebung

des Lebensstandards sowie im wirtschaftlichen Wettbewerb mit dem Kapitalismus errungen hat.

Während der Anteil der Sowjetunion an der Weltproduktion am Vorabend des zweiten Weltkrieges ein Zehntel ausmachte, wurden 1965 bereits ein Fünftel aller Industrieprodukte der Welt in der Sowjetunion hergestellt. Immer mehr verringert sich der Abstand im Niveau der Industrieproduktion zwischen der Sowjetunion und den USA. Der neue Fünfjahrplan für die

Jahre 1966 bis 1970, der auf das bisher Erreichte aufbaut und eine wichtige Etappe zur Schaffung der materiell technischen Basis des Kommunismus einleitet, vermittelt ein klares Bild von der weiteren Vorwärtsbewegung. In seinen Kennziffern widerspiegelt sich die Überlegenheit des sozialistischen Systems und der sozialistischen Planwirtschaft. Erzeugte die Sowjetunion 1928 beispielsweise 4,3 Mill. Tonnen Stahl, so werden es 1970 124 bis 129 Millionen Tonnen sein.



Gegenüber 1965 soll sich bis 1970 die Industrieproduktion um 47 bis 50 Prozent und die der Landwirtschaft um 25 Prozent erhöhen.

Alles, was in den nächsten Jahren in der Sowjetunion geleistet werden soll, ist auf ein Ziel abgestellt: den Lebensstandard des Volkes weiter zu heben und seine materiellen und kulturellen Bedürfnisse immer vollständiger zu befriedigen.

In diesem Zusammenhang wird der Lösung eines der grundlegenden Probleme des kommunistischen Aufbaus, der ständigen Erhöhung der Arbeitsproduktivität, die W. I. Lenin als die wichtigste Bedingung für den endgültigen Sieg des Kommunismus bezeichnete, von der KPdSU besondere Beachtung geschenkt.

Auf der Grundlage der Vervollkommenung der Arbeitsorganisation, durch eine rationelle Ausnutzung der Errungenschaften von Wissenschaft und Technik sowie eine breite Anwendung ökonomischer Hebel wird sich die Arbeitsproduktivität im Verlaufe des Fünfjahrplanes in den verschlie-

denen Zweigen der Volkswirtschaft um 33 bis 45 Prozent erhöhen. Das ist eine gewaltige Steigerungsrate, wenn man bedenkt, daß jedes Prozent mehr Arbeitsproduktivität eine Mehrerzeugung von Industrieprodukten im Werte von zwei Milliarden Rubel bedeutet.

Günstige Bedingungen für die Vervollkommenung der Arbeitsorganisation und die Erhöhung der Arbeitsproduktivität wird die Einführung eines neuen Systems der Wirtschaftsführung schaffen, wodurch die Möglichkeiten und Reserven der sozialistischen Wirtschaft und die gigantischen Produktivkräfte des Landes noch besser genutzt werden.

Im Ergebnis der Produktivitätssteigerung in der sowjetischen Wirtschaft wird das Nationaleinkommen, die Grundlage für den wachsenden Wohlstand, im Jahre 1970 um 38 bis 41 Prozent und der Warenabsatz mindestens um 40 Prozent größer sein als 1965. Das wachsende Nationaleinkommen wird es ermöglichen, das Realeinkommen pro Kopf der Bevölkerung um annähernd 30 Prozent zu erhöhen, wäh-

rend seine Zunahme in den vergangenen fünf Jahren 20 Prozent betragen hat. Die bedeutend zunehmende Arbeitsproduktivität wird es ferner gestatten, im Verlauf des Fünfjahrplans zur Fünftagewoche überzugehen bei Beibehaltung der jetzigen wöchentlichen Arbeitszeit, die mit durchschnittlich 39,4 Stunden eine der kürzesten der Welt ist.

Der neue Fünfjahrplan wird im Zischen des Wohnungsbaus stehen. Nachdem in den letzten Jahren die Hälfte der Bevölkerung der UdSSR neue Wohnungen erhalten hat, werden von 1966 bis 1970 weitere 17 Millionen Familien neue Wohnungen beziehen.

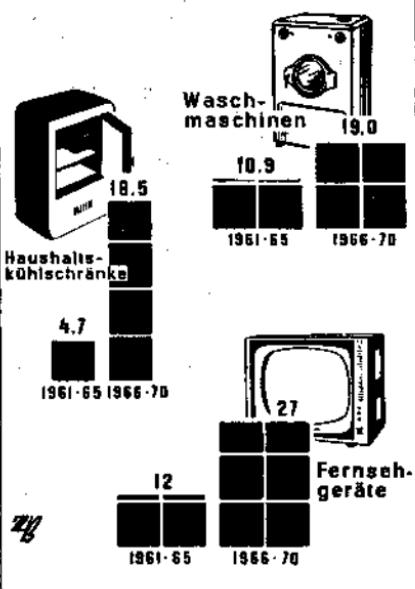
Die Direktiven zum neuen Fünfjahrplan wurden von der Partei unter breiter Beteiligung der Werktäglichen mit echter wissenschaftlicher Gründlichkeit und exakten Berechnungen ausgearbeitet. Selbst die Soldschreiber des Kapitalismus sind gezwungen, mit Achtung von diesem Plan zu sprechen, seine Größe und zugleich seinen Realismus anzuerkennen.

Der neue Fünfjahrplan ist ein begeisterndes Beispiel für alle Werktäglichen der kapitalistischen Welt und bestärkt sie in ihrem Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt.

Seine Verwirklichung wird die internationale Autorität und den Einfluß der Sowjetunion auf den weiteren Ver-

UdSSR steigert Produktion von Konsumgütern

In Mio Stück



lauf der internationalen Entwicklung noch mehr erhöhen und zur Festigung des Friedens, des sozialistischen Weltsystems, der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung sowie der nationalen Befreiungsbewegung beitragen.

IV.

Bezeichnend für den Parteitag war das weitere Wachsen der Rolle der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Aus allen Reden, ob von der Parteiführung oder den Delegierten aus den Betrieben oder Kolchosen wurde sichtbar, wie die Partei den kommunistischen Aufbau lenkt, die sozialistische Wirtschaft leitet und ihrer führenden Rolle als Lehrer, Organisator und politischer Führer des ganzen Sowjetvolkes gerecht wird.

Das feste Vertrauen der Werktäglichen zur Partei findet darin seinen Ausdruck, daß seit dem letzten Parteitag 2,75 Millionen neue Mitglieder zur Partei kamen und die Partei jetzt über 12,4 Millionen Mitglieder zählt.

2,3 Millionen Mitglieder und Kandidaten haben allein in den Grundorga-

nisationen zur Vorbereitung des Parteitages das Wort ergriffen und Vorschläge zur Politik der Partei gemacht.

Große Aufmerksamkeit hat der Parteitag dem Leben der über 320 000 Grundorganisationen geschenkt. Alle Parteiorgane wurden verpflichtet, eine unermüdliche Sorge um die Grundorganisationen an den Tag zu legen. Ihre Tätigkeit ist darauf gerichtet, die Kommunisten und Parteilosen im Geiste hoher Ideentreue, gewissenhafter Pflichterfüllung und eines tiefen Verständnisses für die Politik der KPdSU zu erziehen. Die Parteiorganisationen wurden verpflichtet, das Niveau der ideologischen, politischen und organisatorischen Arbeit noch mehr zu heben, die schöpferische Aktivität der Werktäglichen im Kampf für die erfolgreiche

Erfüllung des neuen Fünfjahrplanes zu entwickeln und ständig dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Arbeiter, Kolkhosbauern und der Intelligenz verbessert werden.

Eine große Bedeutung für die weitere Erhöhung der Autorität der Partei und ihrer führenden Rolle hat der Beschuß des Parteitages über einige Änderungen am Statut der KPdSU. Er verfolgt das Ziel, den Ehrennamen des Kommunisten noch mehr zu erhöhen, die innerparteiliche Demokratie zu erweitern und eine weitere Steigerung

der Initiativen und Aktivitäten der Parteiorganisationen zu gewährleisten.

Der Parteitag schloß sich der in vielen Briefen von Kommunisten sowie in Reden von Parteitagsdelegierten geäußerten Meinung an, daß die Bezeichnung „Polibüro“, wie sie zu Lebzeiten Lenins galt, besser den Charakter der Tätigkeit des höchsten politischen Organs der KPdSU, das die Arbeit der Partei zwischen den Plenartagungen des ZK leitet, widerspiegelt. Der Parteitag hat darum im Statut vorgesehen, daß das ZK ein Polibüro, ein Sekretariat sowie den Generalsekretär des ZK der KPdSU wählt.

* * *

Unsere Delegation ist mit tiefen und unvergesslichen Eindrücken aus Moskau zurückgekehrt.

Wir können aus eigenem Erleben erklären, daß unsere Partei in den Herzen der Sowjetmenschen einen ehrenvollen Platz einnimmt. Die Völker der Sowjetunion wollen mit dem ganzen deutschen Volk in Frieden leben. Die deutschen Imperialisten, die Feinde der Nation, wollen keine Verständigung, sie träumen stattdessen von Revanche. Darum ist es im Interesse des Friedens und der Verständigung notwendig, daß die Bevölkerung in der Bundesrepublik stärkere Anstrengungen unternimmt, um die Revanchisten

und Militaristen zurückzudrängen, um eine neue Politik durchzusetzen, die den nationalen Lebensinteressen unseres Volkes entspricht.

Wir sind überzeugt, daß der XXIII. Parteitag der KPdSU und seine Beschlüsse einen weitgehenden Einfluß auf die gegenwärtige und zukünftige internationale Entwicklung ausüben werden und rufen alle Mitglieder unserer Partei auf, die Dokumente des Parteitages aufmerksam zu studieren, denn sie sind eine starke Waffe in unserem Kampf für Frieden, Verständigung, Demokratie und sozialen Fortschritt.

7. DGB-Kongreß 1966

von JOSEF LEDWOHN

Der Kongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der vom 9. bis 14. Mai in Westberlin tagte, hat sich selbst als Parlament der Arbeit bezeichnet. Das ist durchaus richtig. Repräsentiert doch der DGB etwa 75 Prozent (Anteil der Arbeiter, Angestellten und Beamten mit Familienangehörigen) der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik. Der Vorsitzende des DGB, Rosenberg, konnte mit Recht darlegen, daß bis 90 Prozent aller Arbeiter und Angestellten bei Wahlen in Betrieben und Verwaltungen den Vertretern der Gewerkschaften des DGB ihre Stimme gegeben haben.

Anders als im Bundestag kommen in diesem Parlament die Stimmen der

Arbeiter, kommen die Forderungen des werktätigen Volkes klar zum Ausdruck. Diesem Kongreß kam deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil die Regierung und auch der Bundestag bei der Lösung der Lebensfragen unseres Volkes versagt haben, die Bundesrepublik in der Welt isolierten, sich in die Kriegshandlungen der USA gegen andere Völker aktiv einmischt, im eigenen Lande den Werktätigen immer mehr Lasten aufbürdeten, und die Regierung besonders seit den letzten Bundestagswahlen einen offen gewerkschaftsfeindlichen Kurs steuerte.

Seit Jahren war es das Bestreben der Bundesregierung, der Monopole und Generale, die Gewerkschaften auf ihre

Seite zu bringen, um so die Arbeiterklasse zu lähmen, sie in ihre Kriegspläne zur Veränderung der Grenzen in Europa einspannen zu können. Seitdem die offizielle Politik der SPD-Führung in den Hauptfragen der Außen- und Innenpolitik mit der CDU/CSU konform geht, ist die in den Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft die Hauptkraft gegen die reaktionären Pläne. Die Gewerkschaften wurden zum stärksten politischen Faktor aller positiven demokratischen Kräfte in unserer Bevölkerung.

So stand der DGB-Kongreß vor der Aufgabe, für die Arbeiterklasse und die gesamte demokratische Bevölkerung eindeutige Beschlüsse für den gemeinsamen Kampf zu schaffen und den Weg zu weisen, wie dem Kriegskurs der Monopolherren, wie den Diktaturbestrebungen der Regierung und der CDU begegnet werden kann. Der Kongreß stand vor der Aufgabe, für eine demokratische Entwicklung der Bundesrepublik neue Impulse zu geben und einen Beitrag zu leisten für eine eigene Deutschlandpolitik der Arbeiterbewegung. Alles dies mußte vor dem Hintergrund des sich verschärfenden Klassen-

kampfes in der Bundesrepublik, des härteren Kampfes um höheren Lohn und andere soziale Verbesserungen geschehen.

Ablauf und Ergebnisse des Kongresses zeigen, daß die Gewerkschaften zu den aktuellen Lebensfragen unseres Volkes Stellung nehmen und auch ihre Aufgaben dabei klarer erkennen. Das wurde besonders deutlich in der Diskussion über die Notstandsgesetze, die eindeutig den Schwerpunkt dieses Kongresses bestimmte. Der Kongreß hat mit einer klaren Mehrheit die Notstandsgesetzgebung abgelehnt. Die Bedeutung dieses Beschlusses kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Drei Jahre lang, seit dem 6. DGB-Kongreß in Hannover, der den gleichen Beschuß faßte, haben die Konzernherren, die Regierung, die reaktionäre Presse und die Befürworter einer Notstandsgesetzgebung im Parteivorstand der SPD und im DGB-Bundesvorstand versucht, das Nein der Gewerkschaften zu ersetzen durch eine Zustimmung zu der Mitarbeit an den Gesetzen, die in jedem Fall das bestehende Grundgesetz aufheben würden.

Eindeutiges Nein den Notstandsgesetzen

Auf dem Kongreß selbst wurden alle Kräfte mobil gemacht, um in Einzelgesprächen, durch Intrigen hinter den Kulissen wie auch in offener Auseinandersetzung die Delegierten für eine Unterstützung der Notstandsgesetze zu gewinnen. Die Debatte darüber war von der Seite der Notstandsgegner prinzipiell, klar und entschieden. Der Hauptsprecher für die Notstandsgesetze war kein anderer als der oberste Repräsentant der Bundesrepublik, Bundespräsident Lübeck selbst. Man muß auch diesem Umstand Bedeutung beimessen, wurde doch dadurch klar, daß es die in der Bundesrepublik herrschenden reaktionären und aggressiven Kräfte sind, die an die Gewerkschaften das Ansinnen stellen, sich selbst zu entwaffnen und sich einer Notstandsgesetzgebung der Millionäre und Generale zu unterwerfen. Bundespräsident Lübeck erhielt auf dem Kongreß eine klare Abfuhr, die gleichzeitig eine Abfuhr der Bonner Regierung und der sie tragenden Kräfte im staatsmono-

polistischen System der Bundesrepublik war.

Diese Abfuhr war eindeutig. Das heißt aber nicht, daß die Notstandsgesetze erledigt seien. Auf dem Kongreß trat eine Gruppe auf, die den Standpunkt des DGB zu den Notstandsgesetzen aufweichen wollte. Dazu muß zunächst festgestellt werden, daß diese Gruppe auf dem 7. DGB-Kongreß nicht einen einzigen Antrag einer beschlußfähigen Körperschaft für die Unterstützung der Notstandsgesetze vorweisen konnte, so daß sie erst auf dem Kongreß mit einem Initiativantrag auftrat.

Der Vorsitzende der ÖTV unterbrachte den Delegierten der ÖTV zum Kongreß in einer Vorberatung einen Initiativ-Antrag zur Unterstützung der Notstandsgesetze. Die Delegierten der ÖTV (alles Mitglieder des Hauptvorstandes der ÖTV) lehnten mit Mehrheit diesen Antrag ab. Jetzt traten Leber von der Industriegewerkschaft

Bau-Steine-Erden und andere mit einem gleichlautenden Antrag auf. Sie verlangten, zwischen der zweiten und dritten Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag einen außerordentlichen DGB-Kongreß einzuberufen, um dann endgültig zu entscheiden, aber bis dahin an der Ausarbeitung der Notstandsgesetze nach bestimmten Richtlinien (Aufrechterhaltung der Grundfreiheiten) mitzuarbeiten.

Das war ein raffiniertes Verwirrungsmanöver. Es zeugt für das hohe Bewußtsein der Mehrheit der Delegierten, daß sie es durchschaut haben. Viele Redner wiesen nach, daß dieser

Antrag eine grundsätzliche Zustimmung zu den Notstandsgesetzen bedeutet, während die Sicherung der Grundrechte und der Unabhängigkeit der Gewerkschaften die volle Aufrechterhaltung des Grundgesetzes erfordert. Otto Brenner fand große Zustimmung, als er den Delegierten zurief: Wir brauchen die Notstandsgesetze für den Frieden nicht und erst recht nicht für einen Krieg. 251 Delegierte stimmten für die Ablehnung jeder Notstandsgesetzgebung, 182 stimmten gegen diesen Antrag der IG Metall, 4 enthielten sich der Stimme, 2 Stimmen waren ungültig.

Jetzt erst recht: Verhinderung der Notstandsgesetze

Sicher hat zu diesem Beschuß viel beigetragen, daß im Kampf gegen die Notstandsgesetze die besten Männer des Geisteslebens in der Bundesrepublik sich an die Seite der Gewerkschaften stellten. Mehr als 400 Professoren richteten einen leidenschaftlichen Appell an den 7. DGB-Kongreß, bei ihrem Nein zu den Notstandsplänen der Regierung in Bonn zu bleiben. In Hunderten von Briefen und Telegrammen aus Betrieben und Arbeiterorganisationen wurden die Delegierten von ihren Kollegen aufgefordert, den Kampf gegen die Notstandsgesetze beharrlich und entschlossen fortzusetzen. Dieses Zusammenwirken der Gewerkschaften und bedeutender Vertreter der Intelligenz ist für die weitere Entwicklung der demokratischen Bewegung von grundsätzlicher Bedeutung. Damit ist doch zum erstenmal im kapitalistischen Deutschland ein effektives Bündnis von Arbeiterklasse und Intelligenz entstanden, das in der Notstandsfrage sich bereits bewährt hat und in dem weiteren Kampf für eine Politik der Vernunft, des Friedens und der Demokratie eine entscheidende Bedeutung erlangen kann. Das Nein des 7. DGB-Kongresses ist der politische Wille der Mehrheit der Arbeiterklasse, der fortgeschrittenen Angehörigen der Intelligenz. Es ist das Nein der demokratisch gesinnten Bevölkerung.

Aber kein verantwortungsbewußter Gewerkschafter wird die Augen davor verschließen, daß von zahlreichen Delegierten solcher Gewerkschaften wie der IG Bau-Steine-Erden, IG Bergbau

und Energie, Gewerkschaft der Eisenbahn und Post der Initiativantrag 17 zur prinzipiellen Anerkennung einer Notstandsgesetzgebung stark unterstützt wurde. Es wird also notwendig sein, auf der Grundlage des Beschlusses des 7. DGB-Kongresses die Aufklärung über die Gefahren der Notstandsgesetze in den Gewerkschaften selbst zu verstärken.

Otto Brenner hat nach dem 7. DGB-Kongreß schon darauf hingewiesen, daß der Beschuß in der Notstandsfrage für alle dem DGB angehörsenen Gewerkschaften verbindlich und die Grundlage für das einheitliche Auftreten der Gewerkschaften gegen die Notstandsgesetze in der Öffentlichkeit ist. Wir Kommunisten teilen diese Auffassung. Jetzt, nach dem Kongreß ist es besonders wichtig, das gemeinsame Auftreten der Gewerkschaften, der Intelligenz und aller demokratischen Kräfte noch stärker zu entwickeln. Dies umso mehr, als die Regierung schon angekündigt hat, daß sie die Notstandsgesetzgebung im Bundestag beschleunigt durchbringen will.

Im weiteren Kampf gegen die Notstandsgesetze kommt jetzt der Zusammenarbeit von Gewerkschaften und SPD große Bedeutung zu. Wir Kommunisten können durch gemeinsame Bemühungen mit den Sozialdemokraten dazu unseren wichtigen Beitrag leisten. Wir gehen dabei von der Erkenntnis aus, daß nur das einheitliche Handeln der Arbeiterklasse, der Ge-

werkschäf-ter, Sozialdemokraten und Kommunisten in der Lage ist, eine neue Politik in der Bundesrepublik zu erzwingen. Je stärker die Arbeiterklasse auftritt, umso enger werden sich auch alle anderen demokratischen Volksschichten an sie anschließen. Auf diese Weise wird es möglich sein, die

Entwicklung in der Bundesrepublik durch die demokratischen Volkskräfte zu bestimmen. Der Beschuß des DGB-Kongresses gegen die Notstandsgesetze ist dazu ein wichtiger Beitrag. Er ist deshalb als ein Erfolg für die demokratische Sache der ganzen Bevölkerung zu werten.

Für eine realistische Deutschlandpolitik der Gewerkschaften

Der 7. DGB-Kongreß machte auch einen allerdings geringen Schritt vorwärts zu einer realistischeren Haltung in der Deutschlandpolitik. In dieser Frage sind die Meinungen in den Gewerkschaften noch sehr widersprüchsvoll. Dem Kongreß lag dazu ein Antrag vor, der völlig im Geiste des kalten Krieges jedes Gespräch z. B. mit dem FDGB von der Erfüllung starrer antikommunistischer Forderungen abhängig machte. Der Brief des ZK der SED an die SPD und die Diskussion darüber in der Arbeiterschaft hat in der Vorbereitung des Kongresses und auf dem Kongreß selbst jene Gewerkschafter gestärkt, die sich von der bankroten Deutschlandpolitik der Regierung und der CDU loslösen wollen.

Auf dem 7. DGB-Kongreß fand eine offene, sachliche Erörterung darüber statt, daß die Arbeiterorganisationen beider deutscher Staaten miteinander sprechen müssen, daß dies eine wichtige Bedingung ist für eine friedliche Deutschlandpolitik in der Bundesrepublik. Ein Initiativantrag, für den eine konstruktive Begründung vorgetragen wurde, erhielt 147 Stimmen. Der Antrag 11 wurde einer starken Kritik unterzogen und durch einen Initiativantrag sehr verändert. Die ultimativen Vorbedingungen wurden gestrichen. An deren Stelle wurde der begonnene Dialog zwischen SED und SPD begrüßt. Der Bundesvorstand wurde beauftragt, das Gespräch SED—SPD sorgfältig zu beachten und zu prüfen, ob gegebenenfalls diese Initiativen zu unterstützen seien. Das ist eine grundsätzliche Zustimmung zum Gespräch zwischen den Arbeiterorganisationen der Bundesrepublik und der DDR und ein Anfang, sich aus der antikommunistischen Verstrickung zu lösen, in die die Repräsentanten des kalten Krieges auch die Gewerkschaften in ihrem Verhältnis

zur DDR getrieben haben. Der zur Deutschlandpolitik der Gewerkschaften angenommene Antrag ist noch voller antikommunistischer Argumente, und es wird noch viel beharrliche, geduldige Diskussion erforderlich sein, um eine realistische und fruchtbare Deutschlandpolitik der Gewerkschaften zu erarbeiten, die frei ist von der Bindung an den irrealen Kurs der Bonner Regierung. Für die jetzige Lage ist es wichtig zu betonen, daß mit dem angenommenen Antrag die Tür zu Gesprächen mit den Arbeiterorganisationen der DDR nicht zugeschlagen, sondern ein wenig geöffnet wurde.

Der gegenwärtige Hauptinhalt einer gemeinsamen Deutschlandpolitik der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik und der DDR ist es, zu verhindern, daß noch einmal von deutschem Boden ein Krieg ausgeht. Zwei Fragen sind dabei besonders aktuell: Das Streben der Regierung in Bonn nach Atomwaffen und die Beteiligung der militärischen Kräfte am Krieg der USA in Vietnam.

Die Delegierten des Kongresses haben mit ihren Beschlüssen den Kampf gegen die Notstandsgesetze als eine Seite des Kampfes zur Verteidigung des Friedens unterstrichen. Diskussionsredner bezeichneten unter dem Beifall der Delegierten die Notstandsgesetze als Teil der psychologischen Kriegsvorbereitung. Es ist deshalb nur folgerichtig, daß der 7. DGB-Kongreß einmütig eigene Abrüstungsinitiativen der Bundesrepublik forderte und verlangte, die Bundesrepublik solle endgültig auf Besitz und Verfügungsgewalt über Atomwaffen verzichten. Sie beschlossen verstärkte gewerkschaftliche Anstrengungen im Kampf gegen die atomare Gefahr. Der Kongreß sprach sich für die Beendigung des Krieges in Vietnam aus. Ebenso ist die

beschlossene Aufforderung, den 1. September als Antikriegstag zu begehen, dazu angetan, den Kampf für die Einstellung jeder Unterstützung des USA-

Krieges in Vietnam zu verstärken. Diese Beschlüsse entsprechen der Tradition des Friedenskampfes der Gewerkschaften.

Verstärkter Kampf um Mitbestimmung in Betrieb und Wirtschaft

Für die weitere Entwicklung in der Bundesrepublik ist der Kampf der Gewerkschaften für das Mitbestimmungsrecht von erstrangiger Bedeutung. Wenn auch alle Beschlüsse des 7. Kongresses des DGB von der Entscheidung über die Notstandsgesetze beherrscht wurden, so war die Forderung nach mehr Mitbestimmung doch das zweite Hauptthema.

Nachdrücklich wurde auf dem Kongreß auf den Widerspruch hingewiesen, der zwischen dem Grundgesetz und der Verfassungswirklichkeit besteht. Die Bundesrepublik ist bei weitem noch kein „demokratischer und sozialer Rechtsstaat“. In Wirklichkeit herrschen die Monopolherren, die Rüstungsindustriellen, die Generale, Militaristen und Revanchisten. Rosenberg hat in seinem Referat deutlich dargelegt, daß die Gewerkschaften die Aufgabe haben und gewillt sind, diese Kluft zwischen Verfassung und Wirklichkeit zu beseitigen. Nicht „Klassenprivilegien“ des Großkapitals, nicht „der Profit“ dürfen die „gesellschaftlichen Leitbilder“ sein. Der soziale und demokratische Rechtsstaat kann gemäß dem Auftrag des Grundgesetzes nur seine Verwirklichung finden durch ein Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaften in der Wirtschaft und allen anderen gesellschaftlichen Bereichen. Damit hat der 7. DGB-Kongreß die Forderungen aus dem Grundsatzprogramm und dem Aktionsprogramm des DGB bekräftigt, daß die Bundesrepublik zu einer friedlichen und demokratischen Entwicklung geführt werden muß. Das zu erreichen, ist die historische Aufgabe der Gewerkschaften.

Jetzt sollten in den Gewerkschaften im Sinne des 7. DGB-Kongresses Maßnahmen festgelegt werden, wie im Betrieb die Mitbestimmung erweitert werden kann, z. B. bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse, im Zusammenhang mit der Automation, bei der Aufstellung von Sozial- und Berufsausbildungsplänen, der technischen Planung in den Konzernen.

Maßnahmen gilt es auch im überbetrieblichen Raum zu ergreifen, um die destruktiven Pläne der Konzerne z. B. im Bergbau und der Stahlindustrie zu durchkreuzen und durch eine vernünftige Wirtschaftspolitik die Arbeitsplätze, die Berufsentwicklung, den sozialen Aufstieg zu sichern.

Auf dem 7. DGB-Kongreß wurden alle jene deutlich zurückgewiesen, die in den vergangenen Jahren versuchten, den DGB auf eine Linie der „Sozialpartnerschaft“ zu drängen. Die Bundesregierung und die reaktionären Konzernherren wurden wegen ihrer Feindschaft zu den Gewerkschaften, ihrer Maßhaltepolitik, ihren Forderungen nach längerer Arbeitszeit und Lohnstopp heftig kritisiert. Der Kongreß hat in vielen Beschlüssen zu sozialen Fragen die aktuellen Kampfaufgaben für die Gewerkschaften umrissen.

Die Großkapitalisten und ihre Presse haben die Beschlüsse des 7. DGB-Kongresses mit wütenden Angriffen gegen die Gewerkschaften und ihre Führung beantwortet. Sie rufen auf zur Sabotage und Nichtbeachtung der Beschlüsse. Ja, sie erdrosten sich von einer Spaltung der Gewerkschaften zu sprechen. Gerade auch darum ist es jetzt nach dem Kongreß eine dringliche Aufgabe für alle Kommunisten, gemeinsam mit den sozialdemokratischen, christlichen und parteilosen Mitgliedern der Gewerkschaften die Einheit des DGB weiter zu festigen. Dafür sind das Grundsatzprogramm, das Aktionsprogramm und die Beschlüsse des 7. DGB-Kongresses die verbindliche Grundlage. Eine Aktivierung der Gewerkschaften im Sinne dieser Beschlüsse wird ihnen neue Sympathien, neuen Einfluß und neue Mitglieder bringen. Die Stärkung der Gewerkschaften — das ist in der gegenwärtigen Lage eine Garantie, daß der Kampf der Arbeiterschaft für Abrüstung und Frieden, gegen Notstand und für Mitbestimmung, für den Abbau der Spannungen und innerdeutsche Verständi-

gung, für höhere Löhne, sozialen und kulturellen Fortschritt erfolgreich geführt werden kann. Auf diesem Wege können bei uns in der Bundesrepublik die Voraussetzungen entstehen, die zur friedlichen und demokratischen Lösung der deutschen Frage beitragen.

Der 7. DGB-Kongress wird dann ein Meilenstein der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik sein, wenn alle Mitglieder und Funktionäre sich aktiv für die Verwirklichung der gefaßten Beschlüsse dieses Parlaments der Arbeit einsetzen.

Die EWG und die Bauern

Von ANTON MÜLLER

Die Diskussion über die EWG-Agrarprobleme hat besonders in letzter Zeit in der Bundesrepublik zugenommen. Die Hoffnungen der Arbeiterschaft, die an die Agrarpolitik der CDU geknüpft wurden, billige Nahrungsmittel zu erhalten, wurden immer mehr zerstört. Ebenso wurden die den Bauern gegebenen Versprechungen nicht eingehalten, ihre Einkommensverhältnisse mit der EWG zu verbessern, wie sie im Art. 39 ausdrücklich festgelegt wurde. Darum ist es nur zu verständlich, daß Arbeiter und Bauern sich Gedanken über die weitere Entwicklung machen, wie sie sich im Rahmen der EWG vollzieht.

Seit dem 1. Januar 1958 sind die herrschenden Kreise der sechs EWG-Länder dabei, den „gemeinsamen europäischen Markt“ (EWG) in ihrem Interesse und zu ihrem Nutzen aufzubauen. Die EWG ist sowohl Ausdruck wirkender ökonomischer Gesetze als auch machtpolitischer Interessen. Einerseits soll der Versuch unternommen werden, der objektiven Tendenz der modernen Produktion zur Internationalisierung und der wissenschaftlich-technischen Revolution Rechnung zu tragen. Andererseits wird in der EWG diese Tendenz nur im Profitinteresse der großen Industriekonzerne und Banken, gegen die Völker und gegen eine freie Entwicklung des Handels mit den osteuropäischen Ländern mißbraucht. Es geht zugleich um die politische und ökonomische Vorherrschaft innerhalb der EWG und nicht zuletzt um Höchstprofite auf Kosten und durch Unterdrückung der Werktätigen in Stadt und Land. Sich diese Vorherrschaft zu sichern, ist das erste Anliegen der westdeutschen Großunternehmen.

Seitdem der EWG-Vertrag geschlossen wurde, entwickelte sich die Bun-

desrepublik zur stärksten ökonomischen und militärischen Macht in Westeuropa. Darum hat Erhard wiederholt erklärt: Wir sind wieder etwas geworden in der Welt. Und noch deutlicher wurde Strauß: Wir sind ein ökonomischer Riese, aber gleichzeitig ein politischer Zwerg. Um diesen Widerspruch zu überwinden, sind die westdeutschen Imperialisten gemeinsam mit den aggressiven Kreisen in den USA bestrebt, ihre Vorherrschaft in der EWG durchzusetzen und die EWG für ihre aggressiven Ziele gegen die DDR, für die Wiederherstellung der Grenzen von 1937 zu benutzen. Damit sind die herrschenden Kreise in Frankreich nicht einverstanden.

Besonders im Jahre 1965 wurde deutlich, daß die machtpolitischen und ökonomischen Interessen der herrschenden europäischen Monopole sehr eng miteinander verbunden sind. Die Verschärfung der Interessengegensätze zwischen den imperialistischen Staaten, die auf die Ungleichmäßigkeit der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung der einzelnen Länder zurückzuführen sind, haben sich — insbesondere zwischen der Bundesrepublik und Frankreich — soweit zugespitzt, daß es zu einer ernsten EWG- und NATO-Krise gekommen ist.

Einigkeit besteht lediglich darüber, die Volksmassen in der EWG einer verstärkten Ausbeutung zu unterwerfen. Und in der Tat haben Arbeiter und Bauern bisher nur Nachteile gehabt. „Wegfall der Zölle bringt Preissenkungen“, hieß es vorher. Seit 1958 aber sind die Verbraucherpreise enorm gestiegen, obwohl in der gleichen Zeit die Zollsätze um 80 Prozent gesenkt wurden. Man kann sich schon jetzt ausrechnen, um wieviel die Preise weiter steigen werden, wenn — entsprechend den Brüsseler Beschlüs-

sen vom 10./11. Mai — bis 1. Juli 1968 die Zölle ganz wegfallen. Arbeiter und Bauern werden auch weiterhin die Geschöpfte sein.

Der gemeinsame europäische Agrarmarkt ist in den Auseinandersetzungen um die EWG ein Hauptpunkt. Es wäre jedoch falsch, die Krise in der EWG ausschließlich als eine Agrarkrise zu betrachten. Die Gegensätze zwischen den Regierungen Frankreichs und der Bundesrepublik treten in den

EWG-Agrarfragen deshalb so kraß zutage, weil die Schaffung des gemeinsamen EWG-Agrarmarktes am weitesten vorangetrieben wurde. Er soll am 1. Juli 1967 — $2\frac{1}{2}$ Jahre früher als es im Vertrag vorgesehen war — vollendet werden. Darin ist die Ursache zu sehen, weshalb bei der Behandlung der Agrarfragen die grundsätzlichen Widersprüche in der EWG besonders zwischen Frankreich und der Bundesrepublik zutagegetreten.

Ein hoher Preis für die EWG-Politik der Monopole

Mit dem Ja zu den Brüsseler Beschlüssen vom 10./11. Mai 1966 verlangt die Bundesregierung von unserer Bauernschaft schwerwiegende Opfer. Nicht genug damit, daß allein in den acht EWG-Jahren 320 000 Bauern ihre Betriebe aufgeben mußten, die Schuldenslast auf rd. 20 Mrd. DM angewachsen ist und das Einkommen der Landwirtschaft um $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{3}$ tiefer als das vergleichbarer Berufsgruppen liegt, wurden Bauern und Arbeitern weitere Lasten aufgebürdet. Nach dem genannten Beschuß soll nun die EWG-Zollunion für Agrarerzeugnisse bis zum 1. Juli 1967 und für Industrieerzeugnisse bis zum 1. Juli 1968 vollzogen sein. Von diesem Zeitpunkt an werden in der EWG keine Zölle mehr erhoben. Die Preise für Agrarerzeugnisse werden angeglichen. Es folgt die Angleichung der Steuern, Löhne und der Sozialgesetzgebung, die mit weiteren Nachteilen für Arbeiter und Bauern verbunden ist.

Wenn am 1. Juli 1965 die Verhandlungen in Brüssel über den EWG-Agrarfonds scheiterten, so hat die Erhard-Regierung sich jetzt verpflichtet, auf Kosten der westdeutschen Steuerzahler von diesem EWG-Agrarfonds 31,2 Prozent zu übernehmen. Das sind nach den Angaben des Finanzministers Dahlgrün ab 1967 jährlich 2 Milliarden DM. Der sogenannte EWG-Agrarfonds dient der Finanzierung der EWG-Agrarpolitik und in erster Linie der Subventionierung von Agrarexporten in Drittländer. Damit soll der Unterschied zwischen den EWG- und den niedrigeren Weltmarktpreisen ausgeglichen werden. Die Mittel aus diesem Fonds fließen nicht

den Bauern, sondern den großen Exportgesellschaften zu.

Folgende Beispiele zeigen die Auswirkungen:

- der **EWG-Getreidepreis**, der schon vor längerer Zeit beschlossen wurde, liegt so weit unter dem westdeutschen, daß den Bauern der Bundesrepublik knapp eine Milliarde DM an Einnahmen verlorengeht;
- der **EWG-Rinderpreis** ist auf 242 bis 257 DM je 100 kg Lebendgewicht festgelegt. Bonn hat diesen Preis bereits für das Wirtschaftsjahr 1966/67 übernommen. Wie der Bauerverband errechnet hat, entsprechen erst 270 DM den gegenwärtigen Kosten;
- der **EWG-Milchpreis** liegt um einen Pfennig pro Liter unter dem westdeutschen. Die Bauern büßen etwa 180 Millionen DM ein;
- der **EWG-Rübenpreis** ist auf 6,80 DM pro 100 kg festgelegt. Der gegenwärtige westdeutsche Rübenpreis von 7,25 DM pro 100 kg deckt gerade die Gestehungskosten. Die Bauern müssen hier auf etwa 85 Millionen DM Einnahmen verzichten.

Ähnliches ist bei den Preisen für Schweinefleisch, Eier, Geflügel, Obst, Gemüse usw. zu erwarten.

Zynisch macht CDU-Höcherl unseren Bauern den nationalen Agrarmarkt streitig. Er erklärte: „Für unsere Landwirtschaft gibt es dann kein absolutes Vorrecht für die Belieferung des deutschen Marktes mehr, sie wird dem uneingeschränkten Wettbewerb der Erzeuger in den übrigen EWG-Partnerstaaten ausge-

setzt".¹⁾ Und am 11. März 1966 erklärte er in München: „Über den wirtschaftlichen Zusammenschluß soll ein ökonomischer Großraum geschaffen werden, um den sich... ein politischer Zusammenschluß spannen soll“. Dafür ist die Erhard-Regierung u. a. bereit, die westdeutschen Bauern genauso rücksichtslos in der EWG zu opfern wie die Bergarbeiter an der Ruhr.

Die EWG-Agrarpolitik ist auf die Interessen der Konzerne und Banken des in- und ausländischen Kapitals zugeschnitten. Wir aber, Arbeiter und Bauern, benötigen eine nationale Agrarpolitik, die die Lage der Bauern grundlegend verbessert.

Angesichts des Unwillens der Bauern richtete der Präsident des Deutschen

Bauernverbandes, Rehwinkel, einen Protest an die Bundesregierung: „Wir vermögen nicht einzusehen, daß die berechtigten Interessen der deutschen Landwirtschaft — die zu wahren sich die Bundesregierung in zahlreichen Erklärungen verpflichtet hat — hier außenhandelspolitischen Erwägungen geopfert werden sollen bzw. durch die neuesten Entscheidungen in Brüssel zum Teil bereits geopfert worden sind. Der Deutsche Bauernverband protestiert gegen die weitere Verletzung der den deutschen Bauern gegebenen Zusagen. Die Opferbereitschaft der Bundesregierung auf Kosten der Bauern scheint keine Grenzen zu kennen, die der Bauern aber ist begrenzt“.

Für eine konstruktive nationale Agrarpolitik

Insichtlich der Agrarpolitik gibt es viele konstruktive Vorschläge: Den Bauern muß ein Lebensstandard gesichert werden, der auf keinen Fall unter dem durchschnittlichen Lebensstandard in der Bundesrepublik liegt. Die Landwirtschaft muß aber gleichzeitig in die Lage versetzt werden, die Stadt mit preiswerten Lebensmitteln in guter Qualität zu versorgen.

Beide Aufgaben sind nur dann zu lösen, wenn der Aufbau einer modernen Landwirtschaft in der Bundesrepublik stärker gefördert wird — einer Landwirtschaft, die es den Bauern ermöglicht, die moderne Technik anzuwenden und Bauer auf eigener Scholle zu bleiben. Gleichzeitig gilt es, die Bauernschaft in ihrem Streben nach genossenschaftlicher Zusammenarbeit bei der überbetrieblichen Nutzung von Maschinen, bei der landwirtschaftlichen Produktion und beim Einkauf und Verkauf zu unterstützen. Die Bauern sollten in ihrem eigenen Interesse den Weg zur Schaffung demokratischer bürgerlicher Gemeinschaften und Genossenschaften, echter bürgerlicher gegenseitiger Hilfe gehen. Dazu ist nötig, daß die bisherige Ausplündерung der Bauernschaft durch die herrschenden Monopole und die antinationale bauern- und verbraucherfeindliche EWG-Agrarpolitik der Erhard-Regierung durch eine nationale

Agrarpolitik abgelöst wird. Wir sind dafür, daß diese nationale Agrarpolitik ergänzt wird durch eine sinnvolle Außenhandelspolitik, die dem Verbraucher ein reichhaltiges Angebot an Lebensmitteln zu billigen Preisen sichert. Die EWG ist nicht die Form für eine Internationalisierung des Wirtschaftslebens. Wir brauchen den Handel mit allen Völkern, insbesondere auch mit den sozialistischen Ländern.

Heute ist es so, daß die EWG-Kommission vorschreiben will, was in der Bundesrepublik auf dem Agrarsektor Recht und Gesetz sein soll. Aber darüber muß die Bevölkerung der Bundesrepublik selbst entscheiden können.

Wir sollten gemeinsam mit den SPD-Genossen dieses elementare nationale Recht unserer Bauernschaft auf eine gesicherte Existenz gegen die rücksichtslosen Angriffe der Großkonzerne und der CDU/CSU-Regierung verteidigen. Viele sozialdemokratische Genossen machen sich darüber ebenfalls ernste Gedanken. So schrieb z. B. Klaus Peter Bruns im „Vorwärts“ vom 11. Mai 1966: „Eine leistungsfähige, lebendige, eigene Landwirtschaft gibt allein die Gewähr dafür, daß eine ausreichende Versorgung unserer Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen und preiswerten Nahrungsmitteln allzeit gesichert ist“.

Wir sollten dafür eintreten, daß alle EWG-Agrargesetze, die den Bauern

¹⁾ „Bulletin der Bundesregierung“ vom 18. März 1966

und Verbrauchern Nachteile bringen, verhindert und die schon beschlossenen aufgehoben werden. Anstelle dieser Gesetze sollten im Interesse der Arbeiter und Bauern nationale Marktordnungen geschaffen und von den Bauern mitgestaltet werden.

Wir treten deshalb auch für die Beibehaltung der staatlich gezahlten Milchprämie ein, die bisher den Bauern und Verbrauchern zum Vorteil war. Wir werden niemals dulden, daß auf Kosten einer gesunden Ernährung unserer Bevölkerung gespart wird, um andererseits die Ausgaben für die atomare Aufrüstung erhöhen zu können. Wir können auch niemals damit einverstanden sein, daß unseren Bauern das Recht auf den nationalen Markt von der Erhard-Regierung streitig gemacht wird.

Dieses Recht der Bauern gilt es auch im Interesse der Arbeiterklasse zu verteidigen, denn die CDU-Agrarpolitik führt letzten Endes auch zu schwersten Schäden der nationalen landwirtschaftlichen Produktion und zur Vorherrschaft internationaler Nahrungsmitteltrusts. Arbeiter und Bauern müßten die damit wachsende Abhängigkeit teuer bezahlen.

Arbeiter und Bauern sollten sich nicht mehr länger von billigen Reden und leeren Versprechungen der Bundesregierung und der CDU/CSU täuschen lassen. Gemeinsam mit der Arbeiterklasse sind die Bauern stark, um die gefährlichen EWG-Maßnahmen der Bonner Regierung abzuwenden und ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen.

Die großen Perspektiven der Bauern in der DDR

von MANFRED MEISTER

In der Bundesrepublik und in der DDR fanden zu Beginn des Jahres Beratungen über die Lage und Entwicklung der Landwirtschaft statt. Der Bundestag beriet über den Grünen Bericht und den Grünen Plan 1966, in der DDR berieten 2400 Delegierte der Landwirtschaft auf dem IX. Bauernkongreß gemeinsam mit Vertretern der Regierung, der Parteien und Massenorganisationen über die weiteren Aufgaben.

Im Bundestag wurde festgestellt, daß sich das Einkommen der Landwirtschaft um 10 Prozent verringerte, die Schuldenlast um 10 Prozent erhöht hat und 38 700 Bauern 1965 ihre Existenzgrundlage aufgeben mußten. Den Bauern wurde für 1966 eine weitere Verschlechterung ihrer Einkommenslage um 0,5 Milliarden DM in Aussicht gestellt.

Während sich die Bauern in der Deutschen Demokratischen Republik im vergangenen Jahr mühten, die Ernte ohne Verluste unter Dach und Fach zu bringen, spekulierten die herrschenden Kreise in der Bundesrepublik bereits mit einer Mißernte. Es war wieder eine Fehlspukulation. Noch in keinem Jahr wurde die Ernte in der DDR so schnell und so gut or-

ganisiert eingebracht wie im vergangenen. Und als die Bauern Jahresbilanz zogen, zeigte sich, daß sie sogar die bisher besten Produktionsergebnisse erzielt hatten.

Der Plan bei tierischen Erzeugnissen wie Fleisch, Milch und Eiern, bei Getreide und Ölfrüchten wurde überboten. Ein Blick auf den Zuwachs zum Vorjahr, 1964, zeigt das vielleicht am besten. Bei Schlachtvieh betrug der Zuwachs insgesamt 10,8 Prozent, bei Milch 11,9 Prozent, bei Eiern 8,8 Prozent, bei Getreide 7,6 Prozent und bei Olsaaten 19,2 Prozent. Immerhin konnten 29,2 dt Getreide vom Hektar geerntet und damit höhere Erträge erzielt werden als sie im Durchschnitt die Bauern in der Bundesrepublik erreichten.

Das sind Erfolge, auf die die Genossenschaftsbauern und die Landarbeiter in den volkseigenen Gütern der DDR stolz sind.

Die von Jahr zu Jahr steigende landwirtschaftliche Produktion ist ein eindeutiger Beweis dafür, daß es richtig war, als sich die Bauern zu landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zusammenschlossen. Die Fortschritte in der Landwirtschaft der

DDR sind aber auch ein Beweis für die Richtigkeit der Agrarpolitik der SED und der Regierung des Arbeiter- und -Bauern-Staates. Mit Unterstützung der Arbeiterklasse, der Wissenschaft und der gesamten Bevölkerung ist es gelungen, die politischen und ökonomischen Grundlagen der sozialistischen Landwirtschaft zu festigen.

Blendet man zurück auf die Jahre der Entwicklung der Landwirtschaft nach 1945, so war der Weg nicht leicht. Die größte Errungenschaft der vergangenen Jahre besteht darin, daß die Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern erstmalig in der deutschen Geschichte gemeinsam mit der Arbeiterklasse und allen Schichten der Bevölkerung an der Leitung des Staates teilnehmen.

Weit über 70 000 Bäuerinnen und Bauern sind Mitglieder der Volksvertretungen in der DDR. Über 30 000 Bauern wurden in die Landwirtschaftsräte der Kreise gewählt. Rund 450 000 Genossenschaftsmitglieder arbeiten in den Vorständen, Kommissionen und Spezialistengruppen der LPG mit. Auf dem IX. Deutschen Bauernkongreß, der am 26. und 27. Februar in Berlin stattfand, wurden zum ersten Mal die rund 100 Mitglieder des Zentralen Landwirtschaftsrates der DDR von den Delegierten des Kongresses gewählt.

Man muß sich das einmal vorstellen: Bauern wählen die Besten aus ihrer Mitte, Minister, Staatsfunktionäre und Wissenschaftler in den Landwirtschaftsrat, der die Geschicke der Landwirtschaft der DDR selbstständig zwischen den Bauernkongressen leitet! Agrarpolitik von Bauern für Bauern gemacht — das ist ein Ausdruck dafür, welch ein hohes Niveau die Demokratie in der DDR erreicht hat.

Auf dem Bauernkongreß in Berlin zogen die Delegierten Bilanz und legten die Perspektive für die nächsten Jahre fest. Einer der Hauptpunkte in der Diskussion war die Anwendung der Grundsätze des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung in der Landwirtschaft. 1966 geht es dabei darum, die Landwirtschaft so zu leiten, daß mit der Intensivierung und dem schriftweisen Übergang zu industriemäßigen Produktionsmethoden die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch, Milch, Eiern und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen aus der eigenen Produktion planmäßig verbessert werden kann.

Vor der Landwirtschaft der DDR steht 1966 unter anderem die Aufgabe, 4 Prozent mehr Schlachtvieh und Milch zu produzieren als im Vorjahr. Genauer gesagt: 45 000 Tonnen Schlachtvieh und über 256 000 Tonnen Milch sollen mehr erzeugt werden.

Das neue ökonomische System in Aktion

Wie das neue ökonomische System in der Praxis aussieht, läßt sich am besten am Beispiel erläutern. Die Mitglieder der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft Neu-Holland im Kreis Oranienburg begannen mit der klaren Abgrenzung der Produktions- und Verantwortungsbereiche. Zwischen der Feld- und Viehwirtschaft wurden ökonomische Beziehungen auf vertraglicher Grundlage hergestellt, ebenso zwischen den Abteilungen, Brigaden und den ständigen oder zeitweiligen Arbeitsgruppen. Der innerbetriebliche Umsatz erfolgt durch gegenseitigen Verkauf zwischen Feldbau und Viehwirtschaft. Ein innerbetrieblicher Preiskatalog sorgt für die richtige Bewertung aller Produkte. Zwischen dem Vorstand und den einzelnen Produktionseinheiten wurden

Vereinbarungen abgeschlossen, die zum Inhalt hatten: Erhöhung der Produktion und Qualität, Einhaltung der besten agrotechnischen Zeitspannen, Senkung der Selbstkosten und Verringern der Ernteverluste. Beschlissen wurde die Abgrenzung der Pflichten und der Verantwortung, die von jedem Genossenschaftsmitglied zu leistende Arbeit, die Normen, Vergütung, Prämierung und die materielle Verantwortung, die notwendigen Produktionsmittel, wie Saatgut, Futter- und Düngemittel.

Zwischen dem Vorstand und der Grünland-Futterbrigade wurde zum Beispiel ein Vertrag über die Futterproduktion in Menge und Qualität abgeschlossen. Für die qualitätsgerechte Einhaltung des Vertrages stand der

Brigade eine Prämie in Höhe von 11 000 MDN zur Verfügung. Hätte die Brigade die Kosten überschritten bzw. die Qualität nicht erreicht, wären vertraglich vereinbarte Abzüge erfolgt.

Die Anwendung des neuen ökonomischen Systems hat sich ausgezahlt.

Neue Technik — neue Probleme

Der Einsatz von Maschinen und Geräten in großem Umfang, bessere Ausnutzung, billigere Produktion, die Anwendung ökonomischer und naturwissenschaftlicher Erkenntnisse, das alles sind Faktoren, die eine immer größere Rolle in der modernen sozialistischen Landwirtschaft spielen.

Mit der weiteren Intensivierung hat eine Änderung der Struktur des Aufwandes an gesellschaftlicher Arbeit begonnen. Bei wachsendem Produktionsvolumen haben die LPG des Typ III den Aufwand an vergegenständlicher Arbeit, also Maschinen, Geräte, Erzeugnisse der Chemie, Bauten und andere Produktionsmittel, um mehr als 50 Prozent erhöht. Und damit konnten weitere Voraussetzungen für den schrittweisen Übergang zur industriemäßigen Produktionsmethode geschaffen werden. Deshalb wird auch ein großer Teil des Nationaleinkommens der DDR zur Steigerung der Produktion von Produktionsmitteln für die Landwirtschaft verwendet. So werden zum Beispiel für den Aufbau neuer Kapazitäten für die Traktoren- und LKW-Produktion von 1963 bis 1970 etwa 800 Millionen Mark aus dem Nationaleinkommen zur Verfügung gestellt. Allein in diesem Jahr erhält die Landwirtschaft 9930 Traktoren. Für die Entwicklung der Produktion von Düng- und Pflanzenschutzmitteln sowie Wirkstoffen werden bis 1970 mehrere Milliarden Mark investiert. Mit diesen Investitionen werden schrittweise die Voraussetzungen geschaffen, die es den LPG erlauben, auf der Grundlage erwirtschafteter Mittel mit höchstem Nutzeffekt zu investieren, rationell den Übergang zur industriemäßigen Produktion zu vollziehen und bei steigender Produktion rentabel zu wirtschaften.

Dabei spielt wiederum die Zusammenarbeit zwischen mehreren LPG

Statt der geplanten Menge Heu von 1000 t wurden fast 1700 t geborgen. Ähnliche ökonomische Beziehungen wurden auch für die Durchführung bestimmter Arbeitsabschnitte zum Beispiel bei der Getreide- und Kartoffelernte hergestellt.

(Kooperationsbeziehungen) eine große Rolle. Dadurch ist es möglich, daß sich einzelne Genossenschaften auf bestimmte Gebiete spezialisieren.

Auch hierzu ein Beispiel. Die Genossenschaftsmitglieder der LPG des Typ III in Gröbzig und Osternienburg im Kreis Köthen haben gemeinsam beschlossen, durch vielfältige Zusammenarbeit besser die natürlichen und ökonomischen Produktionsbedingungen zu nutzen, größere Produktions-einheiten zu schaffen, den Austausch bestimmter Produktionszweige zu organisieren, Hauptproduktionszweige schrittweise zu entwickeln und so die Einführung industriemäßiger Produktionsmethoden besser ermöglichen zu können.

Die Kooperationsgemeinschaft dieser drei Genossenschaften umfaßt eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 6685 ha, die von 1487 Genossenschaftsmitgliedern bewirtschaftet werden. In der pflanzlichen Produktion nahmen die Genossenschaften folgende Veränderung vor: sie verlagerten den Feldfutteranbau auf die leichten Böden der LPG Osternienburg und den Anbau des ertragsreicherem Getreides, Zuckerrüben und Luzerne auf die schweren Böden in Görzig und Gröbzig. Die LPG Görzig produziert die Speisekartoffeln und die LPG Gröbzig auf Beregnungsflächen Frühkartoffeln und im übrigen Futterkartoffeln. In ähnlicher Form wurden auch die anderen Kulturen ausgetauscht. Durch diese Verlagerung der Produktion ist der Bruttoumsatz in der Feldwirtschaft 1965 zum Durchschnitt der letzten vier Jahre um 30 Prozent gestiegen. Die einzelnen Genossenschaften dieser Kooperationsgemeinschaft entwickeln planmäßig folgende Hauptproduktionsrichtungen in der tierischen Produktion:

Osternienburg:

Milchvieh, Jungviehaufzucht.

Gröbzig:

Milchvieh, Bullenmast und
Schweineaufzucht.

Görzig:

Milchvieh, Bullenmast und
Schweineaufzucht.

Entsprechend diesen Hauptproduktionsrichtungen werden die gemeinsamen Investitionen ökonomischer eingesetzt, die Baumaßnahmen konzentriert. Durch Ergänzung der vorhandenen Ställe und Anlagen oder auch Umbauten werden große geschlossene Produktionseinheiten geschaffen. Mit der Konzentration der Milchviehproduktion in der LPG Osterriegenburg wurde bei 700 Kühen ein Stalldurchschnitt von etwa 3800 kg Milch je Kuh erreicht. Durch Einführung des Dreischichten-Systems stieg die Arbeitsproduktivität um 40 Prozent. Die Melker, die auf bestimmte Arbeitsprozesse spezialisiert sind, haben eine durchgehende achtstündige Arbeitszeit. Alle Beziehungen zwischen den drei Ge-

nossenschaften werden durch einen langfristigen Kooperationsvertrag geregelt.

Das sind die ersten Schritte auf dem Wege zu neuen rationelleren Produktionsmethoden in der sozialistischen Landwirtschaft der DDR. Sie beweisen, daß die Agrarpolitik der DDR im Gegensatz zur Bonner Agrarpolitik auf dem richtigen Wege ist und daß es möglich ist, eine moderne Landwirtschaft aufzubauen, in der kein Bauer seine Existenz zu verlieren braucht, in der alle Bauern ihre Fähigkeiten richtig entfalten können.

Die Grundlage für diese Erfolge war und ist das feste Bündnis, das allseitige Zusammenwirken der geeinten Arbeiterklasse mit den Bauern. Das hat auch seine Bedeutung für die Bundesrepublik. In diesem Bündnis liegt auch bei uns die Kraft, um eine den Interessen der gesamten Bevölkerung entsprechende Agrarpolitik durchzusetzen.

Zum 100. Geburtstag von Julian Marchlewski

Ein proletarischer Internationalist und Kämpfer gegen Militarismus und Krieg

von Dr. HANS SCHUMANN

Manch Veteran der Arbeiterbewegung mag sich vielleicht noch aus der „Leipziger Volkszeitung“, der „Neuen Zeit“ und aus anderen Organen der alten Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg an den bedeutenden marxistischen Ökonomen und Publizisten, an den Mitbegründer der polnischen Sozialdemokratie und engen Kampfgefährten der deutschen Linken Julian Marchlewski (Karski) erinnern, der am 17. Mai 1966 100 Jahre alt geworden wäre. Eventuell kennt dieser oder jener unserer Leser auch eine oder einige seiner deutschen Schriften. Es sind neben etwa 1700 in deutscher Sprache erschienenen Artikeln und Aufsätzen rund ein Dutzend, unter denen die Broschüre „Imperialismus oder Sozialismus?“ — 1912 im Auftrage des sozialdemokratischen Parteivorstandes geschrieben und in Massenausflage in Deutschland verbreitet — einen besonderen Platz einnimmt.

Marchlewski enthüllte in dieser Schrift entscheidende ökonomische und politische Wesenszüge des monopolistischen Kapitalismus, begründete ganz im Sinne August Bebels die Todfeindschaft der Arbeiterklasse gegenüber diesem kriegsgebährenden System und stellte ihm als Alternative den Sozialismus entgegen. „Kriegsgefahr, Teuerung, Kapitalismus — Friede, Wohlstand für alle, Sozialismus! so ist die Frage gestellt“, rief Julian Marchlewski den deutschen Arbeitern zu und formulierte damit zugleich auch Inhalt und Ziel seines eigenen Lebenswerkes. Marchlewski sah im antiimperialistischen und antimilitaristischen Kampf den wichtigsten Grundsatz sozialdemokratischer Politik und verteidigte zusammen mit den revolutionären deutschen Sozialdemokraten diese in Programmen und Beschlüssen manifestierte Politik leidenschaftlich gegen alle Versuche, die Arbeiterklasse

mit ihrem Todfeind auszusöhnen und damit — ob gewollt oder nicht — an ihn auszuliefern.

Es ist hier nicht der Platz, um diese Feststellung näher belegen zu können, aber wie recht Marchlewski und mit ihm alle linken Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung hatten, zeigt die verhängnisvolle Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 4. August 1914 zu den Kriegskrediten und die Verkündung des Burgfriedens mit den herrschenden Klassen, der 1918 in der Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmern seine Fortsetzung fand und der — so lehrt die Geschichte — nur den Feinden der Arbeiterklasse Vorteile gebracht hat.

Allein die Linken führten nach dem 4. August 1914 in Deutschland die traditionell sozialdemokratische Politik kontinuierlich fort und entwickelten sie unter den schweren Bedingungen des Antikriegskampfes weiter. Julian Marchlewski hatte daran großen Anteil und wurde in diesem Kampf gegen den Hauptfeind im eigenen Land einer der Mitbegründer und Führer der Spartakusgruppe. Zusammen mit Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Wilhelm Pieck und anderen enthüllte er in zahlreichen illegalen Flugschriften und in den „Spartakusbrie-

fen“ den imperialistischen Charakter des Krieges und die besondere Kriegsschuld des deutschen Imperialismus. Er enthüllte Tatsachen, die zwar über Jahrzehnte von der bürgerlichen deutschen Geschichtsschreibung verbissen gelegnet wurden, die aber nach den Veröffentlichungen Fritz Fischers über den „Griff nach der Weltmacht“ vor wenigen Jahren jetzt in der Bundesrepublik nur noch von ganz verstockten Historikern bestritten werden können. Damit verliert aber auch die imperialistische These von der „Vaterlandsverteidigung“, die Marchlewski damals als ein historisches Verbrechen bezeichnete, weil mit ihr das deutsche Volk in den Krieg getrieben wurde, ihre letzte Bastion. So wird im Nachhinein selbst von bürgerlichen Historikern indirekt bestätigt, daß der Kampf der Linken gegen den imperialistischen Hauptfeind im eigenen Land, für den Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Julian Marchlewski jahrelang hinter Kerkermauern geworfen wurden, tatsächlich ein Kampf gegen die Kräfte war, die das schreckliche Völkermorden im Interesse ihres eigenen Strebens nach fremden Territorien, Rohstoffquellen und Absatzmärkten entfesselt hatten und deren Entmachtung allein einen dauerhaften Frieden sichern konnte. Auch das hat die Geschichte bis in die Gegenwart bewiesen.

Kämpfer gegen expansive Ostpolitik

Nun war Julian Marchlewski Pole und als einer der Führer der polnischen Arbeiterklasse ein leidenschaftlicher Streiter für die Befreiung seines Volkes von nationaler und sozialer Unterdrückung. Dadurch stand sein vielfältiges Wirken an der Seite der revolutionären deutschen Sozialdemokraten noch unter einem besonderen Aspekt. Marchlewski hatte erkannt, daß der entschiedene Kampf gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus zugleich ein Kampf für die Freiheit Polens war, denn seit mehr als einem Jahrhundert wurden große Teile Polens von Preußen unterjocht, und die rücksichtslose Germanisierungspolitik der deutschen Regierung in diesen Gebieten wird immer, wie Franz Mehring einmal sagte, eines der dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte bleiben.

So griff Marchlewski in vielen Arbeiten schonungslos die traditionell expansive Ostpolitik der herrschenden Klasse Deutschlands an und wies nach, daß allein diese Politik der Todfeinde sowohl des deutschen wie des polnischen Volkes immer wieder aufs Neue Haß zwischen den beiden benachbarten Völkern sät, zumal auch die polnische Bourgeoisie diese Politik ausnutzen konnte, um die nationalen Gefühle der Polen für die eigenen Klasseninteressen zu missbrauchen. Marchlewski sah dagegen im gemeinsamen Kampf der deutschen und der polnischen Arbeiterklasse gegen die herrschenden Klassen die Basis einer unzerstörbaren Freundschaft, einer Freundschaft, die er selbst tätig vorlebte und die er sowohl in Polen wie in Deutschland in vielfältigen Formen propagierte. „Die slawischen Proletarier“, schrieb er 1913

als Antwort auf die Kriegshetze der deutschen Imperialisten gegen die slawischen Völker, „werden zusammen mit den germanischen, romanischen und angelsächsischen die Zukunft entscheiden. Diese birgt vor allem nicht

Rassenkämpfe, sondern den sozialen Entscheidungskampf, den Kampf um eine Weltordnung, bei der der Gedanke an Rassenkampf wie an Nationalitätenkampf den Menschen als ein barbarischer Wahnwitz erscheinen wird.“

Seite an Seite mit den Arbeitern des Ruhrgebiets

Zwanzig Jahre lebte Julian Marchlewski in Deutschland in der Emigration, aber der Höhepunkt seines Wirkens in der deutschen Arbeiterbewegung sind ohne Zweifel die sechs Wochen 1919 im Ruhrgebiet, in denen auf einer neuen Stufe der Entwicklung all das noch einmal bestätigt wurde, was wir über seinen Kampf in Deutschland insgesamt gesagt hatten.

Anfang 1919 hatten sich die Auseinandersetzungen zwischen Bergarbeitern und Zechenherren im Ruhrgebiet zugespitzt. Die Arbeiter forderten die sofortige Sozialisierung des Bergbaus und die Schaffung eines Rätesystems zur Übernahme der sozialisierten Betriebe. Mit großen Streiks hatten sie diesen Forderungen Nachdruck verliehen, und die Geschlossenheit der Sozialisierungsbewegung spiegelte sich auch darin wider, daß von einer Konferenz aller Arbeiter- und Soldatenräte des Reviers eine „Neunerkommission zur Vorbereitung der Sozialisierung des Bergbaus im rheinisch-westfälischen Industriegebiet“ eingesetzt worden war, der jeweils 3 Vertreter der KPD, der SPD und der USPD angehörten. Selbst rechte Führer der SPD und der Gewerkschaften wagten nicht, offen gegen diese geschlossene Aktion der Arbeiter aufzutreten. Aber das Zusammengehen der drei Parteien gegen die Herren von Rhein und Ruhr paßte nicht in ihr Bild vom Klassenfrieden. An den Grenzen des Ruhrgebietes aber lauerten Regierungstruppen, um gegebenenfalls wieder „Ruhe und Ordnung“ herzustellen.

In dieser Situation wählte die dritte Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, die am 6. Februar 1919 — also am gleichen Tag, an dem in Weimar die neu gewählte Nationalversammlung zusammengrat — in Essen tagte, auf Vorschlag des Vorsitzenden des Essener Arbeiter- und Soldatenrates Fritz Baade, Julian Marchlewski zum volkswirtschaftlichen und journa-

listischen Beirat der Neunerkommission. Fritz Baade, damals einer der einflußreichsten Führer der USPD im Ruhrgebiet und nach 1945 lange Jahre Direktor des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel und Bundestagsabgeordneter der SPD, war zuvor an den Vorsitzenden der Essener KPD-Gruppe mit der Frage herangetreten, ob seine Partei nicht einen Spezialisten wünsche, der den Arbeitern bei der Sozialisierung helfen könne. So war Julian Marchlewski von der Zentrale der KPD delegiert und auf der Konferenz — auf der ihn Otto Hue als seinen „lieben Freund“ bezeichnete — gewählt worden.

In den nun folgenden Wochen tat Julian Marchlewski alles, um die gemeinsame Aktion der Arbeiter im Kampf gegen die Monopolgewaltigen von Rhein und Ruhr zu erhalten. Dabei leistete er auch unter den vielen polnischen Bergarbeitern eine große Aufklärungsarbeit, um sie zum Zusammengehen mit ihren deutschen Klassenbrüdern zu veranlassen. In vielen Reden, Artikeln und in vier Broschüren wies er wissenschaftlich-exakt nach, daß mit der jungen Weimarer Republik ein Staat entstanden war, in dem nicht die Sozialdemokratie — wie viele Arbeiter glaubten —, sondern wieder die Imperialisten und Militaristen, die Träger der Konterrevolution, die Macht besaßen. Der Bolschewismus werde von diesen Kräften zielstrebig zu einem Schreckgespenst gemacht, um die deutsche Arbeiterklasse vom Kampf gegen ihren wirklichen Hauptfeind abzuhalten. Und immer wieder betonte Marchlewski, daß dieser Hauptfeind allein einer friedlichen Weiterentwicklung des deutschen Volkes im Wege sei. Deshalb stellte er die Forderung nach einer wirksamen Kontrolle der Konzerne durch Arbeiterräte in den Vordergrund seiner Agitation und orientierte auf eine Weiterführung dieses Kampfes bis zur endlichen Entmachtung der imperialistischen Kräfte.

Doch diese Kräfte behielten in den Klassenauseinandersetzungen im Februar/März 1919 die Oberhand, nicht zuletzt deshalb, weil die Sozialisierungsbewegung im Ruhrgebiet von den rechten Führern der SPD und der Gewerkschaften, die ihren Kampf nicht gegen die imperialistische Konterrevolution, sondern gegen die revolutionären Kräfte richteten, gespalten wurde. Eine Flut übelster Verleumdungen ergoß sich über Julian Marchlewski, und nur im letzten Augenblick konnte er sich seiner Verhaftung durch konterrevolutionäre Truppen und damit dem Schicksal seiner Freunde Karl Lieb-

knecht, Rosa Luxemburg und Leo Jogiches entziehen. Eine Konferenz revolutionärer Bergarbeiter aber lobte, seinen Kampf fortzusetzen und Marchlewski im Triumph wieder zurückzuholen.

Julian Marchlewski starb am 22. März 1925 in Nervi in Italien, wohin ihn die Sowjetregierung zur Kur geschickt hatte. Mit der internationalen Arbeiterklasse trauerten auch die deutschen Arbeiter um diesen großen Freund des deutschen Volkes, dessen Lebenswerk uns bis heute noch so viel zu sagen hat.

Dokumentation:

Weltöffentlichkeit und demokratische Kräfte der Bundesrepublik fordern Aufhebung des KPD-Verbots!

In den letzten Jahren wird sowohl in der Bundesrepublik als auch im Ausland immer öfter die Forderung erhoben, das widerrechtliche Verbot unserer Partei aufzuheben. Aus der Fülle der vorliegenden Äußerungen veröffentlicht „Wissen und Tat“ nachstehend eine Reihe von Erklärungen, Stellungnahmen und Petitionen, in denen namhafte Persönlichkeiten, Organisationen, Komitees und andere Vereinigungen die Wiederzulassung der KPD befürworten und unterstützen.

Stimmen des Auslands:

Lord Bertrand Russel (Großbritannien):

Der britische Philosoph Lord Bertrand Russell hat den SPD-Vorsitzenden Willy Brandt aufgefordert, sich für die Wiederherstellung der Legalität der KPD einzusetzen. Lord Russell erklärte laut dpa, Brandt möge „seine Stimme erheben wegen des Verbots einer politischen Partei, nämlich der Kommunistischen Partei“, und wegen der rücksichtslosen Verfolgung derer, „die den Mut haben, dem wiedererwachenden Faschismus in (West-)Deutschland entgegenzutreten“. (Nach einer dpa-Meldung vom Juni 1964)

Der britische Kronanwalt Pritt zum KPD-Verbot:

„Ich behaupte, daß jeder Staat, der ein solches Verbot handhabt, sich selbst vor seinem eigenen Volk und der ganzen Welt ins Unrecht setzt, und daß er ernsthaft und schnellstens überlegen sollte, wieviel Schaden das Verbot schon angerichtet hat und ihm in der Welt noch verursacht, und er

sollte sofort beschließen, das Verbot aufzuheben.“ (Zitiert nach „Tribüne“, Nürnberg, vom 12. Februar 1966)

Aus einer Resolution der Versammlung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR vom 18. Juni 1964:

„Das Verbot der KPD ist nicht nur eine innere Angelegenheit der Bundesrepublik. Es verletzt viele Normen des internationalen Rechts und insbesondere das Potsdamer Abkommen, das die Entmilitarisierung und Demokratisierung Deutschlands vorsieht, wie auch die Deklaration der Menschenrechte, die von der Generalversammlung der UN im Jahre 1948 angenommen wurde. Der Artikel 25 des Grundgesetzes der Bundesrepublik erklärt die allgemeinen Normen des internationalen Rechts als Bestandteil der Rechte der Bundesrepublik. Die Regierung der Bundesrepublik und das Bundesverfassungsgericht haben mit ihrem Verbot der KPD wichtigen Grundsätzen des internationalen Rechts Schaden zugefügt...

Die Zeit ist angebrochen, das Verbot der KPD aufzuheben, das auf dem Höhepunkt des „Kalten Krieges“ ausgesprochen wurde! Die Aufhebung des Verbotes der Kommunistischen Partei Deutschlands stellt die Gerechtigkeit wieder her, verbessert die politische Atmosphäre in der deutschen Bundesrepublik und ist eine wichtige Voraussetzung für die Verbesserung der Lage in Europa.“

Deutsch-französisches Juristentreffen in der Straßburger Universität (27. und 28. 2. 1965)

In einem Pressebericht über das Treffen, an dem 60 Professoren, Richter und Rechtsanwälte teilnahmen, darunter Prof. Dr. A. Weill, (Dekan der Juristischen Fakultät der Universität Straßburg), Prof. Dr. Coillard (Universität Paris), Prof. Dr. Ridder (Universität Bonn), Prof. Maihofer (Universität Saarbrücken), Maurice Rolland (Richter am französischen Kassationsgerichtshof), heißt es im Hinblick auf die Bundesrepublik:

„Die Diskussion bewegte sich dabei auch um die Forderung, allen auf dem Boden der Demokratie stehenden politischen Richtungen ausnahmslos gleiche Rechte einzuräumen. Alle sollen frei ihren Standpunkt vertreten, die publizistischen Möglichkeiten in Anspruch nehmen und politische Parteien bilden können. Dabei wurde im Hinblick auf die Bundesrepublik die Auffassung geäußert, daß dies ohne eine Überprüfung des KPD-Verbots nicht gewährleistet sei. Dieses Verbot habe sich zu einer echten Gefahr für die Demokratie entwickelt.“

Französische Bürger: „Freiheit für die KPD“

Eine Petition, in der von der Bonner Regierung Meinungsfreiheit und Legalität für die KPD gefordert wird, ist am Dienstag einem Botschaftsrat der Bonner Botschaft in Paris übergeben worden. Die Petition, die 3 000 Unterschriften trägt, wurde von einer Delegation überreicht, der das Mitglied des Stadt- und Generalrates von Paris, Louis Baillot, der Rechtsanwalt Bouvier-Ajam und der Journalist Ferreux angehörten.
„Neues Deutschland“, 26. 2. 1965.)

Aus einem Kommentar der „Stockholms Tidningar“ vom 6. 8. 1965

„Das Verbot der KP Westdeutschlands hat auch die ernste Nebenwirkung gehabt, daß diejenigen Organisationen und Einzelpersonen, die die gegenwärtige Lage für unglücklich halten, als suspekt betrachtet werden.“

„Sowohl das Verbot der westdeutschen Kommunistischen Partei als auch die lächerliche Verdächtigung aller Kontakte über die Grenze sind ein Zeichen für die Schwäche der westdeutschen Demokratie.“

Holländische Jugend für Aufhebung des KPD-Verbots:

„Der ‚Politische Jugendkontakt‘, ein holländisches Jugendparlament in der Zaanstreek (Gebiet Zaandam und umliegende Städte) hieß mit dreizehn gegen eine Stimme eine Resolution gut, in der von der niederländischen Regierung nachdrücklich die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik gefordert wird. Mit dem gleichen Stimmverhältnis sprachen sich die Teilnehmer der Jugendkonferenz gegen eine westdeutsche Beteiligung an einer multilateralen Atomstreitmacht der NATO, für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und für die Aufhebung des Verbots der KPD aus.“ („Neues Deutschland“, Berlin, vom 20. 11. 1965)

KPdSU unterstützt Kampf um Legalität:

„Die entschiedene Forderung nach Wiederherstellung der Legalität der KPD wird heute von breiten Kreisen der westdeutschen Öffentlichkeit erhoben. Mit ihr vereinigt sich die Stimme der Werktätigen vieler Länder einschließlich der Sowjetmenschen, der sowjetischen Kommunisten, die dem mutigen Kampf der Kommunistischen Partei Deutschlands für die Interessen des deutschen Volkes, gegen Militarismus und Revanchismus, für den Sieg der Sache des Friedens, für die ideologische Reinheit des Marxismus-Leninismus und die Einheit der kommunistischen Bewegung gebührende Anerkennung geben.“ („Prawda“, Moskau, vom 17. 8. 1965)

Brüsseler Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien vom 1.—3. Juni 1965:

„Indem die Konferenz die Forderung nach der Wiederherstellung der Legalität der Kommunistischen Partei Deutschlands unterstützt, begrüßt sie

die Tatsache, daß breite Kreise in der deutschen Bundesrepublik diese Idee mit ihr teilen. Die Konferenz fordert gleichzeitig für alle demokratischen und friedliebenden Kräfte Westdeutschlands das Recht, sich in aller Freiheit zu organisieren, und die Beendigung aller Verfolgungen ...“

Stimmen aus den beiden deutschen Staaten

Aus einer Erklärung der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin:

„Die Juristische Fakultät der Humboldt-Universität stellt fest, daß die Aufhebung des Verbots der Kommunistischen Partei Deutschlands völkerrechtlich wie grundgesetzlich ein Gebot der Friedenssicherung, der Wahrung der Menschenrechte und der Wiedervereinigung Deutschlands ist. Der Aufhebung des Verbots, der Wiederzulassung der KPD und der Sicherung der freien Betätigung dieser antimilitaristischen und demokratischen Partei stehen nach dem innerstaatlichen Recht der Bundesrepublik nicht nur keine unüberwindlichen Schranken entgegen; die Gewährleistung der Betätigungs freiheit der KPD ist vielmehr auch unabweisbare Konsequenz der Wahrung der grundgesetzlichen Ordnung.“ („Neues Deutschland“, Berlin, vom 17. August 1965)

Alterspräsident des Landtages in Stuttgart, Fritz Ulrich (SPD):

„Wir Sozialdemokraten waren ja seinerzeit gegen das Verbot und die Entwicklung hat uns Recht gegeben.“

„Ich habe persönlich nichts dagegen einzuwenden, daß die KPD bald wieder zugelassen wird.“

„Der frühere SPD-Bundestagsabgeordnete Heinrich Happe-Nienberge stellte in einem Offenen Brief an Ministerpräsidenten Dr. Meyers u. a. fest: „Niemand kann den Bundestagsabgeordneten der KPD im ersten Bundestag, als noch der unübersehbare geistige und materielle Trümmerhaufen, den die Nazis hinterlassen hatten, unmittelbar vor uns lag, und zu entrümmern war, die positive Mitarbeit im Rahmen unserer demokratischen Grundordnung absprechen. Ihre politische Eigenwilligkeit war für uns staatspolitisch besonders wertvoll.“ (Nach: „Bonner Korrespondenz“ vom 16. 7. 64)

Walter Ulbricht auf der 12. Tagung des ZK der SED:

„Zum Kampf gegen den Abbau der Demokratie gehört der Kampf für die Legalisierung der Kommunistischen Partei Deutschlands. Kein Sozialdemokrat und kein bürgerlicher Demokrat kann behaupten, im westdeutschen Staat herrsche die bürgerliche Demokratie, so lange die KPD verboten ist und verfolgt wird.“

Dr. Oswald A. Kohut:

„Die gegenwärtige „Kommunisten-Riecherei“ ist eine Gefahr für das Recht der freien Meinungsäußerung. In der Bundesrepublik werden zahlreiche Menschen verfolgt, die Auffassungen geäußert haben, von denen Denunzianten annehmen, daß sie auf der Linie des Kommunismus liegen. Eine

Vorstand der Berliner Schriftsteller

„Wir haben gelesen, was für eine „Kommunistische Partei“ sich Havemann wünscht. Das veranlaßt uns, der Kommunistischen Partei Deutschlands, wie sie jetzt lebt und kämpft, unsere Solidarität zu erklären. Mit Euch fordern wir die Aufhebung des Verbots Eurer Partei. Sie ist die Partei, die allen fortschrittlichen Kräften in der Bundesrepublik zur Seite steht. Sie hat die Zukunft für sich.“

Der Vorstand der Berliner Schriftsteller: Dr. Marianna Dreifuß, Paul-Herbert Freyer, Jens Gerlach, Karl-Heinz Jakobs, Heinz Kahlau, Hanna-Heide Kraze, Dieter Noll, Benno Pludra, Walter Radetz, Joachim Ret, Fred Rodrian, Erhard Scherner, Paul Wiens.“

Aufhebung des KPD-Verbots und Änderung einer Anzahl von Paragraphen in unserem Strafgesetzbuch würde der bei uns üblichen Gesinnungs-Schnüffelei ein Ende bereiten.“

KPD-Verbot — Hemmnis für die Verständigung

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Willi-Max Rademacher hat sich in einer Umfrage der Jugendzeitung „elan“ für die Aufhebung des KPD-Verbots ausgesprochen. „Der Forderung nach einer Überprüfung des KPD-Verbots und einer eventuellen Wiederzulassung dieser Partei stehe ich positiv gegenüber“ erklärte er. Es ist außerordentlich schwer zu behaupten, ob ein solcher Schritt ein Beitrag zur Annäherung und für die Wiedervereinigung sein würde. „Tatsache ist aber doch wohl, daß eine Wiedervereinigung überhaupt nur möglich ist, wenn die KPD zugelassen würde.“

FDP-Vorsitzender Westberlins für legale KPD

„Der Westberliner FDP-Vorsitzende William Borm hat am Sonnabend (26. 2. 1966) vor dem außerordentlichen Parteitag seiner Partei die Wiederzulassung der KPD in Westdeutschland als Auftakt für eine „mobile Deutschlandpolitik“ gefordert.“

(„Neues Deutschland“, Berlin, 27. 2. 1966)

Professor Dr. Dr. Friedensburg (CDU):

„Ich habe das Verbot der Kommunistischen Partei von Anfang an für politisch nachteilig angesehen. Diesen Standpunkt habe ich auch mehrfach im Bundestag und sonst in der Öffentlichkeit vertreten.“

Ehemaliger Bundesjustizminister Bucher auf einer Versammlung in Hilden (Rheinland):

„Ich halte das KPD-Verbot für falsch. Das war keine politische Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, sondern der Bundesregierung.“

(„Deutsche Volkszeitung“, 17. 7. 1964)

Erich Kuby: Die KPD gehört wieder ins Parlament

Auf dem 35. Forumsgespräch der Reihe „Meinung gegen Meinung“ in Düsseldorf vertrat Erich Kuby die Meinung, die KPD gehöre wieder ins

Parlament, denn — so sagte er — „es wäre zu begrüßen, wenn es im Bundestag eine Partei gäbe, die nachdenke.“

(Nach: „Rheinische Post“, Düsseldorf, 27. 5. 65)

Kirchenpräsident Dr. Martin Niemöller:

„Da ich das Verbot der KPD von Anfang an für eine völlig undemokratische Maßnahme gehalten habe, halte ich eine Legalisierung dieser Partei für unbedingt notwendig. Dabei spielt es keine Rolle, ob das nützlich oder nicht ist, sondern lediglich, ob sich ein derartiges Verbot mit den Grundsätzen der Demokratie vereinbaren läßt. Das ist nach meiner Überzeugung nicht der Fall; und damit ist meine Haltung eindeutig gegeben.“

Deutsche Friedensunion:

Auf dem 1. Außerordentlichen Unionstag der Deutschen Friedens-Union schloß sich das Direktoriumsmitglied Lorenz Knorr den Befürwortern der Aufhebung des KPD-Verbots an und erklärte, daß die Wiederzulassung der KPD „die längst fällige Wiedergutmachung an jene ist, die die Hauptlast im Kampf gegen Hitler getragen haben.“

Heinz Brakemeier, Sekretär des Sozialistischen Bundes:

„Das KPD-Verbot als solches ist zunächst einmal entstanden aus der Situation des kalten Krieges und hat seine Ursache darin. Es ist in keiner Weise zu rechtfertigen. Es ist notwendig, das KP-Verbot aus einer ganzen Reihe von Gründen aufzuheben, auch gerade um diesen Gefahren entgegenzuwirken, von denen die Rede ist. Denn ohne die Aufhebung des Verbotes ist jede Bewegung hier in der Bundesrepublik, die sich links von der SPD bewegt, von den Verdikten dieses Verbotes bedroht ...“

FDP-Bundestagsabgeordnete Hedda Heuser:

„Wenn wir im Bundeshaus mit jungen Menschen zu diskutieren haben, wird uns immer wieder die Frage nach dem Verbot der Kommunistischen Partei gestellt. Ich bin der Diskussion um dieses Verbot nie ausgewichen, weil mir aus der Art, wie gefragt wurde,

eines deutlich zu werden schien, nämlich, daß politisch gedacht wurde. Einmal macht man sich Gedanken über die Zweckmäßigkeit eines solchen Ver-

bots und zum anderen wurde man nicht recht fertig damit, daß ein demokratisches Staatswesen es nötig hat, zu solchen Mitteln zu greifen."

Stimmen der Jugend

IG-Metall-Jugend fordert Überprüfung des KPD-Verbots

Die Jungdelegiertenkonferenz der IG Metall Frankfurt hat am 10. Dezember 1964 mit großer Mehrheit einer Entschließung zugestimmt, die eine Überprüfung des vor acht Jahren ergangenen Verbots der KPD fordert.

Jungsozialisten für Wiederzulassung der KPD

Die „Süddeutsche Zeitung“ vom 13. März 1966 berichtet unter der Überschrift: „Die Jugend und die Politik“ über die Jahreshauptversammlung der Münchener Jungsozialisten. Darin heißt es:

„In einem Antrag wurde das Fehlen eines politischen Oppositionsprogramms kritisiert. Andere Antragsteller forderten den Ausbau der Kontakte mit der DDR, die Wiederzulassung der KPD und die Verweigerung der staatlichen Unterstützung von Vertriebenenlandschaften.“

Jungdemokraten: KPD-Verbot aufheben!

Die Aufhebung des KPD-Verbotes haben die Jungdemokraten des Kreisverbandes Wilhelmshaven befürwortet. Die Wiederzulassung der KPD wäre ein Anfang zu dem Ziel, die Vereinigung Deutschlands nicht zur Phrase werden zu lassen. Der Kreisverband setzte sich ferner für die Schaffung paritätisch zusammengesetzter Kommissionen aus Vertretern der DDR und der Bundesrepublik ein. Die Forderun-

gen Bonns nach Grenzrevisionen wurden abgelehnt.

Antrag der SHB-Gruppe Münster an den 7. Bundeskongress des „Sozialistischen Hochschulbundes“

Der SHB bittet die Bundesregierung, alle Möglichkeiten einer Wiederzulassung der KPD zu prüfen und gegebenenfalls entsprechende Schritte beim Bundesverfassungsgericht einzuleiten.

Das Verbot der KPD macht jede sachliche Auseinandersetzung mit den Kommunisten unmöglich, schafft ein undemokratisches Klima der politischen Bespitzelung und dämonisiert durch Illegalität eine politische Richtung, die genauso von normal unter uns lebenden Mitbürgern repräsentiert wird, wie die anderen Parteien.“

Antrag der SHB-Gruppe Bonn an den 7. Bundeskongress

„Der SHB hält eine Wiederzulassung der KPD im Interesse der Bundesrepublik und ganz Deutschlands erforderlich. Eine Wiederzulassung der KPD könnte ein Beitrag zu einer innenpolitischen Entspannung sein, die erst die in anderen westlichen Demokratien selbstverständliche sachliche, rationale Diskussion im Parlament und in der Öffentlichkeit ermöglicht.“

Es ist offenbar, daß im Falle einer Wiedervereinigung KPD oder SED zugelassen werden müssen. Eine Wiederzulassung könnte andererseits ein kleiner Schritt auf dem Wege zur innerdeutschen und europäischen Entspannung sein.“

Aus der Fülle der Petitionen

Gewerkschafter befürworten Aufhebung des KPD-Verbots

Im April 1966 richteten 115 Bürger aus Moers (NRW) eine Petition an den Bundestag, in der es heißt:

„Wir sind der Auffassung, daß in unserem demokratischen Staatswesen auch Platz für eine freie, legale Betätigung der KPD auf der Grundlage des

Grundgesetzes unserer Bundesrepublik und in ihrem verfassungsmäßigen Rahmen vorhanden sein sollte.“

Eine solche Maßnahme, wie es die Aufhebung des KPD-Verbots wäre, hätte große gesellschaftspolitische Bedeutung. Sie würde die politische Auseinandersetzung in der Bundesrepublik befürchten und sich positiv auf die

weitere Entwicklung, Festigung und Gestaltung unserer Demokratie auswirken."

In einem von der „Deutschen Volkszeitung“ am 22. 4. 1966 veröffentlichten, von Herrn Karl Stiffel unterzeichneten Begleitschreiben, heißt es:

„In breiten Schichten der Arbeitnehmerschaft ist die Bereitschaft vorhanden, die Petitionsbewegung für die Aufhebung des Verbots der Kommunistischen Partei Deutschlands zu unterstützen. Aus dem Wortlaut der Petition können Sie entnehmen, welche politischen Gründe uns zu diesem Schritt bewegt haben. Das inzwischen anlaufende Gespräch zwischen den Parteien beider deutscher Staaten, insbesondere zwischen SPD und SED, machen die politische Notwendigkeit der Aufhebung des KPD-Verbots noch dringlicher. Vor allem bei den Mitgliedern und Freunden der SPD wächst jetzt, wie ich in Gesprächen feststellen konnte, die Bereitschaft, die Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbots zu unterstützen.“

Mit Ausnahme von fünf evangelischen Geistlichen kommen alle Unterzeichner aus der Arbeiterschaft: 91 sind gewerkschaftlich organisiert, vier Betriebsratsvorsitzende, 33 Betriebsratsmitglieder (Angestellte und Arbeiter), vier Gewerkschaftssekretäre und 22 Mitglieder von Kreisvorständen. Politisch gehören die Unterzeichner verschiedenen Richtungen an, 23 von ihnen sind SPD-Mitglieder.“

Petition bayrischer Persönlichkeiten an Bundesregierung und Bundestag:

In einer Petition an Bundesregierung und Bundestag haben sich Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus **Bayern** für eine politische Amnestie und für die Aufhebung des Verbots der Kommunistischen Partei Deutschlands ausgesprochen.

In der Petition heißt es u. a.:

„Die Aufhebung des KPD-Verbots wäre ein Schritt, der mit Sicherheit zur Entgiftung der Atmosphäre in Deutschland beitragen könnte. Wir glauben, daß es 15 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes der Bundesrepublik an der Zeit ist, dem Wieder-

vereinigungsgebot der Präambel des Grundgesetzes gerecht zu werden ...“

Zu den Unterzeichnern gehören:

Oskar Vollhardt, Rechtsanwalt, Nürnberg

Fanny Büttner, Hausfrau, Würzburg
Willi Cronauer, Oberregierungsrat a. D., Heilpraktiker

Robert Fey, Fabrikant, Nürnberg

Peter Heyduck, Bühnenbildner, Nürnberg

Ernst Heywang, Schulrat a. D., Marktbreit

Dr. Fritz Hübner, Arzt, Forchheim
Dr. Hans Löw, Arzt, Rothenstadt b. Weiden

Professor Dr. Dr. Meyer, Hassfurth

Dore Meyer-Vax, Kunstmalerin, Nürnberg

Professor Dr. Müller, Universitätsprofessor i. R., Augsburg

Anka Müller, Journalistin, Nürnberg
Lilly Nevinny, Übersetzerin, München

Stud. Prof. Hermann Pfister, Nürnberg

Dr. Rasche, Arzt, Würzburg

Dipl.-Ingenieur Hugo Stössinger, Erlangen

Dr. Dr. Gg. Gustav Wieszner, Kunsthistoriker, Nürnberg.

Petition des Hamburger Ausschusses für politische Freiheiten:

„Beauftragte des Hamburger Ausschusses für politische Freiheiten übergaben dem Petitionsausschuß des Bundestages am 21. April eine mit 2200 Unterschriften versehene Erklärung, in der die Aufhebung des KPD-Verbots gefordert wird. Die Unterzeichner sind Hamburger Bürgerinnen und Bürger aus allen Schichten der Bevölkerung.“

In der Petition heißt es:

„Viele Gründe sprechen heute dafür, das Verbot der KPD aufzuheben. Wir sprechen uns hiermit gleichfalls für die Aufhebung des KPD-Verbots aus. Wir appellieren an den Petitionsausschuß, den Bundestag zu ersuchen, die geeigneten Wege dafür ausfindig zu machen.“

Zu den 32 Erstunterzeichnern gehören neun Betriebsräte sowie fünf weitere Arbeiter und Angestellte. Mit ihnen forderten zur Unterschrift auf Studienräte, Lehrer, Jugendleiter, Mittelständler, Angehörige der freien Berufe und Hausfrauen. Die Sammlung von Unterschriften soll fortgesetzt werden."

(**Bonner Korrespondenz**, Bonn, Nr. 42, 16. Mai 1966)

Ständig neue Unterschriften!

Mitte Dezember 1965 überreichten die **Vertreter und Sprecher des „Düsseldorfer Petitionskreises“** im Bundeskanzleramt und im Bundeshaus in Bonn eine Petition zur Überprüfung des Verbotes der KPD. Die Petition war von 2000 Personen unterzeichnet worden. In einem vom „Industriekurier“ vom 8. 5. 1965 veröffentlichten Begleitschreiben des Intendanten a. D. Otto Schönfeldt, Düsseldorf, heißt es:

„Die Legalität der KPD ist ein Problem unserer Demokratie und unserer gesamtdeutschen Politik. Die Wiederherstellung der politischen Betätigungsfreiheit für die KPD würde die Gefahr einer polizeistaatlichen Entwicklung und des Mißbrauchs der Justiz eindämmen. Das politische Klima zwischen Ost- und Westdeutschland würde wesentlich verbessert werden. Wir fordern die Beseitigung der Gesinnungsstrafjustiz in ganz Deutschland.“

Für Amnestie und Aufhebung des KPD-Verbots

Insgesamt 2260 Bürger aus Rheinland-Pfalz, darunter namhafte Persönlichkeiten aus allen Schichten des Volkes, haben im November 1964 mit ihrer Unterschrift unter einer Petition ihr Interesse an einer Amnestie für politische Gefangene und an der Aufhebung des KPD-Verbots bekundet. Dies geht aus einem Schreiben hervor, das von Unterzeichnern

der Petition an die Vorsitzende des Petitionsausschusses des Bundestages, Frau Helene Wessel, gerichtet ist.

Zu den Unterzeichnern gehören unter anderem die Pfarrer H. J. Oeffler aus Sieglbach in der **Pfalz** und Horst Symanowski aus Mainz-Kastel, der Diakon Friedrich Weissinger, Mainz, Kurt Berner, Maler und Graphiker, H. A. Carstens, Architekt, Mainz, Gertrud Bienko, Studienrätin, Koblenz sowie Erich Walch, Mitglied des Landtages Saarbrücken.

Petitionsbewegung für Aufhebung des KPD-Verbots

Am Tage des Wiederzusammentritts des Bundestages nach der Osterpause, am 4. Mai 1965, überbrachte eine Delegation im Auftrage von über 1500 Bürgerinnen und Bürgern aus dem **Raum Heidelberg-Mannheim** dem Parlament eine Petition zur innenpolitischen Entspannung. Mit der Eingabe fordern sie dringend „Maßnahmen zur Erhaltung der Demokratie . . . Hierzu gehört unserer Meinung nach der Erlass eines Amnestie-Gesetzes für politische Straftaten. Auch sind wir der Auffassung, daß die Aufhebung des Verbotes der Kommunistischen Partei für die Festigung des demokratischen Lebens nützlich wäre, weil die Aufhebung dieses Verbotes die bestehende Rechtsunsicherheit beseitigen und zugleich zur Überwindung der politischen Spannungen, zur Verständigung und Wiedervereinigung beitragen würde.“

Diese Stellungnahme ist u. a. unterzeichnet worden von: Ilse Schirmer, Fachschulrätin; Professor Karl Balser, Studienrat; Herbert Panner, Betriebsratsvorsitzender; Kurt Vehmann, Innungsmeister, Otti Winteroll; Irmgard Haus, Ärztin; Annemarie Schenk, Dolmetscherin; Henri Langer, Kunstmaler; Siegfried Angelis, Vertrauensmann.

(„**Bonner Korrespondenz**“, Nr. 48/65)

Achtung!

Eine Sendung **KPD** bringt der **Deutsche Fernsehfunk** an jedem letzten von und mit der Montag im Monat von 19.00 bis 19.25 Uhr

Achtung!

JUNGE GENOSSEN FRAGEN, WISSEN UND TAT antwortet

Was ist mit den Alliierten Vorbehaltsrechten?

Zu den beliebtesten Argumenten der Befürworter der Notstandsgesetze gehört die Behauptung: Die Notstandsgesetze und insbesondere die Notstandsverfassung seien für die Ablösung der Alliierten Vorbehaltsrechte erforderlich. Man will uns einreden, die Notstandsgesetze würden zum Ausbau der Souveränität der Bundesrepublik beitragen, außerdem wären

sie notwendig, um in Krisensituatiosn nicht auf Maßnahmen der Besatzungsmächte angewiesen bzw. gar einem „rechtlosen“ Zustand ausgeliefert zu sein. Um es vorweg zu sagen: die Notstandsgesetzgebung hat mit der Ablösung Alliierter Eingriffsrechte überhaupt nichts zu tun. Es gibt auch kein rechtsstaatliches Interesse für diese Gesetze.

Was ist unter Alliierten Vorbehaltsrechten zu verstehen?

Im sogenannten Deutschlandvertrag, den die USA, Frankreich und England mit der Bundesregierung abschlossen, als auch in anderen NATO-Verträgen wurden den bei uns stationierten ausländischen Streitkräften formell bestimmte Eingriffsrechte in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik zugeschilligt. Die demokratische Öffentlichkeit und nicht zuletzt wir Kommunisten hatten bereits vor Abschluß dieser Verträge davor gewarnt, daß damit das Besetzungsrecht zementiert und die Souveränität der Bundesrepublik beeinträchtigt wird. Den Regierenden in Bonn aber ging es nicht um Souveränität, sondern darum, im Rahmen eines aggressiven NATO-Paktes unbehindert aufrüsten zu können. Zu diesen Eingriffsrechten gehört u. a. die Bestimmung des Art. 5 Abs. 2 des „Deutschlandvertrages“ in der Fassung vom 23. Oktober 1954. Darin wird auf die Rechte der drei Westmächte in bezug auf den „Schutz der Sicherheit“ ihrer in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte hingewiesen.

¹⁾ Kogon, Abendroth, Hannover, Ridder, Seifert: „Der totale Notstandstaat“, Stimme-Verlag, Frankfurt (Main).

²⁾ Vgl. Grewe, Wilhelm: Der neue Deutschland-Vertrag, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 212 vom 18. November 1954.

³⁾ Prof. Furler, Berichterstatter des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages bei der Ratifizierung des Vertrages am 15. Februar 1955 im Bundestag, vgl. dazu Jürgen Seifert, „Gefahr im Verzug“, Europäische Verlagsanstalt, S. 28 ff.

Gleichzeitig wird darin versichert, daß diese Rechte erloschen sollen, „sobald die zuständigen deutschen Behörden entsprechende Vollmachten durch die deutsche Gesetzgebung erhalten haben und dadurch in den Stand gesetzt sind, wirksame Maßnahmen zum Schutz der Sicherheit dieser Streitkräfte zu treffen...“ Daran knüpfen nun die Befürworter der Notstandsgesetze an, um ihre antidemokratischen Pläne zu rechtfertigen.

Nun haben zwar bereits bekannte Staatsrechtler wie die Professoren Ridder und Abendroth¹⁾ wiederholt nachgewiesen, daß dieser Art. 5 Abs. 2 des Deutschlandvertrages keine Eingriffsrechte mehr enthält. Sie verweisen dabei auf die Äußerungen des CDU-Rechtsexperten Prof. Grewe²⁾ und des CDU-Berichterstatters des Auswärtigen Amtes, Prof. Furler,³⁾ vor und bei der Ratifizierung des Deutschlandvertrages. Daraus ergäbe sich eindeutig, daß die Eingriffsrechte der drei Westmächte nur für eine „äußere Bedrohung“ gedacht waren und für diesen Fall durch die Wehrgesetze von 1956 Vorsorge geschaffen wurde. Die Verpflichtung aus Art. 5 Abs. 2 sei deshalb erfüllt und die Vorbehaltsrechte wären deshalb bereits erloschen.

Diese Beweisführung reicht natürlich noch nicht aus, um die Behauptung zu widerlegen, die Notstandsgesetze dienten dem Ausbau der Souveränität der Bundesrepublik.

Wohl aber zeigen sie, wie heuchlerisch und skrupellos die herrschenden Kreise in Bonn Bestimmungen immer so auslegen, wie es zu ihrer jeweiligen politischen Konzeption paßt.

Solange ausländische Streitkräfte bei uns stationiert sind, besteht unabhängig von formalen Regelungen stets die Gefahr, daß sich die Militärbefehlshaber, wann immer sie eine „Gefährdung ihrer Sicherheit“ sehen, Eingriffsrechte herausnehmen⁴). Die Praktiken der amerikanischen Militärbefehlshaber in Süd-Vietnam sollten uns eine Warnung sein.

Um von diesen alliierten Eingriffsrechten loszukommen, sind Notstandsgesetze weder geeignet noch erforderlich. Auch die Professoren weisen in der Begründung ihres Appells an die Gewerkschaften darauf hin, daß „die vorliegenden Bestimmungen des Grundgesetzes bereits völlig ausreichen, um von den Alliierten gegebenenfalls den formellen Verzicht auf diese Rechte verlangen zu können“⁵). Wem tatsächlich die Sorveränität der Bundesrepublik am Herzen

liegt, der muß dafür eintreten, daß solche Vorbehaltsrechte beseitigt werden, die den westlichen Alliierten zu billigten, bis zum Jahre 2005 in Westdeutschland bleiben zu können. Wir Kommunisten unterstützen jede Maßnahme, die dem Ausbau der Souveränität der Bundesrepublik dient. Notwendig dazu ist insbesondere die Befreiung von solchen „Vorbehaltsrechten“ des „Deutschlandvertrages“, die den drei Westmächten die Ermächtigung einräumen, über alle Fragen der Wiedervereinigung und der Lösung des Deutschlandproblems zu bestimmen. Um davon loszukommen, bedarf es keiner Grundgesetzänderung und keiner Notstandsgesetze zur Beseitigung der demokratischen Rechte und Freiheiten der Bürger. Notwendig dazu ist eine Politik, die die friedliche Lösung der deutschen Frage anstrebt und die nationalen Interessen auch gegenüber den westlichen Alliierten durchsetzt. Wer ernsthaft für die volle Souveränität der Bundesrepublik eintritt, muß sich auch dafür einsetzen, daß der 1969 auslaufende NATO-Vertrag mit seinen Eingriffsrechten nicht verlängert wird.

Worum es der Bundesrepublik wirklich geht

Tatsächlich geht es den Notstandspolitikern auch gar nicht um die Abschaffung alliierter Vorbehaltsrechte. Sie wollen diese Gesetze, um in eigener Regie Kriegsrecht in Friedenszeiten schaffen und ihr diktatorisches Regime ausbauen zu können. Als Kriegsminister Hassel am 24. Juni 1965 im Bundestag die Verabschiedung der Notstandsverfassung forderte, war mit keinem Wort von einer Ablösung alliierter Vorbehaltsrechte die Rede. Er sprach vom „militärischen Kampfauftrag“ der Bundeswehr und forderte die Notstandsgesetze als „rechtliches Instrument“ zur Mobilisierung aller

personellen und materiellen Reserven. Mit Recht stellen deshalb viele Menschen bei uns die Frage: Was hat eigentlich eine Notstandsverfassung, mit der eine staatliche Ordnung droht, in der wir überhaupt nichts mehr zu sagen haben und die Verfassung nichts mehr gilt, mit alliierter Vorbehaltsrechten zu tun? Was sollen in diesem Zusammenhang Notstandsbestimmungen, die uns verpflichten, unseren Kindern Erkennungsmarken umzuhängen und das gesamte öffentliche Leben bereits im Frieden einem staatlichen Zwangsdiktat unterordnen?

Kurz vor Beginn des DGB-Kongresses drohte Innenminister Lücke: Für den Fall, daß die Notstandsverfassung im Bundestag nicht die notwendige Zweidrittelmehrheit findet, hätte sein Ministerium Geheimgesetze mit Notstandsregelungen ausgearbeitet. Diese Notverordnungen würden dann entweder von den Alliierten in Kraft gesetzt oder auf Grund alliierter Vollmachten von deutschen Behörden an-

⁴) So auch Rudolf Augstein in seinem Artikel „Notstand — das Ende aller Sicherheit?“: „Andererseits könnte keine Regelung verhindern, daß sie sich im Ernstfall gewisse Verantwortlichkeiten herausnehmen würden, wenn etwa das „völkerrechtliche Notwehrrecht eines Militärbefehlshabers“ akut würde, das Adenauer den Außenminister der drei Westmächte in einem Annex-Brief eigens konzediert hat.“ (Der Spiegel“ Nr. 16/1966, S. 58).

⁵) Zitiert nach „Deutsche Volkszeitung“ vom 18. März 1966, S. 2.

gewandt werden⁶). Damit hat Lücke die Enthüllungen der DDR bestätigt, wonach in den Panzerschränken der Bonner Ministerien über 40 Notverordnungen bereit liegen. Diese sollen der Regierung und ihren Militärs die Möglichkeit geben, über Nacht die verfassungsmäßige Ordnung zu beseitigen, erneut Konzentrationslager einzurichten und ein militärdiktatorisches Regime zu errichten.

Mit seiner Drohung hat Lücke Farbe bekannt. Entgegen dem Grundsatz der Verfassung, daß alle Staatsorgane nur im Rahmen und auf der Rechtsgrundlage des Grundgesetzes tätig sein dürfen, werden in seinem Ministerium im geheimen Staatsstreichermächtigungen ausgebrütet. Und das Argument von der notwendigen Ablösung alliierter Vorbehaltsrechte wird erneut als Begründung dazu strapaziert. Wir brauchen aber weder alliierte noch deutsche Notstandsermächtigungen. Die vorhandenen Bestimmungen im Grundgesetz reichen völlig aus, um z. B. bei Naturkatastrophen die öffentliche Ordnung mit demokratischen Mitteln aufrechterhalten zu können.

Und das oberste Prinzip jeder Rechtsstaatlichkeit ist es, daß sich die staatlichen Organe in allen Situationen streng an die Normen der Verfassung halten. Die Notstandsgesetze aber sollen sie davon befreien. Die Erklärungen Lückes machen die Zielsetzung der Erhard-Regierung noch deutlicher. Nämlich Diktaturermächtigungen um jeden Preis, wenn nicht anders, so auch ohne Zustimmung des Bundestages. Die Humanistische Union hat in ihrer Strafanzeige beim Bundesgerichtshof in Karlsruhe mit Recht geltend gemacht, daß derartige Praktiken als ein Verbrechen des Verfassungsverrates nach § 89 des Strafgesetzbuches anzusehen sind⁷.

Die Drohungen Lückes sollten deshalb nur noch stärker dazu beitragen, auf der Grundlage der vom VII. DGB-Kongreß bekräftigten Ablehnung der Notstandsgesetze den Widerstand gegen die Notstandsgesetzgebung zu verbreitern. Die Kraft der Gewerkschaften, gemeinsam mit den Geistesschaffenden und allen anderen Notstandsgegnern kann die Notstandspläne der Reaktion durchkreuzen.

Aus dem Leben der Partei

Unsere Studiendelegation in Frankreich von JOSEF SCHLEIFSTEIN

Wie den Genossen bereits durch die Veröffentlichungen im „Freien Volk“ und „Wissen und Tat“ bekannt ist, weilte im Januar eine Delegation unserer Partei zum Studium der Tätigkeit der KPF bei unseren französischen Genossen. Seit langem verbindet

unsere beiden Parteien eine enge Freundschaft und brüderliche Zusammenarbeit, die sich gründet auf die gemeinsamen Auffassungen zu allen wichtigen Problemen der internationalen Arbeiterbewegung.

Unsere Delegation wurde überall mit einer fast überwältigenden Herzlichkeit und Wärme aufgenommen. Bei allen Aussprachen, sei es im Zentralkomitee, in Betriebs- oder Wohngebietsgruppen, in den Leitungen der Föderationen (Bezirke) oder Sektionen (Kreise), in der Redaktion der „Humanité“ oder auf der Parteischule — überall schlug uns eine Woge brüderlicher Sympathie für den Kampf unserer Partei und der demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik entgegen. Die französischen Genossen unterstützen

⁶ Einer der bekanntesten Kommentatoren des Grundgesetzes, Prof. Dr. Friedrich Klein, hat in einem Rechtsgutachten ausdrücklich darauf hingewiesen, daß verfassungsrechtlich weder eine Übertragung irgendwelcher Eingriffsrechte von den drei Mächten auf die Bundesregierung noch von dieser auf die drei Mächte möglich ist. Wörtlich heißt es dabei: „Schon mit einer bloßen Zustimmung zur Übertragung der Rechte der drei Mächte auf sich würde die Bundesregierung ihre Befugnisse überschreiten und sich zumindest verfassungsrechtlichen, wenn nicht gar strafrechtlichen Sanktionen aussetzen.“ („deutsches panorama“ Nr. 5/1966, S. 70 ff.)

⁷ Vgl. „Süddeutsche Zeitung“ vom 7./8.5.1966.

auf vielfältige Weise den Kampf unserer Partei für die Aufhebung des widerrechtlichen Verbots. Wir waren tief bewegt, als uns ein Genosse aus einer Kreisleitung der KPF ein von

ihm verfaßtes Gedicht gegen das Verbot überreichte und uns bat, dieses Gedicht als Symbol der Empfindungen der französischen Genossen für uns zu betrachten.

I.

Unsere Delegation war in Frankreich, um die Arbeit der französischen Partei näher kennenzulernen und ihre Erfahrungen für unsere eigene Tätigkeit auszuwerten. Unser Besuch fiel in eine politisch sehr interessante Zeit. Die Präsidentschaftswahlen hatten ein neues Momenit in die politische Entwicklung des Landes gebracht. Zum ersten Male seit vielen Jahren war es gelungen — und hierbei hatte die Initiative und politische Beweglichkeit unserer französischen Bruderpartei die maßgebliche Rolle gespielt —, eine Front der Linken gegen de Gaulle zustandezubringen. Die Einigung der demokratischen Kräfte (Kommunisten, Sozialisten, bürgerlich-demokratische Linke) auf den gemeinsamen Kandidaten Francois Mitterand war ein wichtiger Markstein im politischen Leben Frankreichs und hat die Dinge in Bewegung gebracht.

Daß der gemeinsame Kandidat der Linken im zweiten Wahlgang 45 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte, war zweifellos ein ernster Rückschlag für das gaullistische Regime der persönlichen Macht. Unsere französischen Genossen gehen davon aus, daß die Einheit der linken Kräfte die unabdingbare Voraussetzung bildet, um das gaullistische Regime zu überwinden und eine demokratische Verfassung zu erringen. Nur wenn sich Kommunisten, Sozialisten und bürgerlich-demokratische Linke auf ein gemeinsames Aktionsprogramm einigen, wenn sie ihre Bemühungen noch stärker auf ein gemeinsames Vorgehen konzentrieren, können sie die Anziehungskraft gewinnen, um aus dem Rückschlag de Gaulles eine Niederlage zu machen.

Unsere französische Bruderpartei täuscht sich natürlich nicht über die vielen Schwierigkeiten, die dem noch entgegenstehen. Nach wie vor sind sowohl in der SFIO (Sozialistische Partei) als auch in der bürgerlichen Linken Kräfte am Werk, die die Zusammenarbeit mit der KPF wieder rückgängig

machen wollen. Unter dem Druck von Kreisen der Großbourgeoisie sind Versuche im Gange, einen Block des „Zentrums“ zu zimmern, der von den Sozialisten bis zur rechten katholischen MRP gehen soll. Manche dieser Leute sähen es zwar gern, wenn die Kommunisten — als stärkste anti-gaullistische Kraft — ihnen Millionen Wähler einbrächten. Aber eine gleichberechtigte Partnerschaft auf der Grundlage eines gemeinsamen Minimalprogramms lehnen sie ab. Sie wollen den Kurs diktieren. Natürlich kann sich die KPF auf solche unernstes Vorschläge nicht einlassen, die nur der Reaktion helfen würden.

Unsere Genossen vertreten die Auffassung, daß die Linke nur bei einem gemeinsamen Programm und in loyaler Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte in der Lage sein wird, de Gaulle zu schlagen. Die KPF hat ihre Gedanken für ein demokratisches Aktionsprogramm unterbreitet. Es sieht neben der Beseitigung aller Verfassungsklauseln, die die persönliche Macht verankern, außer der vollen Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten vor: die Nationalisierung der großen Monopole; die demokratische Verwaltung der staatlichen Unternehmen; einen Plan zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung; eine demokratische Schulreform; den Bau von 550 000 bis 600 000 Wohnungen im Jahr; eine demokratische Steuerreform; Vorschläge für eine neue Agrarpolitik und die Hilfe für die unterentwickelten Landesgebiete. Zugleich sind unsere französischen Genossen bestrebt, die begonnene Diskussion mit der Sozialistischen Partei, die auf Wunsch der sozialistischen Parteiführung vorläufig ideologische Fragen zum Gegenstand hat, fortzusetzen.

In den Aussprachen mit den Genossen des Zentralkomitees — darunter die Genossen des Politbüros Waldeck Rochet, Jaques Duclos, Raymond Guyot, Georges Marchais, René Piquet und das Mitglied des ZK Jaques

Denis, wurde deutlich, daß der Kurs der KPF bei den Präsidentschaftswahlen in der Partei und unter den werktätigen Massen breite Zustimmung ge-

funden hat. Die Genossen sind zuversichtlich, was die weitere Entwicklung und die Möglichkeiten für gemeinsame Aktionen der Werktätigen betrifft.

II.

In der Tätigkeit der Kommunistischen Partei Frankreichs nehmen die Fragen des Kampfes um den Frieden und für europäische Sicherheit einen wichtigen Platz ein. Wir konnten uns davon überzeugen, daß die französischen Genossen große Anstrengungen unternehmen, um die Solidarität mit dem vietnamesischen Volk in seinem gerechten Kampf gegen die amerikanische Aggression zu entwickeln. Gegenüber der Außenpolitik de Gaulles nehmen unsere französischen Genossen eine durchaus realistische Haltung ein. Sie bejahen jeden positiven Schritt, der dem Frieden, der Sicherheit und der Herstellung guter Beziehungen zu den sozialistischen Ländern dient. Sie kritisieren aber zugleich die Halbwesen und Grenzen der de Gaulles'schen Außenpolitik, so das Fehlen der Bereit-

schaft zu einem Abkommen über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen und zur atomaren Abrüstung überhaupt. Die KPF tritt gegen die Haltung de Gaulles in der deutschen Frage auf und verlangt entschieden, daß die Regierung die Realität zweier deutscher Staaten anerkennt und normale diplomatische Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik herstellt. Es war für uns überhaupt sehr beeindruckend, welch großes Verständnis die fortschrittliche französische Öffentlichkeit der Deutschen Demokratischen Republik und ihrem Streben nach einer friedlichen Lösung der deutschen Frage entgegenbringt. Überall stießen wir auf die rege und sich wachsender Beliebtheit erfreuende Tätigkeit der Gesellschaft Frankreich-DDR.

III.

Unsere französische Bruderpartei leistet eine breite politische Arbeit in allen Sphären des öffentlichen Lebens. Es gibt keine Frage von Bedeutung für das arbeitende Volk, zu der die Partei nicht ihre praktischen konstruktiven Vorschläge entwickelt. Das gilt gegenwärtig in erster Linie für die dringenden wirtschaftlichen und sozialen Fragen. Das gaullistische Regime, in dem sich die Herrschaft der großen Industrie- und Bankmonopole verkörpert, ist mit allen Mitteln bestrebt, den Konzentrationsprozeß in der Industrie voranzutreiben und die technische Modernisierung Frankreichs zu Lasten der Arbeitermassen und der Mittelschichten durchzuführen. Das läßt die Preise und Steuern ständig steigen ebenso die Profite. Aber der Lebensstandard der Arbeiter ist gefährdet, die Gewerk-

schaften sind immer wieder gezwungen, in harten Auseinandersetzungen für Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen.

Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die KPF die stärkste politische Kraft in diesen sozialen Kämpfen ist. Ihre Forderungen, die auf den einzelnen Gebieten genau ausgearbeitet sind, werden von den arbeitenden Menschen verstanden. Für die Entwicklung der sozialen Kämpfe ist sehr bedeutsam, daß ein Zusammenwirken der beiden größten Gewerkschaften CGT und CFDT für die Sofortforderungen der Arbeiterschaft erreicht werden konnte. Die großen Streiks der jüngsten Zeit zeigen, daß diese gewerkschaftliche Zusammenarbeit nicht zuletzt auch den in der CGT führenden Kommunisten zu danken ist, ihre Früchte trägt.

IV.

Große Aufmerksamkeit widmet die französische Bruderpartei der Kommunalpolitik. Es gibt nicht wenige Gemeinden mit kommunistischen Mehrheiten, in denen unsere Genossen durch

ihre praktischen Leistungen für das Wohl der arbeitenden Bevölkerung sich großes Vertrauen erworben haben. Ein wesentliches Merkmal dieser Tätigkeit der Partei ist es, daß sie

stets gemeinsam mit der Bevölkerung für Verbesserungen in den sozialen und kulturellen Einrichtungen eintritt, daß die kommunistischen Bürgermeister und Gemeindevertretungen die engste Verbindung zu ihren Wählern und zur gesamten Einwohnerschaft halten.

Eine sehr bedeutsame Seite im Leben der KPF ist die Herausgabe und der Vertrieb der Zeitungen. Die „Humanité“, vor allem ihre Sonntagsausgabe, einige Bezirkszeitungen und andere Presseorgane der Partei sind das wichtigste Bindeglied zum arbeitenden Volk. Das gaullistische Regime verweigert der KPF noch immer das demokratische Recht, regelmäßig in Fernsehen und Rundfunk zur Bevölkerung zu sprechen. So ist das

geschriebene Wort nach wie vor das wichtigste Aufklärungsmittel der Partei. Im Verkauf der „Humanité“ leisten viele Grundeinheiten der Partei und Tausende französischer Kommunisten Hervorragendes. Zugleich sind die örtlichen Organisationen und die Betriebsgruppen der Partei bestrebt, eigene Materialien (meistens kleine gedruckte Zeitungen) zu den speziellen Problemen in ihrem Bereich herauszugeben. Überall ist die Bemühung spürbar, die arbeitenden Menschen aus erster Hand mit den Auffassungen der Kommunistischen Partei, sei es zu den großen politischen, sozialen und kulturellen Problemen, sei es zu den kleinen Tagesfragen im Betrieb, in der Gemeinde oder in der Schule vertraut zu machen.

V.

Große Bedeutung misst unsere französische Bruderpartei auch der ideo-logischen und theoretischen Arbeit bei. Die Partei gibt eine Reihe von politischen und theoretischen Zeitschriften heraus und führt eine rege Schulungsarbeit durch. An der Elementarschulung der Parteimitglieder nehmen Zehntausende von Genossen teil. In Paris wurde ein Institut für marxistische Forschungen geschaffen, auf dessen Initiative in jedem Jahre eine „Woche des marxistischen Gedankens“ veranstaltet wird. Wie groß der geistige Einfluß unserer Partei in Frankreich ist, kann man ermessen, wenn man weiß, daß die diesjährige marxistische Woche zu Problemen der Demokratie für die „große“ Presse, z. B. „Le Monde“, Anlaß war, sich in Leitartikeln damit zu befassen.

Größten Wert legt die KPF auf die Stärkung der Organisation und die Werbung neuer Mitglieder. Die Genossen sind bemüht, das politische Leben in den Grundorganisationen zu entwickeln, die breite demokratische Diskussion und die organisierte politische Aktivität auf allen Ebenen zu verstärken. Dabei legt die Partei größ-

ten Wert auf die ständige Verbesserung der organisatorischen Arbeit und auf immer engere Kontakte mit den arbeitenden Massen.

Trotz der anders gearteten Bedingungen unserer Arbeit, haben die Mitglieder unserer Studiendelegation aus der Arbeit der französischen Partei viele wertvolle Anregungen erhalten. Unsere Studiendelegation, über die dem Zentralkomitee auf der 7. Tagung berichtet wurde, hat die freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien noch enger gestaltet. In dem gemeinsamen Communiqué, das zum Abschluß unseres Aufenthaltes unterzeichnet wurde, haben wir die tiefe Übereinstimmung der Standpunkte unserer Parteien bekräftigt. Die Kommunistische Partei Frankreichs, stärkste Kraft in der französischen Arbeiterklasse und ein maßgeblicher politischer Faktor im nationalen Leben Frankreichs, wird — dessen sind wir gewiß — in ihrem Ringen um die Einheit der Linkskräfte, gegen das Regime der persönlichen Macht in Zukunft neue, noch bedeutendere Erfolge erringen.

Hört den deutschen Freiheitssender 904

Jeden Abend um 19.00 Uhr, 21.00 Uhr, 22.30 Uhr

Jeden Morgen um 4.30 Uhr, 5.00 Uhr, 5.30 Uhr

• Hört die Welle des Deutschen Freiheitssenders 904 = 331,9 ml •

Warum ist die Bildung von Grundeinheiten der Partei in den Betrieben so wichtig?

von MAXIMILIAN

Die 6. und 7. Tagung des ZK haben herausgearbeitet, daß sich die Erhard-Politik in erster Linie gegen die Arbeiterklasse und ihre Gewerkschaften richtet. Ein deutlicher Ausdruck dafür ist der Plan der „formierten Gesellschaft“, mit dem „die ganze Kraft der Nation, ihre Reichtümer, die menschliche Arbeitskraft zusammengefaßt und in den Dienst der Rüstung und Kriegsvorbereitung für die revisionistischen Ziele der Monopole und Militaristen gestellt werden“¹⁾ sollen.

Ihre gesetzliche Grundlage soll dieses Vorhaben in den Notstandsgesetzen finden. Maßhalteappelle an die Arbeiterklasse, Abbau der sozialen Errungenschaften, Ablehnung der Mitbestimmung, Abwälzung der Preissteigerungen auf die Werktätigen sind Bestandteile des Generalangriffs auf die Rechte und den Lebensstandard unseres Volkes.

Auf dem 7. DGB-Kongreß, auf den verschiedensten Gewerkschaftstagen, in den bisherigen Lohnkämpfen brachten die Arbeiter und ihre Organisationen zum Ausdruck, daß sie gegen diese arbeiterfeindliche Politik zu kämpfen bereit sind.

Immer dann, wenn die Arbeiterklasse mit ihren Organisationen geschlossen und kämpferisch auftritt, war sie erfolgreich, konnten die reaktionären Kräfte in ihre Schranken gewiesen werden. Das ist eine alte Erfahrung aus der Geschichte der Arbeiterbewegung.

Die Arbeiterklasse, so hat es unsere Partei immer wieder bekräftigt, ist die

Hauptkraft für die Durchsetzung der Interessen unseres Volkes. Welche Bedeutung die Arbeiterschaft und ihre Organisationen haben, wird auch in dem Appell der über 300 Professoren an die Gewerkschaften, den Kampf gegen die Notstandsgesetze zu verstärken, sichtbar. Die Verantwortung der Arbeiterklasse und die gegenwärtige politische Situation erfordern von unserer Partei, die Anstrengungen zur Schaffung starker Parteiorganisationen in den Betrieben zu verstärken.

Wenn wir in unserem Statut auf dem Parteitag 1963 festgestellt haben: „Die wichtigste Grundorganisation ist die Betriebsgruppe“, so entspringt das nicht nur der aktuellen Rolle der Arbeiterklasse. Wir als Marxisten gehen davon aus, daß die Arbeiterklasse der Teil unseres Volkes ist, der am konsequentesten für die demokratischen und sozialen Interessen des Volkes eintritt. Sie ist die am meisten ausgebeutete Klasse der kapitalistischen Gesellschaft. Sie ist die zahlenmäßig stärkste gesellschaftliche Kraft und infolge der sich immer mehr entwickelnden industriellen Großproduktion am besten organisiert. Bei einer klugen und richtigen Arbeit der Gewerkschaften können bei den Arbeitern Eigenschaften, wie Kollektivgeist, Bereitschaft zur Disziplin, zum einmütigen Handeln, zur gegenseitigen Hilfe und Unterstützung geweckt und gestärkt werden. Diese Eigenschaften sind von hohem Wert für den ökonomischen und politischen Kampf der Arbeiterklasse. Aber in diesem Kampf braucht die Arbeiterklasse eine politische Führung.

Wichtigste Grundorganisation: die Betriebsgruppe

Es ist ein Grundsatz unseres Statuts: Überall dort, wo mehr als drei Kommunisten in einem Betrieb beschäftigt sind, werden Betriebsgruppen gebildet. Alle Mitglieder haben nach dem Statut die Pflicht, von sich aus Initiative zur Bildung der Betriebsgruppen zu entwickeln. Gerade in den Betrie-

ben brauchen wir starke Parteiorganisationen, die ständig eine aktive Aufklärungsarbeit leisten, die den Arbeitern die Zusammenhänge zwischen dem Angriff der Monopole auf ihre Löhne und sozialen Errungenschaften und der politischen und ideologischen Zielsetzung dieses Angriffs erläutern. Bei dieser Aufklärungsarbeit ist die

¹⁾ Wissen und Tat, Heft 1/2 1966, S. 12.

Betriebszeitung eine scharfe Waffe der Betriebsgruppe. Bei allen Schwierigkeiten, die besonders durch die Illegitimität hervorgerufen werden, dürfen wir uns von der Aufgabe, Betriebszeitungen herauszugeben, nicht abdrängen lassen. Der Erfolg bleibt dann nicht aus. Im letzten Bericht des Bonner Innenministeriums über die Tätigkeit der KPD wird deutlich, wie sehr die Reaktion den Fortschritt unserer Partei bei der Bildung von Betriebsgruppen befürchtet. Sie erkennt die politischen Auswirkungen politisch selbstständig arbeitender Betriebsgruppen und der Herausgabe von Betriebszeitungen.

In den letzten Jahren konnten wir Betriebsgruppen besonders in solchen Großbetrieben bilden, wo wir selbst vor dem Verbot keine Betriebsgruppen hatten. Die in diesen Betrieben be-

schäftigten Mitglieder der Partei drängten von sich aus zur politischen Diskussion in einem Kollektiv von Kommunisten. Sie spürten selbst, daß in solchen Situationen, wie Bergbaukrise, Lohnkampf, im Gespräch mit den sozialdemokratischen Genossen u. a. m., ihr individuelles Wissen nicht ausreicht. Die gegenwärtigen politischen Aufgaben stellen hohe Anforderungen an jeden Kommunisten. Dazu muß man die Grundlinie und die Beschlüsse der Partei kennen, wie sie in den zentralen Organen dargelegt sind. Kein Kommunist kann auf die Dauer richtig argumentieren, richtig unsere Linie vertreten, wenn er sich nicht auf die gründliche Diskussion im Kollektiv der Betriebsgruppe stützen kann. Jedes Kollektiv ist von Nutzen für den Einzelnen, wenn es auch noch so klein ist.

Organisator der Diskussion und Aufklärung

Manche Genossen glauben, mit einer guten Arbeit als Gewerkschafter würden sie auch ihrer Pflicht als Mitglied der Partei genügen. Selbstverständlich stehen wir hinter den Beschlüssen der Gewerkschaften und kämpfen an der Seite der sozialdemokratischen und christlichen Mitglieder der Gewerkschaften um die Verwirklichung dieser Beschlüsse. Diese richtige Politik muß auch über den Rahmen der Gewerkschaften hinaus in der Belegschaft unter allen Arbeitern verwirklicht werden. Jetzt insbesondere sollten wir das Gespräch mit den sozialdemokratischen Genossen über die politischen Grundfragen führen. Dazu muß man in der Betriebsgruppe jedem Genossen eine bestimmte Aufgabe stellen. Die Erarbeitung einer Argumentation ist dabei von großer Bedeutung. Auf der nächstfolgenden Betriebsgruppensitzung kann man die Erfahrungen austauschen und neue Argumente erarbeiten.

Nicht wenige Betriebsgruppen haben auf der Grundlage des Briefwechsels zwischen SED und SPD in ihrer Betriebsgruppe eine ausführliche Diskussion über unser Verhältnis zu den Sozialdemokraten geführt und die Aufgaben genau festgelegt. Dabei konnten unrichtige Auffassungen in der Gruppe ausgeräumt und unser Verhältnis zu den sozialdemokrati-

schen Genossen in den Betrieben verbessert werden. Auch im letzten Lohnkampf der Metallarbeiter gelang es, durch die aktive Tätigkeit der Kommunisten und Sozialdemokraten in vielen Betrieben Warnstreiks durchzuführen. In diese Aktionen wurden nichtorganisierte Arbeiter mit einzbezogen und an den Kampf herangeführt. Ähnliche Beispiele des geschlossenen Handelns ganzer Belegschaften gab es im Ruhrgebiet im Kampf um die Erhaltung des Arbeitsplatzes.

Damit soll deutlich gemacht werden, daß unsere Betriebsgruppen verantwortlich sind für die ständige Aufklärung unter allen Arbeitern des Betriebes und für ihre Heranführung an die Gewerkschaften.

Noch eine letzte Bemerkung. Viele Betriebsgruppen unserer Partei haben sich zahlenmäßig verstärkt oder konnten neu gebildet werden, weil junge Arbeiter den Weg zu unserer Partei fanden. Das ist aber nicht überall so. In nicht wenigen Betriebsgruppen verfügen wir über Genossen, die große Erfahrungen im Kampf der Arbeiterklasse besitzen. Sie selbst sind nicht mehr jung und müssen sich die Frage stellen, wie es in ihrem Betrieb in den nächsten Jahren mit der Parteiorganisation aussehen soll. Sie tragen eine große Verantwortung für den Ausbau

der Betriebsgruppe durch Werbung neuer Mitglieder. Sie haben die Pflicht, ihre Erfahrungen einer neuen und jungen Generation von Kommu-

nisten in ihrem Betrieb zu vermitteln und sie zu standhaften Kämpfern für die Interessen der Arbeiterklasse zu erziehen.

Aus der internationalen Arbeiterbewegung

Beratung von Vertretern kommunistischer Parteien in Wien

Kommuniqué

Vertreter der kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder Europas trafen sich auf Einladung der Kommunistischen Partei Österreichs vom 8.—11. Mai in Wien. Auf der Tagesordnung der Konferenz stand ein Meinungs- und Erfahrungsaustausch über neue Möglichkeiten, die Kräfte der Arbeiterschaft und der Demokratie im Kampf gegen die Monopole, für die Demokratie und den sozialen Fortschritt zu einigen. An der Konferenz nahmen Delegationen der Parteien Belgiens, Dänemarks, der Deutschen Bundesrepublik, Finnlands, Frankreichs, Griechenlands, Italiens, Luxemburgs, Norwegens, Österreichs, Spaniens, Schwedens, der Schweiz, Westberlins und Zyperns teil. Die Kommunistische Partei Portugals übermittelte der Konferenz ein schriftliches Exposé zur Tagesordnung.

Die Diskussion gab die Möglichkeit, sich von dem Ausmaß großer sozialer und politischer Kämpfe in den verschiedenen Ländern zu überzeugen. Daraus entstehen günstige Möglichkeiten, für eine breite Massenbewegung, die die Arbeiterklasse mit anderen antimonopolistischen Schichten verbindet. Die Konferenz ist der Auffassung, daß diese Einheit noch breiter werden kann, um jene Reformen zu erwirken, die notwendig sind, um die politische und ökonomische Macht der Monopole einzudringen, eine wirkliche Demokratisierung des öffentlichen Lebens zu erwirken und den Weg für den Sozialismus freizulegen.

Die Teilnehmer haben unterstrichen, daß in einer Reihe von Fragen — im Kampf für soziale Forderungen bei der Verteidigung und Entfaltung der demokratischen Freiheiten, im Kampf

für die Erhaltung des Friedens — sich in verschiedenen Ländern positive Tendenzen abzeichnen, für neue Beziehungen und gemeinsame Aktionen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, zwischen allen antimonopolistischen Kräften, vor allem auf gewerkschaftlicher Ebene. Gleichzeitig hat die Konferenz ihrer Genugtuung Ausdruck gegeben über die Ansätze zu einer Verständigung mit bedeutenden Teilen der christlichen Welt. Die politischen und ideologischen Differenzen dürfen nicht verhindern, daß neue Möglichkeiten der Verständigung und des gemeinsamen Kampfes gefunden werden.

Die Konferenz hat die Nützlichkeit von Initiativen anerkannt, die die Zusammenarbeit und den gemeinsamen Kampf der Kommunistischen Parteien und der anderer demokratischer und antimonopolistischer Kräfte begünstigen. Diese Orientierung wird sich auf die neuen Bedingungen stützen können, die vielen Menschen angesichts der Krise der NATO und der EWG bewußt werden, angesichts auch des Eindringens der amerikanischen Monopole in die Wirtschaft der europäischen kapitalistischen Länder.

Die kommunistischen Parteien entwickeln konstruktive Konzepte, deren Prüfung und gemeinsame Anwendung sie wünschen. Sie unterstreichen insbesondere die Möglichkeit einer wirklichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit als Alternative zur monopolistischen Integration, und die Notwendigkeit, neue Beziehungen zwischen den Ländern unseres Kontinents herzustellen, gestützt auf ein System der europäischen Sicherheit, das zur Lösung schwieriger Weltprobleme beitragen

würde. Im gleichen Geist betonte die Konferenz die Notwendigkeit der Einheit aller friedliebenden Kräfte gegen die Bedrohung des Weltfriedens durch die amerikanische Aggression in Vietnam und die Ansprüche des deutschen Militarismus.

Die herzliche und brüderliche Atmosphäre, in der die Konferenz stattfand, bezeugt, trotz der Unterschiedlichkeit der Verhältnisse in den einzelnen Ländern, die Gefühle der Solidarität der kommunistischen Parteien.

Wien, den 11. 5. 1966

Aufschwung in der CSSR

Aus dem Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an den XIII. Parteitag der KPC

Auch in diesem Jahr halte die positive Entwicklung der tschechoslowakischen Volkswirtschaft an, erklärte der Erste Sekretär des Zentralkomitees der KPC Antonín Novotný im Rechenschaftsbericht auf dem XIII. Parteitag der KPC. In gewissem Maße hätten sich schon einige Elemente des nach dem XII. Parteitag entwickelten vervollkommenen Systems der Planung und Leitung ausgewirkt.

Im April ist das geplante Volumen der Industrieproduktion um 2,2 Prozent überschritten. Die Zuwachsrate beträgt im Vergleich zum Vorjahr mehr als acht Prozent. Gegenüber 1937 ist die Industrieproduktion in der CSSR auf das Fünffache gestiegen, in der Slowakei auf fast das Fünfzehnfache. Die individuelle Konsumtion hat sich verdoppelt.

In der gegenwärtigen Etappe geht es vor allem darum, von der in der Vergangenheit vorwiegend extensiven Entwicklung der Volkswirtschaft zu einer intensiven Entwicklung überzugehen. Antonín Novotný nannte sechs hauptsächliche Aufgaben der Politik der Partei in der kommenden Zeit:

1. Noch wirksamere Entfaltung der materiellen und geistigen Reserven der sozialistischen Gesellschaft. Diese Etappe stelle eine verhältnismäßig lange Periode dar, in der es um die konsequente Durchsetzung der Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus geht.

2. Der vierte Fünfjahrrplan bis 1970 wird auf die steigende Tendenz der Volkswirtschaft, auf die Wiederherstellung ihrer Proportionalität, auf die Konsolidierung der Ökonomik und auf

die Verstärkung der Wirtschaftsreserven ausgerichtet. Wichtigste Voraussetzung für eine proportionelle Entfaltung stellt der allmähliche Niveaustausch zwischen Industrie und Landwirtschaft dar. Die internationale Arbeitsteilung auf der Grundlage der Kooperation der Länder des sozialistischen Lagers, insbesondere der RGW-Länder, soll erhöht werden.

3. Die neuen Aufgaben erfordern eine Vertiefung der sozialistischen Demokratie und Maßnahmen zur Erhöhung der Rolle der Nationalausschüsse.

4. Auf dem Gebiet der Ideologie steht weiter die Erziehung insbesondere der jungen Generation im Geiste des Marxismus-Leninismus, des sozialistischen Patriotismus und des proletarischen Internationalismus im Vordergrund.

5. Grundlegende Voraussetzung für eine erfolgreiche Entfaltung der sozialistischen Gesellschaft ist eine weitere Vertiefung der führenden Rolle der Partei in allen Sphären des Lebens.

6. Im Bereich der Außenpolitik tritt die KPC konsequent für die Beendigung der USA-Aggression in Vietnam und die Sicherung des Friedens in Europa ein. Die Festigung des Bündnisses mit der Sowjetunion, die Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung und die Festigung der Einheit der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus werden als weitere Hauptpunkte hervorgehoben. Die KPC unterstreicht voll und ganz die Einschätzung, die der XXIII. Parteitag der KPdSU von

der Entwicklung des Kräfteverhältnisses in der Welt gegeben hat. Hauptursache für die Verschärfung der Spannung in Europa sei die militaristische und revanchistische Politik des westdeutschen Militarismus. Besonders klar treten die aggressiven Absichten in dem Bonner Kernwaffenstreben zutage. Die ČSSR besteht darauf, daß die Bonner Regierung das Münchner

Abkommen für null und nichtig erklärt, das ein Verbrechen gegen die Tschechoslowakei war.

An dem Parteitag nahm eine Delegation unserer Partei unter Führung des Genossen Max Reimann teil. Genosse Reimann, der die Grundlagen unserer Politik darlegte, erhielt während seiner Ansprache den herzlichen Beifall aller Delegierten und Gäste.

Konferenz der KPF über den staatsmonopolistischen Kapitalismus

G rundlegende Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Politik und Ideologie der Arbeiterklasse standen im Mittelpunkt viertägiger Beratungen auf einer Konferenz in Paris. Die Konferenz war einberufen von der Kommunistischen Partei Frankreichs und der international bekannten ökonomischen Zeitschrift „Economie et Politique“. Delegationen aus der Sowjetunion, der ČSSR, Rumänien, Polen, Jugoslawien, Bulgarien und Ungarn nahmen teil. Aus kapitalistischen Ländern kamen u. a. Delegationen aus Italien, Frankreich, Griechenland, Österreich, Spanien, Schweiz, Großbritannien und Belgien, unter ihnen bekannte marxistische Ökonomen. Unsere Partei war ebenfalls mit einer kleinen Gruppe vertreten.

In viertägigen Beratungen (vom 26. bis 29. Mai) vermittelten die Referate und Diskussionen ein umfangreiches Material über den staatsmonopolistischen Kapitalismus, seinen Herrschaftsmechanismus und seine reaktionäre Ideologie. Eingeleitet wurde die Diskussion durch grundlegende Referate französischer Genossen, darunter von P. Borccara zum Thema: „Der staatsmonopolistische Kapitalismus“, A. Claude: „Der staatsmonopolistische Kapitalismus und die Konzentration“, F. Lazard: „Der staatsmonopolistische Kapitalismus, der Kampf gegen die Monopole und für die Nationalisierung“, H. Jourdain: „Staatsmonopolistischer Kapitalismus, Demokratie und Sozialismus“. Zum Abschluß der Konferenz sprach der Generalsekretär der KPF, Waldeck

Rochet. Er faßte die Ergebnisse der Konferenz vom Standpunkt der internationalen Erfahrungen und der Aufgaben der KPF zusammen. In seinen Ausführungen setzte sich Waldeck Rochet mit dem fünften Plan der de Gaulle-Regierung auseinander und entwickelte Gedanken für einen demokratischen Plan des französischen Volkes.

Die Konferenzteilnehmer stimmten in ihren Überzeugungen überein, daß die Arbeiterklasse und die demokratischen Kräfte in jedem Land vereint durch internationale Aktionen den Kampf gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus, seine Ökonomie, Politik und Ideologie entschlossen führen müssen. Jede einzelne kommunistische Partei habe die Aufgabe, das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus eingehend zu studieren und entsprechend den Besonderheiten des jeweiligen Landes die Antworten für den Kampf der Volksmassen zu finden.

Wer macht die öffentliche Meinung?

Von den 4,8 Mill. Exemplaren über regionaler Tageszeitungen druckt der Springer-Konzern 4,3 Mill. — das sind 89 Prozent!

Geändert werden muß die Machtzentration der Monopolpresse!

Wir fordern das im Grundgesetz garantierte Recht auf Pressefreiheit!

Aus den sozialistischen Ländern

Die Ökonomik der RGW-Länder im Jahr 1965

Die Teilnehmerländer des RGW haben in dieser Periode ihrer Entwicklung zahlreiche positive Resultate errungen, die nicht nur für ihre Ökonomik, sondern auch für die Wirtschaft dieser Länder als Ganzes eine beträchtliche Stärkung bedeuten. Was jedoch bisher nicht völlig gelang, ist die Überwindung mancher in den vergangenen Jahren auftretenden Schwierigkeiten und Probleme. In diesem Jahr wurden auch gewichtige Maßnahmen vorbereitet bzw. als Experimente erprobt und sogar bereits teilweise zur Verwirklichung gebracht, die gegenwärtig als Wirtschaftsreform bezeichnet werden und deren Zweck in einer Erhöhung des Nutzeffektes der Entwicklung der Volkswirtschaft besteht.

Die Ergebnisse der Entfaltung der Volkswirtschaft der sozialistischen Länder lassen sich am besten im umfassenden Index — dem Nationaleinkommen — ausdrücken.

Dynamik der Zuwachsrate des Nationaleinkommens (in % des Vorjahres)

	1961	1962	1963	1964	1965
Bulgarien	2,8	6,2	8,0	10,0	6,0
Ungarn	6,2	4,6	5,0	4,0	—
DDR	4,0	3,1	—1,0	4,0	4,7
Polen	7,6	2,8	6,5	7,0	6,0
Rumänien	10,0	4,4	9,7	11,0	9,1
UdSSR	7,1	5,0	4,3	8,0	6,0
ČSSR	6,5	1,5	—4,0	1,0	2,5

Aus diesen Angaben geht hervor, daß in den meisten Ländern im Jahr 1965 verhältnismäßig hohe Zuwachsraten des Nationaleinkommens erzielt wurden. Eine Besserung trat in den beiden letzten Jahren auch in der ČSSR und in der DDR ein, wo im Jahr 1964 ein Rückgang des Nationaleinkommens verzeichnet wurde.

Die Grundlage der Volkswirtschaft in den sozialistischen Ländern bildet die Industrieproduktion, die sich in ausschlaggebendem Ausmaß an der Bildung des Nationaleinkommens beteiligt. Als Hauptquelle der Zunahme der Industrieproduktion ist die Erhöhung der Arbeitsproduktivität anzusehen. In Bulgarien betrug die Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität im vergangenen Jahr 6,7 Prozent (im Jahr 1964 +6,9 Prozent), in Rumänien 7,2 Prozent (1964 +10 Prozent), in der UdSSR 5,0 Prozent (1964 +4,3 Prozent), in der DDR 6,1 Prozent (1964 +7,3 Prozent). In der ČSSR ist die Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität um 6,2 Prozent gestiegen (1964 +3,7 Prozent).

In der Struktur der Industrieproduktion der sozialistischen Länder verlaufen weiter progressive Wandlungen zugunsten des Maschinenbaus und der chemischen Industrie. Das raschere Entfaltungstempo der chemischen Industrie in den sozialistischen Ländern sowie die Erhöhung des Anteiles dieses Fachbereiches an der industriellen Gesamtproduktion ist auf zwei Umstände zurückzuführen: 1) den zunehmenden Bedarf der Landwirtschaft an Mineraldüngemitteln und Pflanzenschutzmitteln, 2) die Notwendigkeit einer Einschränkung der Importe von Naturrohstoffen.

In der Landwirtschaft wurde im Jahr 1965 eine günstige Entwicklung in der DDR (+8,5 Prozent), in Polen (+7,4 Prozent) und auch in Rumänien verzeichnet. In diesen Ländern wurde der gesamtstaatliche Plan sowohl in der tierischen als auch in der pflanzlichen Produktion übererfüllt. In der UdSSR stieg die tierische Produktion, während die pflanzliche Produktion geringer war als 1964. Annähernd auf dem Niveau des Jahres 1964 ist die Landwirtschaftsproduktion Bulgariens geblieben, und auch in Ungarn wurden

Strukturänderungen in der Industrieproduktion Zunahme in Prozent gegenüber dem Vorjahr

	Indu- strie	1984			1965		
		Maschi- nenbau	Chemie	Indu- strie	Maschi- nenbau	Chemie	
Bulgarien	10,1	16,6	22,3	13,7	21,8	19,2	
Ungarn	8,9	8,5	12,7	6,0	—	—	
DDR	6,7	6,5	8,0	6,1	9,0	9,0	
Polen	9,3	9,9	14,1	9,1	13,4	12,1	
Rumänien	14,1	18,0	24,0	13,1	18,0	20,0	
UdSSR	7,1	9,0	15,0	8,6	9,0	14,0	
ČSSR	4,1	6,1	7,5	7,9	11,1	11,2	

die Planziele in der Landwirtschaft nicht voll erreicht. Infolge ungünstiger Klima- bzw. Witterungsbedingungen kam es auch in der ČSSR zu einem Rückgang in der Landwirtschaftsproduktion im Vergleich zum Jahr 1964.

Eine wichtige Bedingung des Wachstums der Industrie in den sozialistischen Staaten bildet der Investauraufbau. In Polen haben die Investitionen auf dem sozialistischen Sektor eine Gesamtsumme von 123,9 Md. Złoty erreicht, was im Vergleich zum Jahr 1964 einer Zunahme um 9,2 Prozent gleichkommt. Von diesem Betrag wurden 44,9 Prozent für die Industrie aufgewandt. Bulgarien hat verschiedene große Vorhaben im Wert von 82 286 000 Lewa errichtet und die Investitionen gegenüber 1964 um 12 Prozent erhöht. Die UdSSR hat in die Volkswirtschaft 48 Md. Rubel (+7 Prozent) investiert und rund 500 große Industrieobjekte in Betrieb genommen, abgesehen von einer sehr beträchtlichen Zahl neuer Betriebe in rekonstruierten und ausgebauten Objekten. In Rumänien beliefen sich vergangenes Jahr die Investitionen auf 41 Md. Lei (+8 Prozent), davon für den Bedarf der Industrie 22,9 Md. Lei. Auch in der DDR stiegen die Investitionen, und zwar um 7,5 Prozent; in der ČSSR nahmen sie um 6,6 Prozent zu, zugleich erhöhten sie sich auch in Ungarn.

Eine wichtige Rolle in der ökonomischen Entfaltung der Länder fällt dem Außenhandel zu, dessen Umsatz sich im Jahr 1965 weiter erhöhte. Die markanteste Zunahme weist der Außenhandel in Rumänien auf (10 Prozent),

eine beträchtliche Zunahme des Außenhandelsvolumens ist in Polen feststellbar (+9,6 Prozent), weiter in der DDR (+5 Prozent) und in der ČSSR (+7 Prozent). Der Hauptpartner der RGW-Länder war die UdSSR, die den Bedarf dieser Länder in bezug auf Industrieausrüstungen, Maschinenbauberzeugnisse, Rohstoffe und Brennstoffe deckt. So macht zum Beispiel der Anteil der sowjetischen Erdöllieferungen in der DDR 95 Prozent und in der ČSSR und Polen nahezu 100 Prozent aus.

Hinsichtlich des Lebensniveaus seien nur Angaben über die Einkünfte der Bevölkerung genannt. In der UdSSR haben die Durchschnittslöhne der Arbeiter und Angestellten gegenüber dem Jahr 1964 um 5,8 Prozent zugenommen, in der DDR sind die Einkünfte der Bevölkerung um 4,1 Prozent, in der ČSSR um 6,1 Prozent, in Bulgarien und in Polen um 3 Prozent gestiegen.

Aus den Plänen der Entfaltung der Volkswirtschaft der sozialistischen Länder für das Jahr 1966 geht hervor, daß sie mit dem Bestreben ausgearbeitet wurden, bessere Proportionen zwischen den einzelnen Bereichen der Industrieproduktion und der Landwirtschaft herzustellen. Ihren gemeinsamen Nenner stellt das Bestreben um Modernisierung der Produktion dar, sowie um einen größeren Anteil am internationalen Warenaustausch und um eine festere Verbindung der Dynamik und der Richtungen der ökonomischen Entfaltung mit den Anforderungen des Marktes.

Aus „hospodarske noviny“ 16/66

Tatsachen aus der DDR

Befreite Bauern

In der September-Oktober-Ausgabe von 1965 berichtete „Wissen und Tat“ über die Durchführung der demokratischen Bodenreform in der DDR. Die antifaschistisch-demokratischen Kräfte unter Führung der vereinigten Arbeiterpartei ließen es im Dorf nach 1945 nicht bei der Verteilung des Landes an die Bauern bewenden. Sie halfen ihnen weiter, stellten Vieh, Maschinen und Saatgut zur Verfügung. Von großer Bedeutung war die Hilfe der Sowjetunion, die der Landwirtschaft dringend benötigte Traktoren und Maschinen lieferte.

In dieser Zeit begann die volkseigene Landmaschinenindustrie ihre Produktion zu organisieren, denn man darf nicht übersehen, daß der gesamte Maschinenpark überaltert war. Seit 1936 hatte es in der deutschen Landtechnik keine nennenswerten Neuentwicklungen gegeben. Aber bald nahm die volkseigene Landmaschinen- und Traktorenindustrie einen großen Aufschwung. Der jährliche Ausstoß betrug

1946	12,2 Mio. DM
1948	27,4 Mio. DM
1950/1952	231,0 Mio. DM

In den Jahren 1946 bis 1953 wurde ein großartiges Neubauernbauprogramm verwirklicht. Es wurden

94 668 Wohnhäuser

104 295 Ställe

und 38 406 Scheunen

errichtet.

Über 1,3 Md. DM Kredit mit einem Zinssatz von 3 % wurden dafür zur Verfügung gestellt. Davon erließ der Staat zur weiteren Festigung der Neubauernschaften 1950 die Tilgung von 344 Millionen DM.

Für den Ankauf von Vieh, Düngemitteln und landwirtschaftlichen Geräten erhielten die Bauern kurz- und langfristige Kredite zu ebenso niedrigen Zinssätzen. Ehemalige Umsiedler bekamen einen Sonderkredit von 3200 DM, kinderreiche Umsiedler bis zu 5000 DM. Diese Kredite waren zinslos und brauchten erst vom dritten Jahr ab getilgt zu werden. Ab 30. Juli

1950 wurde die Rückzahlung dieser Kredite zu 50 Prozent erlassen.

Im Jahre 1952 begann die Bildung der ersten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) durch freiwilligen Zusammenschluß der Bauern. Immer mehr Bauern überzeugten sich vom großen Nutzen der gemeinsamen Arbeit. Es entstanden vollgenossenschaftlich arbeitende Dörfer. Die Einheit des Dorfes entwickelte sich auf der gemeinsamen Nutzung der Produktionsmittel. Heute gibt es im Dorfe keine Ausbeutung mehr; alle arbeiten völlig gleichberechtigt.

Heute gibt es in der DDR rd. 9900 LPG der Typen I und II und rd. 6300 LPG Typ III, der höchsten Form der genossenschaftlichen Zusammenarbeit.

Die durchschnittliche Betriebsgröße beträgt im

Typ I und II rd. 180 ha
und Typ III rd. 560 ha,

in der Bundesrepublik dagegen noch nicht einmal 9 ha.

Im Jahre 1960 gewährte die Regierung der Landwirtschaft eine Produktionshilfe von 9,1 Md. DM (1959 = 7,9 Md. DM). So kann auf der Grundlage der genossenschaftlichen Bewirtschaftung des Bodens die Rückständigkeit des Dorfes Schritt für Schritt überwunden werden.

Im Jahre 1965 wurde die Produktion gegenüber dem Jahre 1964 gesteigert, bei

Schlachtvieh	insgesamt um	10,8 %
Milch	insgesamt um	11,9 %
Eiern	insgesamt um	8,8 %
Getreide	insgesamt um	7,6 %
Ölsaaten	insgesamt um	19,2 %

Erstmalig wurden mit 29,2 dt/ha bei Getreide die Hektarerträge in der Bundesrepublik überflügelt.

Aufgrund der steigenden Produktion konnte der wachsende Bedarf der Bevölkerung bei den Hauptprodukten wie folgt abgedeckt werden:

	1964	1965
Fleisch	zu 86 %	97,7 %
Butter	zu 79 %	90,3 %
Trinkmilch	zu 100 %	100,0 %
Eier	zu 98 %	100,0 %
Kartoffeln	zu 100 %	100,0 %
Getreide	zu 78 %	78,0 %

Mit Studienaufträgen zur Bauernuniversität

Etwa 18 000 Bäuerinnen und Bauern des Bezirkes Neubrandenburg werden die 14. Landwirtschaftsausstellung in Markkleeberg besuchen. Somit studiert jedes fünfte LPG-Mitglied auf der Universität im Grünen. In der Kooperation Mirow, Peetsch und Starsow im Kreis Neustrelitz wurden konkrete Studienaufträge erteilt. Sie sehen vor, Erfahrungen zu sammeln über konzentrierte Viehhaltung und Feldwirtschaft, um sachkundig den Aufbau von Hauptproduktionszweigen beraten zu können.

Bei der Zusammensetzung der Studiendelegationen lassen sich die LPG-Vorstände gemeinsam mit den Kreisproduktionsleitungen von den im Bezirk zu lösenden Aufgaben leiten. Der Kreis Ueckermünde beispielsweise, der etwa 50 Prozent Grünland besitzt, ist in der Bezirksdelegation, die Studienaufträge für die bessere Nutzung des Grünlandes hat, stark vertreten.

Sämtliche 14 Spezialistendelegationen des Bezirkes sind mit dem Programm in Markkleeberg abgestimmt. So fahren etwa 450 Traktoristen dann zur Ausstellung, wenn das DDR-Leistungspflügen stattfindet.

Agrochemische Zentren

Die 56 Bäuerlichen Handelsgenossenschaften des Bezirkes Schwerin entwickeln sich immer mehr zu zwi-schengenossenschaftlichen Einrichtungen. Sie haben in diesem Frühjahr in 504 LPG 59 817 t Kalk und in 102 LPG 6201 t Grunddünger gestreut. In den BHG schaffen sich mehrere LPG gemeinschaftlich agrochemische Zentren. Die Kapazität der Kartoffelsortierplätze und der Futtertrocknungsanlagen wird ausgebaut.

Atomkraftwerk Rheinsberg nahm Betrieb auf

Anfang Mai nahm das erste Atomkraftwerk der DDR in Rheinsberg (Mark) den Betrieb auf. Das ist ein weiteres Zeugnis der Erfolge, die die DDR mit Hilfe der Sowjetunion erreicht hat.

Am 28. April 1955 wurde das „Abkommen über die Hilfeleistung der UdSSR an die DDR auf dem Gebiet der Physik des Atomkerns und der

Nutzung der Atomenergie für die Bedürfnisse der Volkswirtschaft“ abgeschlossen. Seit dieser Zeit arbeiten die Wissenschaftler und Techniker der DDR auf diesem neuen Gebiet.

Auf Grund dieses Abkommens wurde es deutschen Spezialisten ermöglicht, umfangreiche Kenntnisse und Erfahrungen in der Sowjetunion zu sammeln. Mit sowjetischer Hilfe wurden das Zentralinstitut für Kernforschung bei Rossendorf aufgebaut und andere Akademie- und Universitätsinstitute mit modernen Arbeitsmöglichkeiten ausgestattet.

Der Bau des Atomkraftwerkes Rheinsberg brachte eine weitere Vertiefung der Zusammenarbeit. Bereits bei der Auswahl des Kraftwerkstyps wurden Regierungsvertreter und Wissenschaftler von sowjetischen Fachleuten beraten. Inzwischen hat die internationale Entwicklung bewiesen, daß die empfohlene Entwicklungslinie der Druckwasser-Reaktor-Anlagen wegen ihrer guten ökonomischen Kennziffern und ihrer hohen Betriebs sicherheit den volkswirtschaftlichen Erfordernissen voll entspricht.

Unter dem Gesichtspunkt der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung übernahmen Betriebe der Sowjetunion in großem Umfange die Lieferung spezieller Ausrüstungen und Geräte. Dadurch konnten in der DDR kostspielige Eigenentwicklungen und Investitionen für aufwendige Fertigungseinrichtungen vermieden werden.

Von Anfang an waren bei der Ausarbeitung des Projekts deutsche Fachleute beteiligt. Seite an Seite arbeiteten sie in den Moskauer Projektierungsbüros mit ihren sowjetischen Kollegen und erwarben sich in den aufeinander folgenden Projektierungsphasen immer fundiertere Kenntnisse.

Seit Beginn der Montage arbeiten sowjetische Schweißer und Schlosser, Ingenieure und Wissenschaftler auf der Baustelle am Stechlinsee in der Nähe von Rheinsberg mit. Sie unterstützen in unermüdlichem Einsatz die zügige Fertigstellung und Inbetriebnahme des Kraftwerks.

Handel Großbritannien—DDR

Nach Verhandlungen über den Warenaustausch zwischen der DDR und Großbritannien wurde in London

ein Handelsabkommen zwischen der Kammer für Außenhandel der DDR und dem britischen Industrieverband Confederation of British Industries (CBI) unterzeichnet.

Auf Grund der günstigen Entwicklung des bisherigen Warenaustausches zwischen beiden Ländern kamen die Abkommenspartner überein, für die Jahre 1966 und 1967 neue Warenlisten zu vereinbaren, die eine Steigerung des Volumens um 37 Prozent gegenüber dem bisher gültigen Handelsabkommen vorsehen. Die vereinbarten Warenlisten schaffen insbesondere Voraussetzungen, um die Lieferung und Bezüge zum beiderseitigen Nutzen bei Erzeugnissen des Maschinenbaus weiterzuentwickeln.

* * *

Die DDR nahm 1965 als gefragter Handelspartner an 251 internationalen Messen und Ausstellungen teil.

* * *

Der Außenhandel mit den Nationalstaaten stieg um mehr als 20 Prozent. Dabei entwickelte sich der Warenaustausch mit der Vereinigten Arabischen Republik, mit Ghana und der Syrischen Arabischen Republik besonders günstig.

* * *

Der Export in die europäischen kapitalistischen Länder wuchs um rund 12 Prozent. Gut entwickelte sich der Handel mit Frankreich, Italien, Schweden, Österreich, Belgien, Griechenland und Großbritannien.

182 000 Frauen bilden sich weiter

182 000 werktätige Frauen in der DDR beteiligen sich gegenwärtig an beruflichen Weiterbildungskursen. Damit befinden sich zusammen mit den weiblichen Studenten, Lehrlingen und Schülern 72 Prozent aller Frauen im arbeitsfähigen Alter in einer Ausbildung.

Seit 1961 ist die Zahl der Lehrgangsteilnehmer in Betrieben und Institutionen um 65 000 gestiegen.

Die Frauen erhalten in Betriebsakademien und anderen Bildungseinrichtungen Gelegenheit, sich kostenlos an der beruflichen Grundausbildung, der Qualifizierung zum Facharbeiter, Meister oder Ingenieur und am Unterricht in allgemeinbildenden Fächern zu beteiligen.

Viele Betriebe schufen zur Entlastung der berufstätigen Frauen, die Kinder und Haushalt zu betreuen haben, Möglichkeiten, daß die Kolleginnen den Unterricht während der Arbeitszeit besuchen können.

Schiedskommissionen bewahren sich

Im Bezirk Dresden wurden bisher 251 Schiedskommissionen gebildet. Diese auf Grund eines Staatsratserlasses gewählten ehrenamtlichen Organen der Rechtssprechung gehören 2500 Werkstätige – darunter 780 Frauen – aus allen Bevölkerungsschichten an. In der kurzen Zeit ihres Bestehens haben sich die Schiedskommissionen durch ihr sachliches Wirken bereits das Vertrauen vieler Bürger in ihrem Bereich erworben.

Im I. Quartal dieses Jahres wurden im Bezirk 388 geringfügige Strafsachen und 298 Zivilsachen an die Schiedskommissionen zur Entscheidung übertragen. Nur gegen drei von 255 abgeschlossenen Beratungen in Strafsachen erhoben die betroffenen Bürger Einspruch.

169 Bürger in Schiedskommissionen

Nachdem die Gemeindevorsteckungen von Wernesgrün und Werda im Vogtland Schiedskommissionen gewählt haben, bestehen im Kreis Auerbach bereits 17 solcher gesellschaftlicher Rechtspflegeorgane. In Reumtengrün wurden die Kandidaten der Schiedskommission in einer Einwohnerversammlung, an der etwa 160 Bürger teilnahmen, geprüft. Ihre Kandidatur wurde bestätigt.

In den 17 Schiedskommissionen des Kreises sind bis jetzt 169 Bürger tätig. 53 davon sind Frauen und 6 Jugendliche. Diese Kommissionen berieten bis jetzt 65 geringfügige Strafsachen, Beleidigungen und andere Pflichtverletzungen sowie 60 zivilrechtliche und andere Streitigkeiten. Die Schiedskommission der Stadt Falkenstein hat im Rathaus Falkenstein eine ständige Sprechstunde eingerichtet. Die Kommissionen werden vom Kreisgericht auf ihre Tätigkeit vorbereitet.

Urteil der 4000

Die Umfrage der Redaktion des „Filmspiegels“ nach eindrucksvollen DEFA-Filmen der vergangenen zwanzig Jahre ist aufschlußreich. Obwohl

es sich um keine exakte soziologische Befragung eines repräsentativen Querschnitts der Bevölkerung handelt, spiegeln die rund 4000 Leserzuschriften an die Redaktion doch Erwartungen wider, die an die Filmkunst der DDR geknüpft werden. Das Durchschnittsalter aller Einsender liegt bei 20 Jahren. Frühere DEFA-Filme blieben dadurch weitgehend unberücksichtigt. Die 10 DEFA-Filme, die am nachhaltigsten beeindruckten, sind: „Die Abenteuer des Werner Holt“, „Solange Leben in mir ist“, „Nackt unter Wölfen“, „Ernst Thälmann“, „Mir nach Canaillen“, „For eyes only“, „Der geteilte Himmel“, „Chronik eines Mordes“, „Königskinder“, „Professor Mamlock“ und „Sterne“.

Hauptthema Gegenwart

Seitdem der Mitteldeutsche Verlag aus einem Unternehmen hervorging, das nach dem Kriege Gesetzbücher, Formularvordrucke und anderes offizielle Material edierte, hat er über acht Millionen Buchexemplare veröffentlicht. In den letzten fünfzehn Jahren erschienen über vierhundert Erstveröffentlichungen von belletristischen Arbeiten, und daran sind über hundert Autoren beteiligt.

Vor Jahren noch galt der Mitteldeutsche Verlag als der Verlag der jungen Autoren. Er war zum Zentrum derer geworden, auf deren Talent man Hoffnungen setzte und die ihr Talent

erweisen wollten und sollten in der Auseinandersetzung mit der faschistischen Vergangenheit und mit dem Neuen, das in der Deutschen Demokratischen Republik entsteht. Die Jungen hatten hier ein Forum. Sie füllten die Reihe der allerersten Autoren des Verlages auf, gesellten sich mit ihren Werken unter die von Gotsche, Lorbeer, Hild, Reinowski, Mundstock und Marianne Bruns. Man las nun Egon Günther, debattierte über Bartsch, Bernhard Seeger lies aufhorchen — wer wollte sie alle hier nennen.

Die Schar der Hausautoren wuchs. Der nicht mehr junge Bruno Apitz fand sich unter ihnen ein. Neutsch kam mit seinen „Bitterfelder Geschichten“, später mit „Spur der Steine“, dazwischen liegen „Herbstrauch“ von Bernhard Seeger, „Der geteilte Himmel“ von Christa Wolf, „Wir sind nicht Staub im Wind“ von Max Walter Schulz, „Der Hohlweg“ von Günter de Bruyn.

Heute zählt der Mitteldeutsche Verlag neun Nationalpreisträger zu seinen Autoren, was ein Vielfaches dieser Zahl an eigenständigen Schriftstellerpersönlichkeiten und ein Stück Reichtum unserer Literatur bedeutet. Mit Recht nennt man ihn heute den Verlag für neue deutsche Literatur, der mit seinen Autoren den schwierigen Weg zur Gestaltung komplizierter gesellschaftlicher und menschlicher Probleme in unserer Zeit tiefer Wandlungen und großer Kämpfe betritt.

Das neue Buch

Ein Lehrbuch für die gesamte deutsche Arbeiterklasse und für das ganze Volk

Zum Erscheinen der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“
in acht Bänden

I.

Ende März 1966 erschien der achte und somit letzte Band der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, die von einem Autorennkollektiv unter Vorsitz Walter Ulrichs, ausgearbeitet und auf Beschuß der 10. Tagung des ZK der SED im Juni 1965 vom Institut für Marxismus-Leninismus herausgegeben wurde.

Das Erscheinen der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ in acht Bänden am Vorabend des 20. Jahrestages der Gründung der SED ist ein wichtiges politisch-ideologisches Ereignis nicht nur im Leben der SED, sondern im Kampf der gesamten deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes. Die Veröffentlichung

dieser acht Bände über die Entwicklung und den Kampf der deutschen Arbeiterbewegung ist eine bedeutende wissenschaftliche und theoretische Leistung, die zugleich große politische Bedeutung besitzt. Schon immer hat die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse der Geschichte, vor allen Dingen aber der Geschichte der Arbeiterklasse und der eigenen historischen Entwicklung große Bedeutung bei-

gemessen. Die Gründer der deutschen Arbeiterpartei und der internationalen Arbeiterbewegung, Karl Marx und Friedrich Engels, waren zugleich die ersten Historiker der deutschen Arbeiterbewegung. Ohne gründliche Kenntnis der Vergangenheit, ihrer Erfahrungen und Lehren ist ein erfolgreicher Weg in die Zukunft nicht möglich.

II.

Die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ ist in 15 Kapitel eingeteilt und in acht Bänden zusammengefaßt. Jeder Band enthält Illustrationen, Dokumente, ein Personenverzeichnis und ein Verzeichnis geographischer Namen. Diese Dokumente und Materialien, meistens auszugsweise wiedergegeben, ergänzen die geschichtliche Darstellung. Die „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ stellt also erstmals umfassend und zusammenhängend alle grundlegenden Probleme, Erfahrungen und Lehren des über 120jährigen Kampfes der deutschen Arbeiterklasse dar. Sie reicht vom Vorabend der Revolution 1848/1849 bis zum umfassenden Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik, vom Bunde der Kommunisten bis zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und zur Kommunistischen Partei Deutschlands.

Im Geschichtswerk wird untersucht, wie die revolutionäre Partei der deutschen Arbeiterklasse entstand, wie sie sich in dem Ringen gegen Kapitalismus und Imperialismus, gegen Militarismus, Faschismus und Krieg auf den Kampf um die politische Macht vorbereitete und eine den Bedingungen

in Deutschland entsprechende Strategie und Taktik ausarbeitete. In den einzelnen Bänden wird gezeigt, wie die Partei die Mehrheit der Arbeiterklasse gewann, das Bündnis mit den werktätigen Bauern, den anderen werktätigen Schichten und allen demokratischen Kräften herstellte und mit ihnen gemeinsam, schließlich die politische Macht eroberte und den Sozialismus aufbaute.

Im Geschichtswerk wird nachgewiesen, daß die Arbeiterklasse und ihre revolutionäre Partei seit dem ersten spontanen Auftreten über den Bund der Kommunisten bis zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Zentrum des politischen Kampfes gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Reaktion und Krieg, für Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt stehen und in diesem Kampf zur führenden und schöpferisch gestaltenden Kraft der Nation heranwuchsen. Das Geschichtswerk bringt den wissenschaftlichen Nachweis, daß der Weg der deutschen Arbeiterklasse in den Sozialismus richtig ist, sich mit der geschichtlichen Entwicklung in Übereinstimmung befindet und beispielgebend für ganz Deutschland wirkt.

III.

Schon oft in der Geschichte hat die Reaktion diesen Weg verhindern wollen und die deutsche Arbeiterbewegung totgesagt. Mit dem Kommunistenprozeß im Jahre 1852, dem Sozialistengesetz der Jahre 1878 bis 1890, den Zuchthausgesetzen im ersten Weltkrieg und dem blutigen Terror während der faschistischen Hitlerdiktatur und dem KPD-Verbot durch das Adenauer-Regime sollte und soll die

revolutionäre Partei der Arbeiterklasse vernichtet und die deutsche Arbeiterbewegung unterdrückt werden. Alle diese Maßnahmen und die reaktionären Herrschaftssysteme, die diese durchgeführt hatten, wurden oder werden von der Geschichte hinweggefegt. Die deutsche Arbeiterbewegung aber entfaltete sich wie nie zuvor. Heute zählt die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

rund 1,7 Millionen Mitglieder und Kandidaten. Heute steht die SED an der Spitze des Volkes in der DDR, lenkt und leitet sie den sozialistischen Aufbau.

Auch in der Bundesrepublik verfügt die Arbeiterbewegung heute über starke organisatorische Positionen. Aber die Kommunistische Partei Deutschlands ist verboten. Doch auch dieses Verbot wird das Schicksal ähnlicher Aktionen der herrschenden Klassen in der Geschichte teilen. Die zahlenmäßig starke Sozialdemokratische Partei und die Millionen Mitglieder zählenden Gewerkschaften könnten zusammen mit der KPD nachdrücklicher die Interessen der Arbei-

terklasse und des Volkes vertreten und schließlich durchsetzen. Bislang konnte jedoch die Partei der Monopole, die CDU/CSU, ihre gefährliche und abenteuerliche Politik der Atomausrüstung, der Notstandsdiktatur und der Revision der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges betreiben. Trotz aller Maßnahmen der Bonner Regierung zur politischen Entrechtung und Unterdrückung der Arbeiterbewegung und aller demokratischen Kräfte steht am Ende aber auch in der Bundesrepublik der Sieg der Arbeiterklasse und aller fortschrittlichen Kräfte. Die Bestätigung dafür liegt in der bisherigen Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

IV.

Die Veröffentlichung der „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ und die Verbreitung der in diesem Werk enthaltenen historischen Lehren sind Bestandteil der Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Friedens, der Demokratie und des Fortschrittes und den Kräften der imperialistischen Reaktion und des Krieges in unserer Zeit. Die CDU/CSU ist gerade gegenwärtig bemüht, zur Verwirklichung ihres reaktionären und aggressiven Programms eine „formierte“ Gesellschaft mit einem neuen „vaterländischen“ und „nationalen“ Bewußtsein zusammenzuzimmern. Dieses Bewußtsein soll von imperialistischem Großmachtdenken, Chauvinismus, Militarismus und Revanchismus sowie von blindwütigem Antikommunismus geprägt sein.

Mit den Mitteln der geistigen Beeinflussung konnten die deutschen Monopole und Militaristen große Teile unseres Volkes schon zweimal in diesem Jahrhundert irreführen, für die

imperialistische Großmachtpolitik auf die Schlachtfelder Europas treiben und viele Millionen Menschen ihrem Macht- und Profitstreben opfern.

Die Erfahrungen und Lehren, die das achtbändige Geschichtswerk vermitteln, sind deshalb für das Schicksal der ganzen deutschen Nation von größter Bedeutung. Die Aufdeckung der wahren historischen Zusammenhänge, die Verbreitung der geschichtlichen Erfahrungen und Lehren und die Vermittlung der historischen Wahrheit sind ein wichtiges Mittel zur geistigen Befreiung unseres Volkes von der Ideologie und Politik des Herrschaftssystems der Monopole und Militaristen. Die Wahrheit über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung macht deshalb nicht an der Staatsgrenze der DDR halt. Sie verdient die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse, der Werktäglichen und aller demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik.

Dr. G. R.

Ein neues Braubuch

Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik

I.

Vor 33 Jahren, im Sommer 1933, erschien ein Buch, das in der internationalen politischen Publizistik zu einem Markstein werden sollte: *Braubuch über Reichstagsbrand und den Hitlerterror*.

Das Werk erschütterte die Weltöffentlichkeit. Es berichtete die Wahrheit über den Faschismus, über seine Machtergreifung und über das ungeheuerliche Terrorregime, das am 30. Januar 1933 über Deutschland

hereingebrichen war. Eine Besonderheit des Buches war sein streng dokumentarischer Charakter. Die in ihm mit erstaunlicher Sachkenntnis und zum Teil unter Lebensgefahr gesammelten Dokumente stellten das Hitlerregime an den Pranger.

Der Vorsitzende des Weltkomites für die Opfer des Hitler-Faschismus Lord Marley, schrieb im Vorwort:

„Diese Zeugnisse des Faschismus sind schrecklich. Aber das Gedächtnis der Öffentlichkeit ist kurz, und die öffentliche Meinung ist leider nur allzu bereit, sich mit einem Falt accomplishment abzufinden...“

33 Jahre später ist nun ein neues Braunbuch erschienen. Es wurde den Vertretern der WeltPresse am 2. Juli 1965 in der Hauptstadt der DDR auf einer Pressekonferenz Professor Albert Nordens überreicht. Sein voller Titel lautet: „Braunbuch. Kriegs- und Nazi-Verbrecher in der Bundesrepublik: Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft“.

Gewiß, die europäische und die deutsche Situation hat sich in diesen Jahren beträchtlich verändert. Das deutsche und alle anderen Völker haben den Weltkrieg hinter sich. Die Hitlerdiktatur besteht nicht mehr. Auf deutschem Boden sind zwei Staaten

entstanden: die DDR und die Bundesrepublik Deutschland. Viele von denen, über die das erste Braunbuch schrieb, sind nicht mehr. Auch viele von seinen ungenannten Verfassern sind in Gestapooverlesen zugrunde gegangen. Die Periode des Faschismus selbst ist heute Vergangenheit.

Was hat dann die Herausgabe eines weiteren Braunbuches erforderlich gemacht? In seinem Vorwort finden wir diese Frage so beantwortet:

„20 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus, 20 Jahre nach dem Beginn des Nürnberger Völkertribunals gegen die Hauptkriegsverbrecher steht die Welt jedoch vor der Tatsache, daß in der westdeutschen Bundesrepublik zu Tausenden Verantwortliche für Nazi- und Kriegsverbrechen nicht nur unbestraft blieben, sondern führende Positionen in Wirtschaft, Staat, in der Bundeswehr und Polizei, in Bildungseinrichtungen sowie in Verlagen und in den Massenmedien einnehmen.“ (S. 6.)

Die internationale Bedeutung des neuen Braunbuches besteht gerade darin, daß es die Gefahr augenscheinlich macht, die sich aus der Durchsetzung der heutigen westdeutschen Staatsstruktur mit ehemaligen „Höheitsträgern“ des Dritten Reiches ergibt.

II.

Das Buch fällt nicht etwa ein Pauschalurteil, es richtet sich nicht gegen Millionen in die Irre und in die Sackgasse geführte Deutsche. Nur diejenigen Deutschen prangert es an, die „durch ihre führende Tätigkeit bei der Vorbereitung und Durchführung der nazistischen Verbrechen und Aggressionsakte tatsächlich schwer belastet sind“ (S. 7.).

Das Braunbuch nennt die Belasteten beim Namen, gibt ihre heutigen Posten an, schildert ihre Vergangenheit, gestützt auf Dokumente und andere authentische Zeugnisse. Wir finden

darin über 1800 politische „Röntgenbilder“ von Stützen des Bonner Regimes. Unter ihnen sind:

15 Minister und Staatssekretäre der Bundesrepublik,

100 Generale und Admirale der Bundeswehr,

828 hohe Justizbeamte, Staatsanwälte und Richter,

245 leitende Beamte des Auswärtigen Amtes, der Bonner Botschaften und Konsulate,

297 hohe Beamte der Polizei und des Verfassungsschutzes.

III.

Alle diese Tatsachen mußten ermittelt, festgestellt und überprüft werden. Möglich machen das die Archive, diese stummen Zeugen einstiger Verbrechen. Sie schweigen, aber man kann sie zum Reden bringen, und im neuen Braunbuch sprechen tatsächlich Dokumente aus deutschen, sowjetischen, polnischen, tschechoslowakischen

und vielen anderen Archiven eine bedeckte Sprache.

Die Bedeutung des Braunbuchs geht jedoch weit über die einer bloßen Sammlung von Lebensläufen hinaus. Es zeigt nicht nur, daß einstige Größen des Dritten Reiches wieder führende Posten erhalten, sondern deckt auch die Gesetzmäßigkeiten auf, die diesem Prozeß zugrunde liegen.

IV.

Zunächst zeigt das Werk in dem Abschnitt „Die Rüstungsmonopole erneut am Hebel der Macht“, wie ähnlich die soziale und wirtschaftliche Grundlage des Bonner Staates der des Hitlerregimes ist. Hitlers Machtantritt war nur dank seiner finanziellen und politischen Unterstützung durch die größten deutschen Monopole möglich. Fritz Thyssen erklärt in seinem Buch „Ich bezahlte Hitler“ ausdrücklich: „In den letzten Jahren vor der Machtergreifung leisteten die großen industriellen Verbände“ (Hitler) „laufend Kontributionen.“

Im „Vierten Reich“ sind die Manager der größten Monopole gleichfalls für die Adenauer-Erhard-Politik weithin verantwortlich, und dies nicht nur, weil etwa Friedrich Flick wieder an der Spitze seines Konzerns steht. Einige von den Firmen, die Hitler ans Ruder brachten, mögen nicht mehr existieren, und so mancher Ruhrmagnat mag zusammen mit ihm in Walhall eingezogen sein, aber an der sozialen Basis hat sich auch in der Bundesrepublik nichts geändert. 94 Großindustrielle verfügen über die Schlüsselstellungen der gesamten westdeutschen Wirtschaft.

Die politische Restauration begann in der Bundesrepublik gerade am Sektor der Wirtschaft. Die Herren der IG Farben, des Flick-Konzerns und ihresgleichen kehrten als erste aus den Gefängniszellen in ihre Direktorenzimmer zurück.

Die Herren der Rüstungsmonopole haben in Westdeutschland ihre Macht nicht eingebüßt; und das schafft die Voraussetzungen für neue Abenteuer. Die in den 30er Jahren ausgestreute Drachensaat kann abermals gefähr-

liche Frucht tragen, und davor warnt das Braunbuch.

Wie ist die Tatsache zu beurteilen, daß 1800 Naziverbrecher in der Bundesrepublik wieder zu Amt und Würden gekommen sind? Schreibe man heute etwa das Jahr 1948, so könnte vielleicht gesagt werden, man sei noch nicht dazu gekommen, sie alle „auszuschalten“. Aber seit dem Zusammenbruch des Faschismus sind 20 Jahre vergangen, mehr als genug, um das politische Leben vom nazistischen Unrat zu säubern, wie es die internationale Deutschlandabkommen gebieten.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß die systematische Besetzung wichtiger Posten mit ehemaligen Naziverbrechern und engsten Vertrauensleuten des braunen Regimes einen ganz bestimmten Sinn hat. Natürlich wäre es naiv, anzunehmen, es bestehe die Absicht, die Bundesrepublik automatisch aus einer parlamentarischen Demokratie in einen faschistischen Staat umzuwandeln. Der Bonner Staat ist nicht der Nazistaat, und selbst die 1800 braunen Herren in führender Position sind kein Grund zu meinen, der Lauf der Geschichte sei auf deutschem Boden zum Stillstand gekommen. Nein, die Sache ist komplizierter.

Dadurch, daß das heutige Regime 1800 braunen Herrschaften ein politisches Comeback ermöglicht hat, appelliert es gleichsam an die Kräfte, auf die sich einst das faschistische Regime gestützt hat. Die westdeutsche Reaktion wünscht die Kräfte und Methoden auszunutzen, die dieses Regime hinterlassen hat.

Es heißt: Sage mir, wer deine Freunde sind, und ich sage dir, wer du bist. Die Bonner Prominenz offenbart ihre geistige Verwandtschaft mit all dem Abscheulichen, das der Antikommunismus in seiner nazistischen Form hervorgebracht hat.

In einem Brief an die Verfasser des ersten Braubuchs wies der große dänische Schriftsteller Martin Andersen Nexö darauf hin, was für tiefe Wurzeln der Faschismus geschlagen hat:

„Wir haben nicht tief genug gepflügt, die Wurzeln der Vergangenheit unter der Ackerkrume sind noch nicht gerodet... Es muß aufs neue gepflügt werden.“

Dem wird jeder zustimmen, der ins neue Braubuch Einblick genommen hat.

(von L. Besymenski in „Neue Zeit“ Nr. 34/65)

Freundschaft auf Gedeih und Verderb



Durch Ihre Hilfe, die die Bonner Revanchisten den amerikanischen Aggressoren in Vietnam erweisen, werden sie immer mehr in dieses schmutzige Abenteuer verstrickt.

Was für ein Deutschland soll es sein?

Diese Lebensfrage unseres Volkes hat die Führung der SPD auch in ihrem zweiten Brief nicht zu beantworten gewagt. Aber die Antwort ist von größter Bedeutung für die nächsten Schritte der Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Da sich in ihnen unterschiedliche Gesellschaftsordnungen entwickelt haben, ist der Prozeß der Wiedervereinigung mit schrittweiser Annäherung, Verständigung, Abrüstung und dem Zusammenleben und der Zusammenarbeit in einer Konföderation mit dem Ziel der Einheit verbunden. Deutsche Wiedervereinigung bedeutet die Verständigung zwischen zwei deutschen Staaten. Dieser Annäherung und Verständigung stehen die Alleinvertretungsanmaßung und die Revanchepolitik der westdeutschen Bundesregierung, die Vorbereitung der Notstandsdiktatur, die Atomrüstung und die einseitige Bindung Westdeutschlands an die USA im Wege. Nur der kann glaubwürdig versichern, er wünsche die Wiedervereinigung, der für die Beseitigung dieser Hindernisse kämpft. Im anderen Falle wird der Gebrauch des Wortes Wiedervereinigung nur zu einem Manöver, das über die verhängnisvollen Folgen der Anpassung an die antinationale Politik der CDU/CSU-Führung hinwegtäuschen soll.

(Aus dem dritten Brief der SED an die SPD)

